

Ordentlicher Unterbezirksparteitag KölnSPD

**11. März 2017
Köln – Chorweiler**

Antragsspiegel



Antragsspiegel 1

Nr	Bezeichnung	Thema	Antragsteller
1	A1 LA1	Metropolstadt Köln	UBV
		Steuern – Finanzen	
2	A2 SF1	Sozialversicherungsbeiträge	AK Gesellschaftspolitik
3	A3 SF2	Rückkehr zur Parität in der Sozialversicherung	Jusos- Köln
4	A4 SF3	Für eine gerechte Steuerpolitik	OV-Ehrenfeld
5	A5 SF4	Gewerbesteuer	OV Sülz-Klettenberg
6	A6 SF5	Erbschaftssteuer Betriebe	AK Gesellschaftspolitik
7	A7 SF6	Finanztransaktionssteuer	AK Gesellschaftspolitik
8	A8 SF7	Freibeträge Erbschaft und Schenkungen	AK Gesellschaftspolitik
9	A9 SF8	Gleichbehandlung Freiberufler Gewerbesteuer	AK Gesellschaftspolitik
10	A10 SF9	Steuerfreiheit Veräußerungsgewinne	AK Gesellschaftspolitik
11	A11 SF10	Vermögenssteuer	AK Gesellschaftspolitik
12	A12 SF11	Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften	OV Sülz-Klettenberg
13	A13 SF12	Reform Rentenversicherung	OV Longerich
14	A14 SF13	Rentenpolitik	OV-Ehrenfeld
15	A15 SF14	Rentenreform	OV-Dellbrück
16	A16 SF15	Altersversorgung	AK Gesellschaftspolitik
		Arbeit – SOZIALES-Gesellschaftspolitik	
17	A17 ASG1	Anspruch auf Rückkehr in Vollzeit	Jusos Köln
18	A18 ASG2	Regelung für Krankschreibung reformieren	Jusos Köln
19	A19 ASG3	Tarifliche Gleichstellung von Werksarbeitenden stärken!	Jusos Köln
20	A20 ASG4	„Ehe für alle“ – völlige Gleichstellung jetzt umsetzen!	Jusos-Köln und AG Queer
21	A21 ASG5	Für mehr soziale Gerechtigkeit – Armut bekämpfen	OV-Ehrenfeld
22	A22 ASG6	Inklusion muss in Köln mehr Berücksichtigung finden. Die Stadt als Vorreiterin eines inklusiven Köln	OV-Ehrenfeld
23	A23 ASG7	Lebenslange Entschädigungszahlungen für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen	SPDqueer Köln

Antragsspiegel 2

KOMMUNALES			
24	A24 ASG8	Räder für die Veedel	Jusos Köln
25	A25 ASG9	Nachtverkehr für ein lebendiges Köln	Jusos Köln
26	A26 ASG10	Ost-West Verkehrsachse neu gestalten	Umweltforum KölnSPD
27	A27 ASG11	Jugendarbeit in Ostheim stärken	OV Vingst/Ostheim und SB Kalk
28	A28 ASG12	Gesamtschule für Deutz und Kalk	SB Kalk
29	A29 ASG13	Kalk Süd gestalten – Hallen Kalk erhalten	Kalk-Humboldt/Gremberg; Stadtbezirk Kalk
30	A30 ASG14	Seniorenvertretungswahlen	Jusos Köln
31	A31 ASG15	Wirtschaftsstandort Köln stärken	Jusos Köln
32	A32 ASG16	Mehr Grundstücke für das Studierendenwerk	Jusos Köln
33	A33 ASG17	Drogenpolitik in Köln	Jusos Köln
34	A34 ASG18	Zülpicher Straße autofrei	Jusos –Köln
Außen- und Sicherheitspolitik-Europa-Internationales			
35	A35 ASE1	Atomwaffen abschaffen	OV -Ehrenfeld
36	A36 ASE2	Demokratisches und soziales Europa oder weitere Krise und drohender Zerfall!	Europaforum KölnSPD
37	A37 ASE3	Rüstungsexporte in die Türkei stoppen	OV-Ehrenfeld
Integration - Flüchtlingsfragen			
38	A38 IF1	Keine Abschiebung nach Afghanistan, in den Irak und weitere Kriegsgebiete	Kalk-Humboldt/Gremberg; Stadtbezirk Kalk
39	A39 IF2	Integration mit Fussball und Pappnas	Jusos Köln
40	A40 IF3	Das richtige tun	Jusos Köln
Organisationspolitik			
41	A41 LA 2	Wir stellen uns auf für 2020	UBV
42	A42 Org1	Mitbestimmung für den SPD Nachwuchs	Jusos Köln
43	A43 Org2	CSD Köln	Jusos Köln
44	A44 Org3	Doppelmandat	OV-Ehrenfeld
45	A45 Org4	Köln SPD noch weiblicher machen	AsF Köln
46	A46 Org5	Arbeitsgemeinschaften mit Finanzen ausstatten	AG Queer

KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

A1 LA1 Die Metropolstadt weiter entwickeln

Antragssteller: UBV KölnSPD

Präambel

Unsere Stadt Köln steht in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen auf dem Weg zu einer Metropole des 21. Jahrhunderts. Denn Köln ist eine Stadt im Wandel. Die Metropole im 21. Jahrhundert wird nur erfolgreich sein, wenn sie sich zu einer modernen und sozialen Metropole entwickelt. Sie muss zugleich Zukunftsprojekt und Heimat für ihre Bürgerinnen und Bürger sein. Jeder Einwohner* muss hier seinen Platz finden können und hat ein Recht darauf, sicher und glücklich Teil der Gemeinschaft zu sein.

Eine moderne und soziale Metropole muss so organisiert sein, dass sie als Stadt gut funktioniert, öffentliche Güter für alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von sozialer Schicht und ökonomischem Status gleichmäßig bereitstellt und die Teilhabe aller Bevölkerungsschichten am sozialen, kulturellen und ökonomischen Leben garantiert. Köln ist eine wachsende Stadt, aber auch eine Stadt der wachsenden Ungerechtigkeit. In vielen Bereichen muss deshalb endlich angepackt werden, um wieder für mehr soziale Gerechtigkeit in Köln zu sorgen.

Denn alle Menschen, die hier leben, müssen ihren Platz finden und haben ein Recht darauf

- hier sicher leben zu können.
- dass sich alle an die Spielregeln in unserer Gesellschaft halten.
- in einer sauberen Stadt zu leben
- endlich (wieder) bezahlbaren Wohnraum zu finden.
- dass sie Familie und Beruf endlich fair miteinander vereinbaren können.
- dass die eigenen Kinder einen guten Platz in der Kita und später in der Schule finden
- ein funktionierendes und bezahlbares Verkehrssystem, optimierte Mobilitätschancen und eine leistungsfähige Infrastruktur
- dass die zu uns geflohenen Menschen gerecht über das gesamte Stadtgebiet verteilt werden, damit die Integration und Zusammenhalt auch funktioniert. Nur wenn Köln als moderne und soziale Metropole des 21. Jahrhunderts diese Bedingungen schafft und Regeln für alle durchsetzen kann, werden wir die Menschen in Köln wieder für

31 ihre Stadt begeistern und mit ihnen zusammen das Wachstum in unserer Stadt
32 gestalten können.

33 In vielen der oben beschriebenen Handlungsfeldern kann in Köln mehr getan werden, damit
34 es wieder sozial gerecht zugeht. Viele Menschen in unserer Stadt profitierten nicht mehr von
35 der allgemein guten wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen Jahre, sondern haben
36 das Gefühl, ökonomisch nicht weiter zu kommen oder sogar nicht mehr mithalten zu können.
37 Die bei vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stagnierende Lohnentwicklung und die
38 rasant steigenden Lebenshaltungskosten in Köln entwickeln sich zu einem explosiven
39 Gemisch. Bei vielen Menschen macht sich deshalb das Gefühl breit, dass es eben nicht
40 mehr gerecht zu geht in unserer Stadt. Es ist die Aufgabe der Sozialdemokratie diese
41 Sorgen anzusprechen, aufzugreifen und anzupacken, um die Lebensverhältnisse der
42 Menschen in unserer Stadt wieder für alle zu verbessern.

43 Wir Sozialdemokraten wollen dafür kämpfen, dass sich Köln in den nächsten Jahren wieder
44 gerechter entwickelt, als dies zur Zeit der Fall ist. Nur so können wir Köln zu einer modernen
45 und sozialen Metropole machen, die allen Bevölkerungsschichten eine Heimat ist, die
46 niemanden ausgrenzt, in der die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger gesichert ist und die
47 als Stadt für alle Bürgerinnen und Bürger funktioniert.

48 Der Leitantrag 2017 der KölnSPD beschreibt Handlungsfelder und Ziele für eine moderne
49 und sozial gerechte Metropole, zu der sich Köln im 21. Jahrhundert entwickeln soll.

50

51 **Leben in einer wachsenden Metropole - Sozialdemokratische Wohnungsbaupolitik für** 52 **Köln**

53 Köln als Millionenstadt ist - gemessen an der Bevölkerungszahl - die viertgrößte Stadt
54 Deutschlands. Betrachtet man nur die Fläche, so ist Köln bereits heute mit deutlichem
55 Abstand die drittgrößte Stadt der Republik. Köln und sein Umland gehören zu den wenigen
56 Regionen Deutschlands, die auch in Zukunft deutlich wachsen werden. Umso
57 unverständlicher und nicht hinnehmbar ist es, dass die Kölner Stadtverwaltung es nicht
58 schafft, genügend Flächen auszuweisen, um ausreichend Wohnraum für die Bevölkerung zu
59 schaffen. Die Folge sind steigende Mieten, die sich viele Menschen nicht mehr leisten
60 können. Aber auch die Kaufpreise für die eigene Wohnung oder das eigene Haus wachsen
61 so stark, dass gerade junge Familien gezwungen sind, aus Köln fortzuziehen. Phänomene
62 wie die Gentrifizierung ganzer Stadtteile kommen hinzu. Die aktuelle Situation und der zu
63 erwartende langfristige Trend auf dem Wohnungsmarkt stellen große Herausforderungen

64 dar, die endlich angepackt werden müssen. Die KölnSPD wird dies zum Kern ihres Handelns
65 in der Wohnungsbaupolitik machen.

66 **Wohnen muss wieder bezahlbar werden**

67 Die KölnSPD bekennt sich zur wachsenden Stadt und nimmt die Herausforderung an.
68 Deshalb muss es in Köln heißen: Bauen, Bauen, Bauen! Um den Druck auf den
69 Wohnungsmarkt abzuschwächen und das Angebot an verfügbarem Wohnraum zu erhöhen
70 muss dringend mehr und schneller gebaut werden. Dazu müssen von der Stadtverwaltung
71 zügig und durchdacht neue Flächen ausgewiesen werden. Die Innenentwicklung und -
72 verdichtung allein wird dabei nicht ausreichen. Notwendig sind neue Flächen für den
73 Wohnungsbau auch in bisher nicht entwickelten Gebieten. Wichtig für die SPD: Alle
74 Stadtteile müssen hier ihren Beitrag leisten. Denn es ist nicht gerecht, wenn wohlhabende
75 Stadtteile keinen Beitrag zur wachsenden Stadt leisten, die weniger privilegierten Veedel
76 aber die Veränderungen alleine stemmen müssen!

77 **Bauen für alle Bedürfnisse**

78 Die verschiedensten Wohnbedürfnisse einer vielfältigen und bunten Bevölkerung müssen
79 sich in der Vielfalt der möglichen Wohnformen widerspiegeln. Dies gilt insbesondere für
80 normale Angestellte - mit oder ohne Familie. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen
81 sich in Zukunft wieder die Miete für eine Wohnung oder die Rate für ein eigenes Haus leisten
82 können, ohne finanziell an ihre Belastungsgrenze zu kommen. Wir brauchen aber auch
83 Wohnraum für Studierende, Auszubildende und ältere Menschen. Zudem gibt es eine
84 steigende Nachfrage nach Singlewohnungen.

85 **Neubaugelbiete brauchen gute Planung und Infrastruktur**

86 Neue Wohngebiete dürfen nicht einfach hochgezogen, sondern müssen von Anfang an als
87 lebendige Veedel geplant und gebaut werden. Dazu gehören die notwendige Infrastruktur
88 und ein lebenswertes Umfeld. Dies umfasst Bildungs- und Betreuungseinrichtungen wie
89 Kitas und Schulen, Gesundheits- Nahversorgungszentren, Ärzte und eine sinnvolle
90 Anbindung an den ÖPNV. Die verschiedenen Dimensionen von Sozialem, Städtebau,
91 Architektur, Verkehr, Grün, Bildung und Kultur müssen ineinander greifen. Bei bestehenden
92 Siedlungen müssen auch die dort lebenden Menschen einen Mehrwert durch die
93 Erweiterung haben, z.B. durch die Verbesserung der infrastrukturellen Angebote oder durch
94 eine bessere Basis zur Erhaltung oder Reaktivierung des Vereinslebens vor Ort. Nur so lässt
95 sich die wachsende Stadt gerecht gestalten!

96 **Wohnbau muss gefördert werden**

97 Wohnbauförderung muss endlich wieder respektvoll behandelt werden und darf nicht weiter

98 als Almosen angesehen werden. Nicht nur der öffentlich geförderte Wohnungsbau ist dabei
99 wichtig. Wir setzen uns für die Förderung des genossenschaftlichen und des kommunalen
100 Wohnungsbaus – letzteres insbesondere über die städtische Wohnungsgesellschaft GAG –
101 ein, um preiswerten Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung zu erhalten und zu
102 schaffen.

103 **Veedel sollen bunt und gemischt sein**

104 Die einzelnen Veedel sollen ihren Charakter behalten. Wir befürworten daher
105 Steuerungsmittel wie die soziale Erhaltungssatzung und die Wohnraumschutzsatzung!

106 Die Städtebauförderung ist auf Rekordniveau. Die SPD in Bund und Land hat mit dafür
107 gesorgt, dass wichtige Projekte der Stadterneuerung zB in Chorweiler, Porz und Meschenich
108 sowie Städtebauprojekte wie zB die via culturalis verwirklicht werden können, wenn die Stadt
109 Köln die Fördermittel zeitnah abrufen und die Projekte auch vorangetrieben werden.

110

111 **Für saubere und sichere Veedel**

112 Die Metropole Köln stützt sich auf ihre lebenswerten Veedel: Deshalb setzen wir uns für die
113 Verschönerung und Begrünung von Plätzen, Straßen und Fassaden ein. Das Projekt
114 „Starke Veedel – starkes Köln“ wollen wir im Interesse der Menschen auf allen Ebenen
115 unterstützen und wollen, dass es in den bestehenden Sozialräumen zum Erfolg wird. Das
116 Konzept des Sozialraums wollen wir auf ganz Köln übertragen und an die Bedürfnisse des
117 jeweiligen Quartiers anpassen. Bei Missständen in Wohnungen, z.B. in Hochhaussiedlungen,
118 muss die Wohnungsaufsicht im Interesse der dort lebenden Menschen konsequent ein- und
119 notfalls auch durchgreifen.

120 **Öffentliche Sicherheit - Eine starke Stadt für mehr objektive Sicherheit und** 121 **subjektives Sicherheitsempfinden**

122 Die Ereignisse in der Silvesternacht 2015/2016 in Köln haben erhebliche objektive
123 Sicherheitsmängel aufgezeigt und waren ein Fanal für die beteiligten Sicherheitsorgane. Bei
124 den Menschen und insbesondere bei den betroffenen Frauen ist der Eindruck entstanden,
125 dass der Staat sie nicht vor Übergriffen – mitten im öffentlichen Raum – schützen konnte.
126 Ihnen muss das Gefühl zurückgegeben werden, sich in ihrer Stadt zu jeder Zeit und an
127 jedem Ort ohne Angst bewegen zu können. Die staatlichen Institutionen sind als Garanten
128 der freiheitlich-demokratischen Ordnung gefordert dies zu garantieren.

129 Das Thema Sicherheit darf nicht den Scharfmachern und Demagogen am rechten Rand für
130 ihre populistischen und post- und kontrafaktischen Botschaften überlassen werden.
131 Stattdessen müssen die Befürchtungen der Bürgerinnen und Bürger auf- und

132 ernstgenommen werden, ohne künstlich Ängste zu schüren, auszugrenzen oder
133 Bürgerrechte zu beschneiden. Denn Sicherheit ist soziales Bürgerrecht.

134 **Polizei und Ordnungsdienst stärken – Mehr Präsenz auf Kölner Straßen und Plätzen**

135 Die KölnSPD begrüßt das von der Landesregierung beschlossene Maßnahmenpaket für
136 mehr innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort. Die Landesregierung setzt damit u.a.
137 konsequent den Personalausbau bei den Polizeibehörden fort.

138 Kernelement für die Steigerung der objektiven Sicherheit und des subjektiven
139 Sicherheitsempfindens ist mehr Präsenz von Sicherheitskräften auf den Kölner Straßen und
140 Plätzen. Es muss gewährleistet sein, dass gesetzwidriges Verhalten konsequent geahndet
141 und Missstände im öffentlichen Raum nachhaltig beseitigt werden. Auch die kommunale
142 Ebene muss mehr Verantwortung für die Sicherheit ihres öffentlichen Raumes übernehmen.
143 Die Aufstockung des Ordnungsdienstes um 100 zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
144 war nur ein erster Schritt. Deshalb fordert die KölnSPD, dass der städtische Ordnungsdienst
145 strukturell sowie in seiner personellen, räumlichen und sächlichen Ausstattung verstärkt wird.
146 Andernfalls sind die Aufgaben, die im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu bewältigen sind,
147 nicht zu stemmen.

148 Entscheidend ist, dass Maßnahmen sich nicht allein auf den Innenstadtbereich
149 konzentrieren, sondern die Veedel miteinbeziehen. Gerade dort erleben die Bürgerinnen und
150 Bürger Unsicherheit. Sicherheit ist ein gesamtstädtisches Thema. Sicherheit darf auch nicht
151 ausgrenzen. Insbesondere sozial benachteiligte Menschen in Köln dürfen nicht aus dem
152 öffentlichen Raum verdrängt werden. Sicherheitsmaßnahmen dürfen nicht an die Stelle von
153 Hilfsangeboten oder Integration treten oder diese gar konterkarieren. Vielmehr müssen sich
154 die maßgeblichen Akteure vernetzen, um Hilfsangebote zu schaffen, auszubauen oder
155 anzupassen.

156 **Videobeobachtung mit Augenmaß**

157 Die KölnSPD erkennt an, dass Videobeobachtung eine wichtige präventive Maßnahme an
158 Kriminalitätsschwerpunkten sein kann. Mit dem Mittel der Videobeobachtung muss
159 verantwortungsvoll umgegangen werden. Die Standortauswahl und die Intensität der
160 Videobeobachtung müssen nach objektiven und transparenten Kriterien erfolgen und laufend
161 auf ihre Wirksamkeit und Erforderlichkeit geprüft werden. Kameras können und sollen nicht
162 die Präsenz von Sicherheitskräften vor Ort ersetzen. Es muss daher sichergestellt sein, dass
163 die Aufnahmen "live" gesichtet werden und den Belangen des Datenschutzes umfassend
164 Rechnung getragen wird. Diese Form der Videoüberwachung kann nur erfolgreich sein,
165 wenn die überwachten Bereiche im Ernstfall schnell durch Sicherheitskräfte erreicht werden.

166 Es muss ferner sichergestellt sein und laufend kontrolliert werden, dass die Standorte für die
167 Videobeobachtung nicht zu einem Verdrängungseffekt in die umliegenden Veedel führen.

168 **Angsträume beseitigen und Vermüllung entgegenwirken**

169 Schlecht einsehbare und unbeleuchtete Ecken und Nischen erzeugen Unbehagen und
170 Angst. Solche sogenannten Angsträume dürfen bei aktuellen Baumaßnahmen gar nicht erst
171 entstehen. Bestehende Angsträume müssen identifiziert und beseitigt werden. Entweder
172 durch bauliche bzw. gestalterische Maßnahmen oder durch ausreichende Ausleuchtung. Im
173 gleichen Maße müssen Anstrengungen zur Verbesserung des Stadtbildes im öffentlichen
174 Raum unternommen werden, denn der Müll auf unseren Straßen und Plätzen fällt nicht vom
175 Himmel. Dazu muss endlich das Reinigungs- und Toilettenkonzept so umgesetzt werden,
176 dass Straßen, Plätze und Parks wieder sauber werden und Aufenthaltsqualität für alle
177 Kölnerinnen und Kölner bieten.

178

179 **Soziale Gerechtigkeit**

180 Köln wird nur dann als Metropole Bestand haben und erfolgreich sein können, wenn alle
181 Bürger hier ihren Platz finden und niemand zurückgelassen wird. Die Menschen erwarten
182 vom Staat oder ihrer Kommune keine Verteilung von Reichtümern. Sie erwarten aber sehr
183 wohl, dass der Reichtum so verteilt wird, dass jeder Bürger der Stadt in Würde leben kann.
184 Dies muss der Anspruch der Sozialdemokratie für eine sozial gerechte Metropole sein und in
185 diesem Sinne wollen wir Köln in Zukunft wieder gestalten.

186 Wir Sozialdemokraten werden uns dafür einsetzen, dass Arbeitnehmerinnen und
187 Arbeitnehmer endlich wieder ihren gerechten Anteil an den Gewinnen erhalten, die sie mit
188 ihrer Arbeit erst ermöglichen. Gerade junge Menschen werden heute oftmals mit prekären
189 Arbeitsverhältnissen – d.h. befristete Verträge, Bezahlung unter Tarif oder auch
190 Scheinselbständigkeit – ihrer Perspektiven beraubt. Wir werden uns auf allen Ebenen dafür
191 einsetzen, dass prekäre Beschäftigungsverhältnisse in Köln abgeschafft und
192 Arbeitsbedingungen und Arbeitsverhältnisse so gestaltet werden, dass sie einer
193 sozialdemokratischen Beschäftigungspolitik entsprechen –d.h. für uns unbefristete, tariflich
194 bezahlte und sozialversicherungspflichtige Normalarbeitsverhältnisse.

195 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in Arbeitslosigkeit geraten, müssen wieder die
196 Sicherheit haben, während der schwierigen Zeit der Jobsuche von der Gemeinschaft
197 gestützt und unterstützt zu werden, ohne nach relativ kurzer Zeit eine materielle und
198 finanzielle Lebensleistung zu verlieren. Die KölnSPD wird sich auf allen Ebenen dafür
199 einsetzen, hier wieder für mehr soziale Sicherheit zu sorgen.

200 Menschen, die bereits sehr lange von Arbeitslosigkeit betroffen sind und aus verschiedenen
201 Gründen nur schwer den Weg zurück in den ersten Arbeitsmarkt finden, müssen neue
202 Alternativen aufgezeigt werden, wieder in Lohn und Brot zu kommen. Wir werden uns
203 deshalb in Köln dafür einsetzen, einen sozialen Arbeitsmarkt zu schaffen, der den Aspekt der
204 Qualifizierung berücksichtigt. Ziel müssen unbefristete, tariflich bezahlte und
205 sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse sein. Hier kann zum Beispiel die KGAB, in
206 Abstimmung mit anderen Beschäftigungsträgern, eine zentrale Rolle einnehmen.

207 Eine soziale Metropole muss der älter werdenden Bevölkerung gerecht werden und dafür
208 sorgen, dass Seniorinnen und Senioren möglichst lange am gesellschaftlichen Leben
209 teilhaben und in Würde alt werden können. Die KölnSPD will deshalb mehr
210 seniorengerechtes Wohnen, einen funktionierenden und verlässlichen, barrierefreien
211 öffentlichen Nahverkehr und Veedel, in denen sich auch ältere Menschen sicher fühlen und
212 ohne Angst bewegen können.

213 Sozial gerecht geht es in einer Metropole nur zu, wenn auch diejenigen Bürger*, die auf
214 Grund einer Behinderung körperlich oder geistig besondere Bedürfnisse haben, barrierefrei
215 und voll akzeptiert am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Die SPD will Köln deshalb
216 zu einer Metropole machen, die eben dies durch bauliche und soziale Barrierefreiheit
217 garantiert.

218

219 **Köln als wachsende Bildungs- und Familien-Metropole**

220 Die Metropole Köln wächst vor allem durch den Zuzug junger Menschen und eine auch
221 dadurch kontinuierlich steigende Geburtenrate. Auch unter den seit 2015 zu uns geflohenen
222 Menschen sind viele Junge und Familien mit Kindern. Dadurch steigt der Bedarf an weiteren
223 Kita- und Schulplätzen Jahr für Jahr rasant an. Gesellschaftliche Teilhabe und
224 Chancengleichheit in der Bildung für alle Kinder, Jugendlichen und ihre Familien kann nur
225 erreicht werden, wenn die Angebote an Kita- und Schulplätzen endlich zügig und
226 ausreichend im gesamten Stadtgebiet ausgebaut werden. Die Stadt Köln läuft seit Jahren,
227 trotz intensiver Bemühungen, den steigenden Kinder- und Schülerzahlen hinterher. Um diese
228 Entwicklung endlich aktiv gestalten zu können, benötigt Köln den Mut neue Wege im
229 infrastrukturellen Ausbau zu gehen und eine neue Prioritätensetzung für die
230 Chancengleichheit von Kinder, Jugendlichen und Familien.

231 **Mehr Kitas bauen**

232 Der freudigen Nachricht über zukünftiges Familienglück folgt in Köln für junge Eltern oftmals
233 die Sorge um die Zuteilung eines Kitaplatz. Für viele junge Paare ist eine Zeit, die sie

234 eigentlich genießen sollten, von der Suche nach einem wohnortnahen Betreuungsplatz in
235 einer Kita geprägt. In Köln müssen endlich genügend Kitaplätze für alle Eltern bereitgestellt
236 werden, die einen Betreuungsplatz benötigen. Bei Planung und Bau neuer Kitas muss auch
237 der Mehrbedarf kommender Jahre bereits heute berücksichtigt werden. Bei der Auswahl der
238 benötigten Flächen muss auch hier ein Umdenken stattfinden.

239 **Flexiblere Betreuungszeiten**

240 Das Betreuungsangebot für Kinder unter 3 Jahren ist kein Selbstzweck. Kinder sollen von
241 Anfang an Bildungschancen auch außerhalb ihrer Familien erhalten können. Eltern sollen
242 die Möglichkeit haben, sich Erziehung und Beruf partnerschaftlich zu teilen. Arbeit und
243 Familie zu teilen soll doppeltes Glück und nicht doppelte Belastung bedeuten. Die unflexiblen
244 und oft frühen Schließzeiten der Kitas in Köln machen hier aber jungen Eltern unnötig das
245 Leben schwer.

246 Auf Bundesebene hat die SPD in den vergangenen Jahren, z.B. durch die Weiterentwicklung
247 beim Elterngeld und die geplante Familienarbeitszeit, viel für eine partnerschaftliche
248 Aufteilung von Familie und Beruf erreicht. Davon profitieren sowohl Frauen, die früher nach
249 einer Geburt wieder in den Beruf einsteigen wollen, wie auch Männer, die mehr Zeit mit ihren
250 kleinen Kindern verbringen möchten. Die Kölner Stadtverwaltung muss nun endlich
251 nachziehen und Eltern durch flexiblere Öffnungszeiten, besonders am Nachmittag, mehr
252 Flexibilität verschaffen. Für Arbeitnehmer mit Schichtarbeitszeiten, z.B. im Pflege- und
253 Rettungsdienst, bei der Polizei oder auch in der Industrie, setzt sich die KölnSPD für flexible
254 Öffnungszeiten ein.

255 **Gebührenfreie Kitas für alle Kölner**

256 Die hohen Kita-Gebühren in Köln stellen für Familien eine erhebliche zusätzliche finanzielle
257 Belastung dar, die zusätzlich zu den hohen Lebenshaltungskosten in der Metropole Köln
258 erbracht werden muss. Dies ist ungerecht und hält oftmals gerade Frauen davon ab, nach
259 einer Geburt wieder früher in den Beruf einzusteigen, auch wenn sie dies wünschen. Wir
260 setzen uns für die gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule ein. Deshalb
261 fordert die KölnSPD in den Kernzeiten die Gebührenfreiheit für alle Kitas in Köln.

262 **Herausforderungen im Schulbau meistern**

263 Der „Schulbaunotstand“ ist mittlerweile in Köln Realität. Die Schulen platzen aus allen
264 Nähten und erweitern sich bis zum Limit, um fehlende Plätze in beauftragten aber nicht
265 umgesetzten Neubauten aufzufangen. Dies ist ungerecht gegenüber Schülern und
266 Lehrkräften, die ihr Bestes geben. Viele Schulen sind komplett abgenutzt, jedoch lassen
267 Sanierungsarbeiten auf sich warten. Jahrelange Fehlplanung in der unterbesetzten

268 städtischen Gebäudewirtschaft kann nicht über Nacht wieder aufgeholt werden, wie ein
269 erster Reformierungsversuch gezeigt hat. Das Ergebnis ist Stagnation seit einem Jahr.

270 Schulbau muss die vorrangige Priorität bei den Aufgaben der Gebäudewirtschaft haben.
271 Neue und wirksame Wege sind erforderlich, um den Umsetzungsstau aufzulösen und auch
272 das hierfür erforderliche Personal zu akquirieren. Die Planung und Fertigstellung von
273 Schulen darf in Köln nicht mehr ein knappes Jahrzehnt in Anspruch nehmen, hierfür müssen
274 auch die bestehenden Verfahren und baulichen Methoden dringend überarbeitet werden.

275 **Bildung muss im Stadtteil bleiben**

276 Bei der Suche nach geeigneten Flächen haben die erheblichen Konkurrenzen in unserer sich
277 verdichtenden Stadt in jüngster Vergangenheit dazu geführt, dass auf Grund von
278 Einzelinteressen insbesondere neue Schulbauten keinen Platz mehr in den Stadtteilen
279 finden. Im Kölner Westen wird derzeit eine Schule in einem Gewerbegebiet geplant, weil die
280 Bevölkerung und Teile der Politik dem Wohlergehen von Insekten auf einer verwilderten
281 Wiese mehr Gewicht beimessen, als wohnortnahen Schulplätzen für Kinder. Auch in
282 anderen Stadtteilen kommt es immer wieder zu Protest von Anwohnern oder anderen
283 Interessensgruppen gegen Schulbauten in ihrer Nachbarschaft. Hier muss ein Prozess des
284 Umdenkens eingeleitet werden.

285 **Kinder- und Jugendliche sollen mitmischen**

286 In vielen Situationen – ob im Jugendverband, in der Familie oder an der Wahlurne – ist es
287 wichtig, dass junge Menschen lernen, ihre Interessen zu formulieren und einzubringen, um
288 sie im Austausch mit anderen zu vertreten und durchzusetzen. Denn unsere Demokratie und
289 auch Köln braucht engagierte Demokratinnen und Demokraten. In Köln gibt es eine lange
290 Tradition, Kinder und Jugendliche an der Entwicklung unserer Stadt und der Stadt, in der sie
291 künftig leben werden, teilhaben zu lassen. Jedoch gelingt es mit den vorhandenen Methoden
292 nicht, **alle** jungen Menschen zu erreichen und in die Gestaltung Kölns einzubeziehen. Für die
293 SPD ist Partizipation kein Privileg für bildungsnahe und ressourcenstarke Schichten, sondern
294 unbedingte Voraussetzung für unser demokratisches Zusammenleben und die Inklusion aller
295 in ein gesellschaftliches Miteinander.

296 Die SPD hat hier eine konzeptuelle Neuentwicklung angestoßen, die es nun umsetzen gilt.

297 **Familien brauchen wieder eine Lobby**

298 Eine familienfreundliche Kommune besteht aus sehr vielen einzelnen Bausteinen. Viele
299 davon bringt Köln mit, viele haben wir in den vergangenen Jahrzehnten erarbeitet, einige
300 fehlen und andere können sich nicht das erforderliche Gehör verschaffen. Das Prädikat

301 „familiengerecht“ kann eine Stadt nur halten, wenn sie kontinuierlich ihren Fokus auf ihre
302 Familien legt, wenn sie professionelle und ehrenamtliche gesellschaftlichen Kräfte wirksam
303 vernetzt. Ein familiengerechtes Köln ist nicht zuletzt auch ein Standortfaktor

304 **Sport- und Freizeitangebote dürfen nicht hinten anstehen**

305 Im Rahmen der Stadtplanung müssen Sport- und Freizeitflächen oftmals hinter dem
306 Flächenbedarf für Wohnraum, Verkehrsraum, Schulen, Kitas und sonstige Infrastruktur
307 zurückstehen. Der organisierte Sport bemängelt zudem seit Jahren, dass die öffentliche
308 Förderung für Sportangebote und auch die Entwicklung von Sportanlagen im Gegensatz zu
309 anderen öffentlichen Bereichen unterfinanziert sind. Dabei ist der Sport Integrationsfaktor-
310 und Inklusionsfaktor Nr. 1. Auch viele Spielplätze in Köln sind nach wie vor
311 verbesserungswürdig. Gerade im Bereich mehrfachgenutzter Flächen, z.B.
312 Mehrgenerationenplätze, oder auch der Errichtung von Anlagen für Trendsportarten, liegen
313 noch viele Schritte vor uns.

314 Der durch die SPD nunmehr erneut angestoßene Prozess der Sportentwicklungsplanung
315 bedarf nach Abschluss seiner Erhebungsphase eines mutigen Schrittes zur Umsetzung und
316 Finanzierung eines qualitativ guten Angebotes.

317 **Urbane Freizeitkultur in der Metropole**

318 Eine Metropole definiert sich immer auch als Ort, an dem Menschen unterschiedlichster
319 sozialer Schichten, Herkunft und Überzeugungen aufeinandertreffen. Dieses Miteinander
320 darf nicht eingeschränkt werden, muss aber immer so gestaltet werden, dass alle Besucher
321 und Einwohner der Metropole friedlich miteinander leben und feiern können. Einem neuen
322 urbanen Freizeitverhalten muss in Zukunft dahingehend Rechnung getragen werden, dass
323 Lärmgrenzen und Akzeptanz von lauterem Verhalten punktuell unterschiedlich angewendet
324 werden sollen. Die Initiative zu Lärmgrenzen auf Bundesebene unterstützen wir
325 ausdrücklich.

326 **Integration**

327 Die seit 2015 zu uns geflohenen Menschen müssen in unsere Gesellschaft integriert werden.
328 Dabei muss es aber endlich gerecht zu gehen. Wir Sozialdemokraten werden uns für eine
329 gerechte Verteilung der Flüchtlinge in allen Stadtbezirken und in allen Veedeln einsetzen.
330 Gut situierte Stadtteile wie Lindenthal müssen dabei den gleichen Beitrag leisten wie weniger
331 privilegierte Veedel. In den Flüchtlingsunterkünften müssen genügend Sozialarbeiter
332 eingesetzt werden. Die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer müssen besser
333 unterstützt werden. Bei der Errichtung neuer Wohnungen für Flüchtlinge muss das Ziel sein,
334 hier gemischte Wohnformen zu etablieren, die Integration unterstützen.

335

336 **Verkehr**

337 Die moderne Metropole muss eine mobile Metropole sein. Der Prozess zum Abbau des
338 Sanierungsstaus in unserer wachsenden Stadt muss endlich in geordnete Bahnen gelenkt
339 werden. Die Auswirkungen auf den Straßenverkehr in und um Köln spüren die
340 Bewohnerinnen und Bewohner genauso wie Pendler, Touristen und Unternehmen täglich.
341 Staus und stockender Verkehr an neuralgischen Punkten sind an der Tagesordnung. Mit
342 Beginn des Neubaus der Leverkusener Brücke, der Sanierung von Mülheimer, Zoo-, Deutzer
343 und Severinsbrücke droht sich die Situation weiter zuzuspitzen. Deshalb fordert die KölnSPD
344 dringend einen Notfallplan für unsere Stadt, um die Mobilität Kölns in der Zeit der
345 Infrastruktursanierung der nächsten 10 Jahre und für die Zukunft zu sichern.

346 Den Bedürfnissen der verschiedenen Interessengruppen müssen wir dabei unter Abwägung
347 ökonomischer und ökologischer Interessen Rechnung tragen. Daneben muss die
348 Verkehrswende mit dem konsequenten Ausbau eines bezahlbaren ÖPNV, des Fußgänger-
349 und Radverkehrsnetzes weiter vorangetrieben werden. Dabei nimmt die KölnSPD auch
350 innovative Verkehrskonzepte in den Blick. Vielleicht fahren in Kürze tatsächlich Wasserbusse
351 auf dem Rhein, Seilbahnen verbinden unsere Stadtbezirke und wir teilen uns ein
352 Elektromobil mit unseren Nachbarn.

353 Wir freuen uns, dass unser Vorschlag zum Modellprojekt E-Busse in Köln mit finanzieller
354 Unterstützung des Landes NRW und besonderem Einsatz von NRW-Verkehrsminister
355 Groschek umgesetzt wird.

356 **Wirtschaft und Arbeit**

357 Die Menschen, die es in unsere Stadt zieht wollen hier nicht nur wohnen, sondern auch
358 arbeiten. Deshalb werden wir den Wirtschaftsstandort Köln weiter stärken und zusätzliche
359 Arbeitsplätze schaffen. Die KölnSPD wird sich dabei konsequent dafür einsetzen, dass in
360 erster Linie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch gute Arbeitsplätze von der
361 wirtschaftlichen Entwicklung profitieren. Denn gerecht geht es auf dem Arbeitsmarkt nur zu,
362 wenn Arbeitsplätze sozialversicherungspflichtig, unbefristet und tariflich bezahlt sind.

363 Der Wirtschaftsstandort Köln zeichnet sich durch einen breiten Branchenmix, einen starken
364 Mittelstand und eine starke industrielle Basis aus. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass wir
365 bei aller Konkurrenz um die Flächen in unserer Stadt ein ausreichendes Angebot an
366 Gewerbe- und Industrieflächen vorgehalten wird.

367 Um unsere Wirtschaft zukunftsfähig aufzustellen müssen wir die digitale Transformation
368 bewältigen und diese als Chance und Innovationsmotor für Köln begreifen. Köln hat als
369 Medien- und Internetstadt dabei eine hervorragende Ausgangslage. Viele Akteure, Verbände
370 und Initiativen arbeiten bereits an der Gestaltung des Digitalen Wandels unserer
371 Wirtschaftsmetropole. Es ist an der Zeit, diese mit aller Kraft zu bündeln und das digitale
372 Zeitalter mitzugestalten. Auch hier ist für die KölnSPD von zentraler Bedeutung, dass die
373 Angestellten in diesen Branchen in ordentlichen Arbeitsverhältnissen beschäftigt werden –
374 das heißt für die SPD sozialversicherungspflichtig, unbefristet und tariflich bezahlt.

375

376 **Umwelt und Schutz vor Klimaerwärmung**

377 In unserer stark wachsenden Stadt steigt die Konkurrenz um die Inanspruchnahme und
378 Nutzung der verfügbaren Flächen Kölns. Immer mehr Menschen wollen hier wohnen und
379 arbeiten, aber natürlich auch ihre Freizeit gestalten und die Natur genießen. Im Zuge der
380 weiteren Entwicklung unserer Stadt wird die SPD deshalb ein besonderes Augenmerk auf
381 den angemessenen Erhalt unserer Grün- und Erholungsflächen legen. Dies bedeutet
382 Aufenthaltsqualität für die Kölnerinnen und Kölner sowie unsere vielen Besucherinnen und
383 Besucher.

384 Der Erhalt und die Steigerung der Vielfalt unserer Flora und Fauna liegt uns ebenfalls am
385 Herzen. In dichtbesiedelten Stadtteilen mit wenig Grün wollen wir durch geeignete
386 Maßnahmen (z.B. zusätzliche Straßenbäume, Fassaden- und Dach -begrünungen,
387 Entsiegelungen etc.) eine Aufheizung im Sommer mindern.

388

389 Wir wollen ein Umweltbildungskonzept, das den Namen verdient und unterstützen die Pläne
390 ein Kölner Umweltzentrum auf Gut Leidenhausen aufzubauen.

391 **Kultur als „Hefe im Teig der Gesellschaft“**

392 „Kultur ist nicht die Sahne auf dem Kuchen, sondern die Hefe im Teig der Gesellschaft!“
393 sagte unser früherer Bundes- und Ministerpräsident Johannes Rau 2003. Das gilt auch für
394 unsere Stadt Köln. Ein breites kulturelles Angebot mit freier Kulturszene, städtischem
395 Theater, der Oper, den vielen Museen, dem Gürzenichorchester, der Philharmonie und
396 Festivals wie ACHT BRÜCKEN, den Bibliotheken und der Popkulturszene, aber auch
397 zahlreichen engagierten Kulturschaffenden, den privaten Kulturförderern und vor allem den
398 Künstlerinnen und Künstlern und vielem mehr – das alles prägt das Bild unserer Stadt als
399 Metropole mit, nach innen wie nach außen. Doch das kulturelle Leben einer Stadt ist immer
400 als Prozess zu sehen. Bei der Gestaltung unserer zukünftigen Kulturlandschaft legen wir den
401 Fokus insbesondere auf folgende Punkte:

402 **Kultur für Alle**

403 Grundforderung sozialdemokratischer Kulturpolitik ist, allen Menschen der Stadt Zugang zu
404 kulturellen Einrichtungen zu ermöglichen. Der auf SPD-Initiative eingerichtete KölnTag, der
405 jeweils am ersten Donnerstag im Monat allen Kölnerinnen und Kölnern freien Eintritt zu den
406 städtischen Museen ermöglicht, ist hier ein gutes Beispiel. Ebenso gibt es beispielsweise die
407 regelmäßigen Lunchkonzerte in der Philharmonie oder die Tage des offenen Denkmals oder
408 der offenen Ateliers. Solche Angebote wollen wir weiter ausbauen und damit Kultur für alle
409 Menschen in der Stadt zugänglich machen. Insbesondere setzen wir uns aber auch dafür
410 ein, Kinder und Jugendliche unabhängig vom familiären Hintergrund an Kultur
411 heranzuführen. Hierzu werden wir uns unter anderem dafür einsetzen, dass die
412 Stadtbücherei ihr gerade für junge Menschen attraktives Kulturangebot aufrechterhalten und
413 ausbauen kann, aber auch dass der Zugang zu Einrichtungen wie der Rheinischen
414 Musikschule nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf.

415 **Kultur vor Ort – Veedelskultur**

416 Die vielfältigen Kölner Veedel stellen den Lebensmittelpunkt der Kölnerinnen und Kölner dar.
417 Hier wollen wir die lebendige freie Kulturszene stärken und die vielfältigen Kulturinitiativen
418 intensivieren. Hierbei möchten wir die Kreativität der Menschen vor Ort zur Entfaltung und
419 dies auch in einer stärkeren Würdigung von Semiprofessioneller- und Laienkultur zum
420 Ausdruck bringen. Wir setzen uns aber auch für Angebote institutioneller Kultur in den
421 Veedeln ein. So wollen wir beispielsweise den erfolgreichen Standort Mülheim für die
422 städtischen Bühnen langfristig sichern.

423 **Kulturelle Vielfalt**

424 Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Veränderungen kann Kultur ein wertvoller Motor der
425 Integration sein. Die kulturelle Vielfalt im Veedel als „Heimatkultur“ schafft Identität und
426 Identifikation, während interkulturelle Initiativen vor Ort die soziale Integration, Toleranz und
427 das gegenseitige Verständnis füreinander stärken. Dies wollen wir weiterhin unterstützen.

428 KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

429 **A2 SF1** **Vollständige steuerliche Abzugsfähigkeit von**
430 **Sozialversicherungsbeiträgen**

431 Antragssteller: AK-Gesellschaftspolitik

432 Zukünftig soll der volle Betrag der geleisteten Sozialversicherungsbeiträge steuerlich geltend
433 gemacht werden können.

434

435 KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

436 **A3 SF2** **Rückkehr zur Parität in der Sozialversicherung**

437 Antragssteller: Jusos Köln

438

439 Unser Sozialsystem zeichnet sich gerade dadurch aus, dass an der Finanzierung der
440 Sozialversicherung ArbeitnehmerInnen sowie ArbeitgeberInnen gleichermaßen beteiligt sind.
441 Gerade in der Krankenversicherung ist ein Ungleichgewicht entstanden, denn die
442 ArbeitnehmerInnen haben den kassenindividuellen Zusatzbeitrag allein zu zahlen.

443 Wir fordern, dass die Beiträge zur Kranken-, Pflege, Renten- sowie
444 Arbeitslosenversicherung wieder paritätisch getragen werden. Der festgesetzte Beitragsanteil
445 von 7,3% bzw. 7% für die ArbeitgeberInnen bei der Krankenversicherung ist aufzuheben,
446 denn an den Beitragssatzsteigerungen müssen auch diese beteiligt werden.

447 Begründung:

448 2015 betrug der durchschnittliche Zusatzbeitrag 0,9%, 2016 schon 1,1%; einzelne
449 Kassen sind bereits bei 1,5% angelangt. Die jährliche Steigerung dieser Beiträge ist
450 bereits jetzt abzusehen. Die ArbeitgeberInnen müssen an der Zahlung dieser
451 Beitragssteigerung wieder hälftig beteiligt werden, ansonsten entsteht eine noch größere
452 unverhältnismäßige Mehrbelastung für die ArbeitnehmerInnen.

454 **A4 SF3 Für eine gerechte Steuerpolitik**

455 Antragssteller: OV Ehrenfeld

456

457 Weiterleitung an: Landesparteitag, Bundesparteitag, Programmkommission

458 Bundeswahlprogramm

459 Arbeit, Anstrengung und Fleiß lohnen sich für viele Menschen in Deutschland nicht mehr.
460 Schulerfolg und Bildungslaufbahn hängen mehr als sonst irgendwo in Europa vom
461 Einkommen der Eltern ab. Trotz guter Ausbildung oder Studium finden immer weniger einen
462 sicheren und angemessen bezahlten Einstieg in den Beruf. Insbesondere Familien und vor
463 allem Alleinerziehende sind von Armut bedroht und die Zahl der Wohnungslosen nimmt in
464 letzter Zeit auch wegen deutlich steigender Mieten stark zu. Die Kommunen verfügen nicht
465 über die ausreichenden Mittel um die kulturellen und sozialen Daseinsvorsorge aufrecht zu
466 erhalten und in die Infrastruktur vor Ort zu investieren. Mit dem Mindestlohn, der Rente mit
467 63 und der Regulierung von Leih- und Zeitarbeit haben wir in der aktuellen Legislaturperiode
468 wichtige Schritte unternommen, um den sozialen Zusammenhalt in Deutschland wieder
469 herzustellen. Klar ist aber auch, dass für zusätzliche Investitionen in Bildung, Infrastruktur
470 und Wohnungsbau mehr Geld in die Hand genommen werden muss. Deshalb setzen wir uns
471 für eine gerechte Steuerpolitik mit folgenden Kernpunkten ein:

472

473 1. Eigentum verpflichtet. Die großen Vermögen in Deutschland müssen endlich wieder
474 an der Finanzierung des Sozialstaats beteiligt werden. Deshalb setzen wir uns für die
475 Wiedereinführung der **Vermögenssteuer** für besonders große Vermögen in Form
476 einer direkten Substanzbesteuerung oder zusätzlichen Ertragsbesteuerung ein.

477

478 2. Reichtum wird in Deutschland vererbt und nicht durch Leistung erworben. Wir wollen,
479 dass auch der Staat durch den diese Vermögen entstehen konnten durch eine
480 angemessene **Erbschaftssteuer** an großen Erbschaften partizipiert.
481 Ausnahmeregelungen für Unternehmer die Arbeitsplätze erhalten lehnen wir ab und
482 setzen uns stattdessen für eine stille Beteiligung des Staates an vererbten
483 Unternehmen ein, die durch die Erben wieder erworben und erst nach einigen Jahren
484 durch den Staat veräußert an Dritte werden können.

485

- 486 3. Das **Ehegattensplitting** zementiert die ungleiche Verteilung von Erwerbs- und
487 Familienarbeit zwischen Frauen und Männern und unterstützt vor allem kinderlose
488 Ehen, nicht aber Alleinerziehende, eingetragene Lebenspartnerschaften oder
489 zusammenlebende Eltern. An Stelle des Ehegattensplittings soll als
490 verfassungskonforme Lösung eine Individualbesteuerung der Partner mit einem
491 zweiten übertragbaren Grundfreibetrag treten.
- 492
- 493 4. Die Progression des Einkommenssteuertarifs endet bereits bei rund 53.000 Euro
494 Jahreseinkommen und belastet damit mittlere Familieneinkommen in gleichem Maße
495 wie Dax-Vorstände. Die **Reichensteuer** entfaltet mit 3%-Punkten ab 250.000 Euro
496 Jahreseinkommen kaum Wirkung. Wir wollen hohe Einkommen stärker zur
497 Finanzierung des Sozialstaats heranziehen und daher die Reichensteuer deutlich
498 anheben.
- 499
- 500 5. Eine Versteuerung von Kapitalerträgen im Rahmen der Einkommenssteuer statt
501 durch die bisherige pauschale **Kapitalertragssteuer**, um auch hier hohe Einkommen
502 wieder stärker in die Verantwortung zu nehmen.
- 503
- 504 6. Die Einführung einer europäischen **Börsenumsatzsteuer** nach dem Ausscheiden
505 von Großbritannien aus der EU.
- 506

507 Mit dieser Steuerpolitik und den damit möglichen Investitionen in den Sozialstaat schaffen
508 wir die Grundlage für nachhaltiges Wachstum und Gerechtigkeit. Es gibt klare Prioritäten, die
509 den aufgezeigten wirtschaftspolitischen Zielen und finanziellen Handlungsspielräumen im
510 Rahmen unseres Steuer- und Finanzkonzeptes folgen: An erster Stelle stehen Investitionen
511 in Bildung und die Stärkung der sozialen und kulturellen Handlungsfähigkeit unserer Städte
512 und Gemeinden. Wichtig sind auch die Stärkung der Binnennachfrage durch eine gerechtere
513 Lohn- und Einkommensentwicklung sowie die Investitionen in Forschung und Entwicklung,
514 Infrastruktur und Energiewende.

515 KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

516 **A5 SF4** **Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne von**
517 **Kapitalgesellschaften**

518 Antragssteller: OV Sülz Klettenberg

519

520 Die SPD spricht sich gegen die Fortgeltung der Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne von
521 Kapitalgesellschaften aus

522 KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

523 **A6 SF5 Erbschaftssteuer Betriebe**

524 Antragssteller: AK-Gesellschaftspolitik

525

526 Als Sozialdemokraten wollen wir bei Erbschaften gleiches Recht für alle Vererbungen

527 durchsetzen. D.h. vererbtes Betriebsvermögen soll nicht weiter bevorzugt werden.

528 Kompromisse in der aktuellen Koalition waren angesichts der zeitlichen Vorgaben des

529 Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hinzunehmen. Zukünftig werden Lösungen ermöglicht,

530 die bei den Zahlungsmodalitäten auf Grund dokumentierter betriebswirtschaftlicher Faktoren

531 differenzierte Gestaltungen zulassen.

532 KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

533 **A7 SF6** **Finanztransaktionssteuer**

534 Antragssteller: AK-Gesellschaftspolitik

535

536 Aus sozialdemokratischer Sicht ist eine Finanztransaktionssteuer überfällig. Sie muss auf
537 den Aktien- und Anleihehandel ebenso erhoben werden wie auf Derivatetransaktionen.

538 Einen Steuersatz von 0,1 % (bei Derivaten 0,01 %) halten wir für angemessen.

539 Sollten Verabredungen in einem nennenswerten Teil des Euro-Raumes in absehbarer Zeit
540 nicht möglich sein, setzen wir uns für die Erhebung einer nationalen Steuer ein.

541 KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

542 **A8 SF7** **Freibeträge Erbschaft / Schenkung**

543 Antragssteller: AK-Gesellschaftspolitik

544

545 Die Ermöglichung der Mehrfachnutzung erheblicher Freibeträge bei der Schenkung und
546 Vererbung wird abgeschafft. Die völlig begründungslose Mehrfachprivilegierung hoher
547 Vermögen ist aus sozialdemokratischer Sicht abwegig. Künftig sollen die Freibeträge nur
548 noch einmal - bei Schenkung oder Erbschaft - in Anspruch genommen werden können.

549 KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

550 **A9 SF8** **Gewerbsteuerliche Gleichbehandlung**

551 **Gewerbetreibende/Freiberufler**

552 Antragssteller: AK-Gesellschaftspolitik

553

554 Die Unterscheidung zwischen Gewerbetreibenden und Freiberuflern ist mehr als überholt,
555 ebenso wie die Begründung zur Einführung dieser Steuer als Ausgleich für die verstärkte
556 Inanspruchnahme von kommunalen Wegen beim Transport der Arbeitsmittel für die
557 jeweiligen Gewerke durch Pferdefuhrwerke. Heute ist diese gewichtige kommunale Steuer
558 gerechterweise auf alle Unternehmungen zu erheben. Begründete qualitative
559 Unterscheidungsmerkmale gibt es nicht.

560 KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

561 **A10 SF9 Steuerfreiheit Veräußerungsgewinne Streubesitz**

562 Antragssteller: AK-Gesellschaftspolitik

563

564 Die SPD spricht sich gegen die Fortgeltung der Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne von
565 Kapitalgesellschaften aus.

566 D.h. es wird gefordert, die im Jahr 2002 eingeführte Steuerbefreiung für die Besteuerung von
567 Gewinnen aus Beteiligungsverkäufen im Rahmen der Körperschaftssteuer abzuschaffen.

568 KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

569 **A11 SF10** **Wiederbelebung der Vermögenssteuer**

570 Antragssteller: AK-Gesellschaftspolitik

571

572 Die SPD setzt sich für eine Wiederbelebung der Vermögenssteuer mit einem jährlichen

573 Steuersatz von 1 % ein. Hierbei soll ein Freibetrag von 1 Mio. Euro pro Person gelten.

574 KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

575 **A12 SF11** **Gewerbesteuer**

576 Antragssteller: OV Sülz-Klettenberg

577

578 Die Unterscheidung zwischen Gewerbetreibenden und Freiberuflern als Kriterium für die
579 Erhebung der Gewerbesteuer ist mehr als überholt. Heute ist diese gewichtige kommunale
580 Steuer gerechterweise auf alle Unternehmungen zu erheben. Begründete qualitative
581 Unterscheidungsmerkmale gibt es nicht. Gewerbesteuer ist daher zukünftig sowohl von
582 Gewerbetreibenden, wie auch von Freiberuflern zu zahlen.

583

KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

584

A13 SF12

Reform der gesetzlichen Rentenversicherung

585

Antragssteller:

OV Longerich

586

587 Der demographische Wandel, vielfältige Erwerbsbiographien und die wachsende Altersarmut
588 machen eine grundlegende Reform des Deutschen Rentensystems unumgänglich. Dabei
589 muss eine zukunftsfeste Rente folgende Kriterien einhalten:

590

- 591 1. Es darf keine Rente auf Sozialhilfeniveau geben.
592 2. Gesetzliche und private Vorsorge sollen sich auch dann gelohnt haben, wenn eine
593 zusätzliche Unterstützung des Staates im Alter notwendig ist.
594 3. Zur Finanzierung soll das Kapital und nicht der Produktionsfaktor „Arbeit“ belastet
595 werden.
596 4. Es darf keine Entsolidarisierung im Rentensystem geben.
597 5. Der Rentenbeginn muss von jedem flexibel gestaltet werden können.

598

Daher fordern wir für die gesetzliche Rentenversicherung:

599

- 600 1. Die Einführung einer Grundrente, die substanziell über dem Sozialhilfeniveau liegt. Wer
601 ein Leben lang eingezahlt hat, muss eine Rente erhalten können, die über der
602 Grundsicherung im Alter liegt.
603
604 2. Eine Berücksichtigung der erworbenen Ansprüche bei Bezug der Grundrente. Erworbene
605 Ansprüche aus gesetzlicher und privater Vorsorge werden zu einem hohen Prozentsatz,
606 nicht jedoch vollständig auf die Grundrente angerechnet. Bestehendes Vermögen wird
607 entsprechend der voraussichtlichen Rentenbezugsdauer angerechnet.
608
609 3. Die Finanzierung der Grundrente erfolgt nicht durch höhere Sozialabgaben, da dies
610 insbesondere Geringverdiener überproportional belasten würde. Stattdessen sind
611 Unternehmen und große Vermögen sowie Einkommen oberhalb der
612 Beitragsbemessungsgrenze heranzuziehen. Nicht höhere Beitragssätze sondern erst ein

613 höherer Steuerzuschuss ermöglichen eine wirksame Umverteilung und eine
614 Stabilisierung des Rentenniveaus.

615

616 4. Die gesetzliche Rentenversicherung muss zur Bürgerversicherung werden. Der Kreis der
617 gesetzlich Versicherten ist schrittweise mit dem Ziel zu erweitern, dass jeder
618 Erwerbstätige, unabhängig ob selbstständig oder abhängig beschäftigt, gesetzlich
619 rentenversichert ist.

620

621 5. Der Rentenanspruch bemisst sich nach der Anzahl der Beitragsjahre (z. B. 45
622 Beitragsjahre) und nicht nach einem pauschalen Eintrittsalter. Das Renteneintrittsalter
623 kann von jedem Versicherten ab dem 60. Lebensjahr frei gewählt werden. Bei einem
624 späteren Renteneintritt erhöhen sich die Rentenzahlungen entsprechend. Eine
625 Verpflichtung, bei Erwerbslosigkeit vor dem 67. Lebensjahr in Rente zu gehen, darf es
626 nicht geben. Bei einer Erwerbsminderung kann die Rente ab dem 60. Lebensjahr ohne
627 Abzüge (in Höhe der kalkulatorischen Rente zum 67. Lebensjahr) angetreten werden.

628 KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

629 **A14 S13** **Rentenantrag**

630 Antragssteller: OV Ehrenfeld

631 *Weiterleitung an: Landesparteitag, Bundesparteitag, Programmkommission*
632 *Bundeswahlprogramm*

633 Der demographische Wandel, vielfältige Erwerbsbiographien und die wachsende Altersarmut
634 machen eine grundlegende Reform des Deutschen Rentensystems unumgänglich. Dabei
635 muss eine zukunftsfeste Rente folgende Kriterien einhalten:

636

- 637 6. Es darf keine Rente aus Sozialhilfeniveau geben.
638 7. Gesetzliche und private Vorsorge sollen sich auch dann gelohnt haben, wenn eine
639 zusätzliche Unterstützung des Staates im Alter notwendig ist.
640 8. Zur Finanzierung soll das Kapital und nicht der Produktionsfaktor „Arbeit“ belastet
641 werden.
642 9. Es darf keine Entsolidarisierung im Rentensystem geben.
643 10. Der Rentenbeginn muss von jedem flexibel gestaltet werden können.

644 Daher fordern wir für die gesetzliche Rentenversicherung:

645

- 646 6. **Die Einführung einer Grundrente**, die mindestens 50% über dem Sozialhilfeniveau
647 liegt.
648
649 7. **Eine Berücksichtigung der erworbenen Ansprüche bei Bezug der Grundrente.**
650 Erworbenen Ansprüche aus gesetzlicher und privater Vorsorge werden zu einem
651 hohen Prozentsatz, nicht jedoch vollständig auf die Grundrente angerechnet.

652 Bestehendes Vermögen wird entsprechend der voraussichtlichen
653 Rentenbezugsdauer angerechnet.

654

655 8. **Die Finanzierung der Grundrente erfolgt nicht durch höhere Sozialabgaben**, da
656 dies insbesondere Geringverdiener überproportional belasten würde. Stattdessen
657 sind Unternehmen und große Vermögen, sowie Einkommen oberhalb der
658 Beitragsbemessungsgrenze heranzuziehen.

659

660 9. **Die gesetzliche Rentenversicherung muss zur Bürgerversicherung werden.** Der
661 Kreis der gesetzlich Versicherten ist schrittweise mit dem Ziel zu erweitern, dass
662 jeder Erwerbstätige, unabhängig ob selbstständig oder abhängig Beschäftigt,
663 gesetzlich rentenversichert ist.

664

665 10. **Das Renteneintrittsalter kann von jedem Versicherten ab dem 60. Lebensjahr**
666 **frei gewählt werden.** Bei einem späteren Renteneintritt erhöhen sich die
667 Rentenzahlungen entsprechend. Eine Verpflichtung bei Erwerbslosigkeit vor dem 67.
668 Lebensjahr in Rente zu gehen darf es nicht geben. Bei einer Erwerbsminderung kann
669 die Rente ab dem 60. Lebensjahr ohne Abzüge (in Höhe der kalkulatorischen Rente
670 zum 67. Lebensjahr) angetreten werden.

671 Darüber hinaus werden wir die Förderung der privaten Altersvorsorge schrittweise zu einer
672 Förderung zur Vermögensbildung umbauen, damit jeder entsprechend seiner Wünschen
673 privat vorsorgen kann. Dies setzt voraus, dass zukünftig Vermögen vor dem Bezug von
674 Sozialleistungen nicht mehr aufgebraucht werden muss.

675 KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

676 **A15 SF14 Rentenreform**

677 Antragssteller: SPD OV 25 - Köln-Dellbrück

678
679 Der UB-Parteitag am 11. März 2017 möge beschließen, den nachstehenden Antrag zu einer
680 Reform des Alterssicherungssystems an den nächsten Bundesparteitag mit der Aufforderung
681 zu richten, die Kernpunkte dieses Antrags in das SPD-Wahl- und Regierungsprogramm für
682 die Wahlen zum 19. Deutschen Bundestag aufzunehmen:

683
684 **1. Gesetzliche Rentenversicherung.**

685 Das Ziel der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) muss wieder die Sicherung des
686 Lebensstandards im Alter sein. Dies kann nur über eine Stärkung der bewährten umlagen-
687 und beitragsfinanzierten GRV erfolgen.

688
689 **1.1. Ablösung des Drei-Säulen-Modells.**

690 Wir wollen den Einsatz von öffentlichen Mitteln auf die GRV konzentrieren. Über ein höheres
691 Sicherungsniveau soll die Leistungsfähigkeit der GRV verbessert und der Abstand
692 gegenüber dem Arbeitsentgelt des jeweiligen Durchschnittsverdieners verringert werden.
693 Das erfolgt in erster Linie über die Anhebung des Rentenniveaus. Damit stärken wir die
694 Akzeptanz der GRV in der Bevölkerung und sorgen für mehr Gerechtigkeit.
695 Die betriebliche und die private Vorsorge sollen ergänzende Instrumente sein, mit denen die
696 individuellen Nettoersatzraten möglichst nahe an das zuletzt erreichte Nettoeinkommen
697 herangeführt werden. Eine staatliche Förderung der kapitalgedeckten betrieblichen und
698 privaten Vorsorge ist bei einer entsprechenden Stärkung der GRV nicht mehr erforderlich.
699 Grundsätzlich soll darüber hinaus die Möglichkeit geschaffen werden, Zusatzbeiträge in die
700 GRV einzuzahlen, anstatt eine zusätzliche private Vorsorge über die völlig überteuerten
701 Produkte der Finanz- und Versicherungswirtschaft zu finanzieren.

702
703 **1.2. Wege zur Stärkung der GRV.**

704 Das heutige Rentenniveau muss in einem ersten Schritt auf einer Haltelinie von 48 Prozent
705 stabilisiert und danach schrittweise auf ein Sicherungsniveau von 50 und schließlich auf 53
706 Prozent heraufgesetzt werden. Diese Ziellinien werden durch höhere Steuerzuschüsse
707 ermöglicht. Zur Schaffung einer Demografiereserve ist eine stufenweise Erhöhung der
708 Beitragssätze erforderlich.

709 Die Stabilisierung der Haltelinie von 48 Prozent bis 2030 erfordert einen Beitragssatz von
710 23,2 Prozent, die Anhebungen der Ziellinien auf 50 bzw. 53 Prozent steigen bis 2030 auf
711 24,2 bzw. 25,7 Prozent an. Für 2045 sind höhere Anstiege erforderlich, die jedoch sowohl

712 bei der Haltelinie als auch bei beiden Ziellinien unterhalb eines Gesamtbeitrages von 30
713 Prozent liegen.

714

715 **1.3. Wiederherstellung der Parität.**

716 Eine ausreichende Alterssicherung wäre somit bei einem Sicherungsniveau bis 2045 mit
717 einem paritätischen Beitragssatz in Höhe von jeweils 15 % in der GRV zu erreichen - ohne
718 private Vorsorge! Heute jedoch müssen diejenigen Versicherten, die eine private Vorsorge
719 über einen Riester-Vertrag und über die Entgeltumwandlung betreiben, bei einem
720 Gesamtbeitragssatz in Höhe von 18,7 Prozent bereits einen Arbeitnehmeranteil in Höhe von
721 15,35 Prozent tragen, während der Arbeitgeberanteil bei 9,35 Prozent liegt. Diese Disparität
722 muss beseitigt werden.

723

724 **1.4. Weiterentwicklung der GRV.**

725 Angesichts der erheblichen Veränderungen in der Arbeitswelt und der fortschreitenden
726 Digitalisierung der Arbeit muss die GRV weiterentwickelt werden, um unterschiedliche
727 Lebens- und Erwerbsphasen zu erfassen. Dazu müssen die Rente nach
728 Mindestentgeltpunkten entfristet und modifiziert sowie Zeiten von Ausbildung und Studium,
729 alle Zeiten der Arbeitslosigkeit und Zeiten der Pflege von Angehörigen bei der
730 Gesamtleistungsbewertung aufgewertet werden.

731

732 **1.5. Erwerbsminderungsrente.**

733 Bei den geplanten Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente wird eine stufenweise
734 Erhöhung der Zurechnungszeiten vom 62. auf das 65. Lebensjahr ab 2018 vorgeschlagen.
735 Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die Verbesserungen sollen jedoch nur für
736 Neuzugänge gelten. Wir fordern daher eine schnellere Umsetzung und die Einbeziehung der
737 Bestandsrenten in diese Regelungen sowie den generellen Wegfall von Abschlägen bei der
738 Inanspruchnahme der Erwerbsminderungsrente vor dem 63. Lebensjahr.

739

740 **1.6. Renteneinheit.**

741 Die geplante - längst überfällige - Angleichung der Renten in Ost und West ist zu begrüßen.
742 Allerdings dauert die Angleichung der aktuellen Rentenwerte in sieben Jahresschritten ab
743 dem Jahre 2018 zu lange - diese Frist muss verkürzt werden. Der gleichfalls stufenweise
744 Wegfall der Hochwertung der ostdeutschen Arbeitsentgelte führt darüber hinaus zu
745 erheblichen Nachteilen bei denjenigen Beschäftigten, die vor der tatsächlichen Renteneinheit
746 in Rente gehen, da die durchschnittlichen Löhne bei Vollzeitbeschäftigten in den neuen
747 Bundesländern immer noch um rund 24 Prozent unter den Westlöhnen liegen. Die

748 Hochwertung muss daher erhalten bleiben, bis die Löhne in beiden Teilen Deutschlands
749 annähernd angeglichen sind.

750

751 **1.7. Mütterrente.**

752 Die rentenrechtliche Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten von drei Jahren pro Kind
753 muss auch für Geburten vor 1992 gelten. Darüber hinaus muss die Finanzierung der
754 Mütterrente insgesamt über Steuermittel erfolgen.

755

756 **1.8. Flexible Übergänge und Teilrente.**

757 Die Regelungen vom Oktober 2016 für einen flexibleren Übergang in die Rente sollen
758 dahingehend ergänzt werden, dass der Zugang zu einer Teilrente ab dem 60. Lebensjahr
759 über eine eigenständige Rentenart ermöglicht wird. Für Beschäftigte, die die
760 Regelaltersgrenze überschritten haben und in einer Teilrente weiterarbeiten wollen, muss
761 der Arbeitgeberbeitrag zur Arbeitslosenversicherung sofort eingeführt werden. Ferner sollen
762 die Hinzuverdienst-Möglichkeiten beim Bezug dieser Teilrente erweitert werden, sodass mit
763 einer individuellen und stufenweisen Kombination aus Teilrente und Hinzuverdienst so viel
764 verdient werden kann, wie bis dahin in Vollzeitbeschäftigung maximal verdient wurde.

765

766 **1.9. Erwerbstätigen-Versicherung.**

767 Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode die Erwerbstätigen-Versicherung einführen. In
768 dieser sollen sofort alle Selbständigen ohne Altersbegrenzung, die nicht in berufsständischen
769 Versorgungswerken abgesichert sind, sowie alle Abgeordneten auf Länder- und
770 Bundesebene pflichtversichert werden. Zeitnah sollen darüber hinaus alle neu
771 einzustellenden Beamtinnen und Beamten der Versicherungs- und Beitragspflicht in der
772 GRV unterliegen. In einem ersten Schritt soll die Beitragsbemessungsgrenze sofort spürbar
773 angehoben werden, im zweiten Schritt soll sie entfallen. Für hohe Einkommen sollen die
774 Rentenleistungen abgeflacht werden.

775

776 **1.10. Versicherungsfremde Leistungen.**

777 Die GRV erbringt eine Vielzahl von versicherungsfremden Leistungen - von der Mütterrente
778 über die Renteneinheit in den alten und neuen Bundesländern bis hin zu den Fremdrenten
779 usw. Alle diese Leistungen betrachten wir als gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die von
780 allen Steuerpflichtigen in unserem Land - also auch von Freiberuflern, Abgeordneten,
781 Beamten usw. - über Steuern zu tragen sind. Das entlastet die Rentenkassen, schafft
782 Reserven für zukünftige Aufgaben und führt zu einer gerechteren Verteilung der Lasten, die
783 bisher von den Versicherten und ihren Arbeitgebern getragen und nur unzureichend durch
784 die Bundeszuschüsse abgedeckt werden.

785 **2. Solidar-Rente.**

786 Versicherte, die über einen längeren Zeitraum hinweg Beiträge zur Gesetzlichen
787 Rentenversicherung (GRV) gezahlt haben, und trotz der o.a. Maßnahmen zur
788 Höherbewertung ihrer Anwartschaften keine spürbaren Leistungen oberhalb der
789 Grundsicherung im Alter erhalten, sollen eine an der Armutsgrenze (derzeit rund 1030 €)
790 orientierte Solidar-Rente erhalten. Diese Rente unterliegt der Bedürftigkeitsprüfung unter
791 Nichtanrechnung von Schonvermögen und des selbstgenutzten Immobilienbesitzes bis zu
792 einer bestimmten Größenordnung. Voraussetzung ist das Vorliegen von mindestens 15
793 Beitragsjahren/25 Versicherungsjahren. Die Differenz zwischen den erworbenen
794 Anwartschaften und dem Zahlbetrag wird durch Steuermittel ausgeglichen. Wir wollen damit
795 versuchen, Solo-Selbständigen, Menschen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien, langjährig
796 Beschäftigten im Niedriglohnsektor sowie Menschen mit Erziehungs- und Pflegezeiten eine
797 ausreichende Rente oberhalb des Grundeinkommens zu verschaffen.
798 Der Erwerb der im Koalitionsvertrag und im Gesamtkonzept vorgeschlagenen Solidarrente
799 setzt 35 bzw. 40 Beitragsjahre und Berücksichtigungszeiten voraus. Das sind für die von uns
800 ins Auge gefasste Zielgruppe unüberwindliche Barrieren. Um jedoch besonders langjährige
801 Beitrags- und Versicherungszeiten zu honorieren, soll bei der von uns vorgeschlagenen
802 Solidar-Rente für Versicherte mit 35 und mehr Beitrags- und Versicherungsjahren bei
803 Rentenbeginn die Bedürftigkeitsprüfung entfallen.

804

805 **3. Betriebliche Altersvorsorge.**

806 Das im Entwurf zum Betriebsrentenstärkungsgesetz vom November 2016 konzipierte
807 Sozialpartnermodell weist in die falsche Richtung. Anstatt die staatliche Förderung auf die
808 GRV zu konzentrieren, wird hier erneut versucht, das Drei-Säulen-Modell mit seinen beiden
809 kapitalgedeckten Elementen als Ersatz und nicht als Ergänzung zu einer den
810 Lebensstandard im Alter sichernden gesetzlichen Rente zu etablieren. Weder die
811 betriebliche Altersvorsorge(bAV) noch die Riester-Rente (pAV) können diese Ersatzfunktion
812 für alle Versicherten wahrnehmen. Von der bAV werden nur rund 40 Prozent der
813 Sozialversicherungs- pflichtigen erfasst, daher beziehen auch nur 30 Prozent der heutigen
814 Rentnerinnen und Rentner eine Betriebsrente. Im Umkehrschluss erhalten 70 Prozent der
815 Beschäftigten keine Betriebsrente! Daher taugt die bAV nicht als tragende „Säule“ eines
816 Alterssicherungssystems.

817

818

819 **3.1. Entgeltumwandlung abschaffen.**

820 Die Betriebsrente stellt für den begünstigten Personenkreis ohne Zweifel eine wichtige
821 Zusatzversorgung dar, ihre Verteilung konzentriert sich jedoch auf Konzerne und

822 Großbetriebe sowie auf den öffentlichen Dienst. Kleine und mittlere Unternehmen gewähren
823 ihren Beschäftigten selten eine Betriebsrente. Wenn doch, erfolgt auch dort die Finanzierung
824 in der Regel über die Entgeltumwandlung. Bei der Entgeltumwandlung werden Bestandteile
825 des Bruttolohns nicht an die GRV, sondern in die betriebliche Altersvorsorge überführt. Das
826 schwächt die Rentenkassen und verringert für die Betroffenen die Rentenhöhe. Wir
827 bezweifeln, dass die Kapitalerträge bei niedrigen Einkommen und entsprechend niedrigen
828 Beiträgen diese Verluste kompensieren können, zumal in der Rentenphase von den
829 Betriebsrenten Steuern und der volle Kranken- und Pflegeversicherungsbeitrag gezahlt
830 werden müssen. Im o.a. Gesetzesentwurf sollen kleine und mittlere Unternehmen über
831 Steuervorteile und Förderungsbeträge motiviert werden, ihren Beschäftigten mit Einkommen
832 unterhalb von 2000 Euro brutto zukünftig eine Betriebsrente mit arbeitgeberfinanzierten
833 Zusatzbeiträgen zu gewähren. Das wird wie bei Riester-Förderung enden: Die Zielgruppe
834 wird sich schlichtweg das Ansparen über Vorsorgeprodukte nicht leisten können,
835 insbesondere, wenn diese von der Finanz- und Versicherungswirtschaft vertrieben werden.

836

837 **4. Private Altersvorsorge.**

838 Aufgrund der negativen Erfahrungen mit den Riester-Produkten (mangelnde Transparenz,
839 überhöhte Verwaltungskosten, niedrige Zinserträge) macht es keinen Sinn, diese Art der
840 privaten Altersvorsorge durch eine Übertragung in die betriebliche Altersvorsorge weiter
841 auszubauen und sie weiterhin über die Finanz- und Versicherungswirtschaft vertreiben zu
842 lassen. Auch hier gilt: Diejenigen Versicherten, die eine private Vorsorge betreiben wollen,
843 müssen dies über die Einzahlung von Zusatzbeiträgen und die GRV tun können.
844 Auf dem von uns aufgezeigten Wegen werden auch die rund 17 Millionen
845 sozialversicherungs- pflichtigen Beschäftigten erfasst, die heute weder Anwartschaften in der
846 betrieblichen Altersvorsorge erwerben, noch sich eine private Vorsorge über Riester-
847 Verträge leisten können.

849 **A16 SF15** **Rente / Altersversorgung**

850 Antragssteller: AK-Gesellschaftspolitik

851

852 Bei der erforderlichen Reform der Altersversorgung will die SPD die Stabilisierung des
853 gegenwärtigen Rentenniveaus und seine schrittweise Anhebung auf mindestens 50 %
854 erreichen.

855 Öffentliche Mittel sollen ausschließlich auf die Stärkung der gesetzlichen
856 Rentenversicherung konzentriert werden. Daher lehnen wir die weitere Förderung der
857 kapitalgedeckten Altersvorsorge (Riester) und insbesondere die bisherige Möglichkeit zur
858 Entgeltumwandlung - selbstverständlich bei Bestandsschutz für bestehende Verträge - ab.

859 Hingegen ist die generelle Zulässigkeit zusätzlicher Einzahlungen in die gesetzliche
860 Rentenversicherung (GRV) zum Erwerb weiterer Entgeltpunkte neu zu schaffen.

861 Die Anrechnung von Ausfallzeiten (Pflege, Schule und Studium, Hartz IV) ist zu verbessern
862 bzw. wieder einzuführen.

863 Versicherungsfremde Leistungen sind vollständig aus Steuermitteln zu finanzieren; zudem
864 erfordert die Altersentwicklung eine Erhöhung des Bundeszuschusses.

866 **A17 ASG1 Anspruch auf Vollzeit**

867 Antragssteller: Jusos Köln

868

869 Elternteile sollen nach erziehungsbedingter Teilzeit einen Anspruch auf Rückkehr in eine
870 Vollzeitbeschäftigung haben, sofern sie vor der erziehungsbedingten Teilzeit auch Vollzeit
871 beschäftigt waren.

872 Begründung:

873 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gilt es zu fördern. In der Regel ist es so, dass das
874 nach dem Mutterschutzurlaub (8 bzw. 12 Wochen nach der Geburt des Kindes) folgendes
875 Elternzeitmodell möglich ist. Jeder Elternteil hat Anspruch auf Elternzeit zur Betreuung und
876 Erziehung seines Kindes bis dieses sein drittes Lebensjahr vollendet hat. Die Elternzeit ist
877 ein Anspruch des Arbeitnehmers oder der Arbeitnehmerin gegenüber dem Arbeitgeber.
878 Während der Elternzeit ruhen die Hauptpflichten des Arbeitsverhältnisses. Das
879 Arbeitsverhältnis bleibt aber bestehen und nach Ablauf der
880 Elternzeit besteht ein Anspruch auf Rückkehr zur früheren Arbeitszeit. Da das
881 Arbeitsverhältnis während der Elternzeit lediglich ruht und mit dem Ende der Elternzeit
882 wieder vollständig auflebt, ist die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer gemäß der im
883 Arbeitsvertrag getroffenen Vereinbarungen zu beschäftigen. Viele Mütter oder Väter gehen
884 danach familienbedingt in Teilzeit, bis ihre Kinder schulpflichtig sind. Insbesondere Frauen
885 haben es danach schwer, wieder Vollzeit beschäftigt zu werden. Wäre ein Rechtsanspruch
886 vorhanden, würde dies die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Rechte der Frau
887 stärken!

889 **A18 ASG2** **Regelungen für Krankschreibung reformieren**

890 Antragssteller: Jusos Köln

891

892 Wir fordern, dass bei einer Arbeitsunfähigkeit von bis zu 7 Kalendertagen keine ärztliche
893 Bescheinigung vorgelegt werden muss. Über das weitere Bestehen der Arbeitsunfähigkeit
894 sowie deren voraussichtliche Dauer ist spätestens an dem darauffolgenden Arbeitstag die
895 Bescheinigung vorzulegen.

896 Die Berechtigung der ArbeitgeberInnen, die ärztliche Bescheinigung vorher zu verlangen, soll
897 nur in begründeten Fällen sowie nach Absprache mit der Personalvertretung erfolgen.

898 Falls der Anspruch auf Entgeltfortzahlung bereits bei Beginn der Arbeitsunfähigkeit aufgrund
899 anrechenbarer Vorerkrankungen ausgeschöpft sein sollte, ist ab dem 1. Tag der
900 Arbeitsunfähigkeit und nicht erst ab dem Tag der Ausstellung der ärztlichen Bescheinigung
901 Krankengeld durch die entsprechende Krankenkasse auszuzahlen.

902 **Begründung:**

903 Nach der derzeitigen Regelung ist eine ärztliche Bescheinigung ab dem 4. Tag der
904 Arbeitsunfähigkeit vorzulegen. Die Wartezimmer der HausärztInnen ist mit vielen
905 Menschen gefüllt, die lediglich eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung benötigen und diese
906 aus Angst vor Verlust der Arbeitsstelle auch einholen. Hier handelt es sich meist um
907 Erkrankungen, die selbst kuriert werden können. Durch die auf 14 Tage verschobene
908 Pflicht, eine Bescheinigung vorzulegen, können die ÄrztInnen den anderen PatientInnen
909 mehr Aufmerksamkeit zukommen lassen. Beispielsweise gibt es in Norwegen bei
910 verschiedenen Unternehmen die Möglichkeit von 8 bis 24 Tage sich selbst arbeitsunfähig zu
911 melden. Anders als viele vermuten ist in Norwegen die Zahl der Fehltage rückläufig. Der
912 Anspruch auf Krankengeld entsteht ab dem Tag der Ausstellung der
913 Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung. Dies hat bereits jetzt zur Folge, dass bei
914 anrechenbaren Vorerkrankungen, die ArbeitnehmerInnen bis zu 3 Tage ohne
915 Entgeltersatzleistung auskommen müssen, nach der vorgeschlagenen Regelung sogar
916 14 Tage. Der Anspruch auf Krankengeld muss somit ab dem ersten Tag der
917 Arbeitsunfähigkeit gegeben sein.

919 **A19 ASG3 Tarifliche Gleichstellung von Werksarbeitenden stärken**

920 Antragssteller: Jusos Köln

921

922 Extern beauftragte sollen für regelmäßig wiederkehrende innerbetrieblich ausgeführte
923 Arbeiten genauso entlohnt und behandelt werden, wie es im Tarifvertrag der in Auftrag
924 gebenden Firma für gleichwertige innerbetriebliche Aufgaben vorgesehen ist. Falls es keinen
925 gültigen Tarifvertrag geben sollte, darf nicht weniger als der Mindestlohn angesetzt werden.
926 Zur Überprüfung, ob Werkvertragnehmende wiederkehrende Tätigkeiten durchführen, soll
927 der Zoll stichprobenartig die geschlossenen Verträge überprüfen.

928 Begründung:

929 Beim Werkvertrag schuldet der Werkunternehmer dem Werkbesteller die Herstellung eines
930 Werkes (§ 631 Abs. 1 BGB), das heißt die Herbeiführung eines bestimmten
931 Erfolgstatsächlicher Natur und der Werkbesteller als Gegenleistung dem

932 Werkunternehmer den vereinbarten Werklohn. Beim Werkvertrag ist die Herstellung eines
933 Werkes die vertraglich geschuldete Leistung als Tatbestandsmerkmal. Daher genügt das
934 Bemühen zur Herstellung eines Werkes für die Vertragserfüllung nicht, erforderlich ist ein
935 konkreter Leistungserfolg. Dabei ist es unerheblich, ob das Werk eine Sache oder ein
936 unkörperliches Produkt von Arbeit (z. B. Computerprogramme) ist. Der rechtliche Werkbegriff
937 in diesem Sinne umfasst materielle und immaterielle Sachen, wie auch Erfolgsergebnisse
938 einer Arbeit oder Dienstleistung (vgl. § 631 Abs.

939 2 BGB). Abzugrenzen ist der Werkvertrag insbesondere vom Dienst- und Kaufvertrag. Dabei
940 ist beim Werkvertrag im Gegensatz zum Dienstvertrag ein bestimmter Erfolg geschuldet und
941 nicht lediglich eine Tätigkeit oder Sorgfaltsverbindlichkeit. Beim Kaufvertrag ist nicht die
942 Herstellung, sondern die Verschaffung der Sache Vertragsinhalt. Die Fälligkeit der Vergütung
943 des

944 Werkvertrags tritt mit der Abnahme des Werkes ein (§ 640, § 641 BGB). Damit tritt der
945 Unternehmer mit der Erstellung des Werkes in Vorleistung, soweit nichts anderes vereinbart
946 wurde. Die Herstellung beweglicher Sachen unterliegt kaufrechtlichen Regeln (§ 651 BGB).
947 Der früher in diesen Fällen einschlägige Werklieferungsvertrag wurde im Zuge der
948 Schuldrechtsmodernisierung abgeschafft. Somit unterliegen im Großen und Ganzen noch
949 folgende Verträge dem Werkvertragsrecht:

- 950 - Herstellung unbeweglicher Sachen (Bauwerke)
- 951 - Herstellung von Sondermaschinen und Anlagen
- 952 - Instandsetzungsverträge
- 953 - Herstellung nichtkörperlicher Werke (z. B. Software, Bauplan, Gutachten)

954 Der Werkvertrag zielt auf ein festgelegtes Ergebnis, im Gegensatz etwa zum Dienstvertrag,
955 der regelmäßige Erbringung zum Inhalt hat, und dem Kaufvertrag, der nicht auf einer vorher
956 festgelegten Leistungsverpflichtung beruht. (siehe auch Auftrag.) Gegenstand typischer
957 Werkverträge sind Bauarbeiten, Reparaturarbeiten, handwerkliche Tätigkeiten
958 (beispielsweise Möbelfertigung, Installation, Tapezieren, Anfertigen eines Maßanzuges),
959 Transportleistungen (beispielsweise Taxifahrt), Herstellung von künstlerischen Werken (z. B.
960 Bilder, Skulpturen) oder die Erstellung von Gutachten und Plänen. Besonders oft werden sie
961 neben Angestellten Arbeitern in Auto- und Industriefabriken eingestellt um ein bestimmtes
962 Stück fertig zu stellen. Sollte dies betriebsübliche und regelmäßig geschehen, liegt der
963 Verdacht der

964 Scheinselbstständigkeit nah, die es zu bekämpfen gilt. Ein Druckmittel gegenüber dem
965 Arbeitgeber kann da die gleiche Bezahlung sein, um diese Art von Lohndumping unattraktiv
966 zu machen.

967 KölnSPD Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

968 **A20 ASG4** „Ehe für alle“ – völlige Gleichstellung jetzt umsetzen!

969 Antragssteller: Jusos Köln und AG SPDqueer

970

971 Der Parteitag des UB Köln fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, noch in dieser
972 Legislaturperiode die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare zu öffnen.

973

974 Sofern dies nicht gemeinsam mit dem aktuellen Koalitionspartner zu erreichen ist, soll die
975 Einbringung eines Gesetzentwurfs über einen interfraktionellen Gruppenantrag erfolgen. Die
976 Freigabe der Abstimmung im Deutschen Bundestag durch die Fraktionsspitze ist in diesem
977 Fall unerlässlich.

978

979 **Begründung:**

980

981 Die völlige Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften ist seit Jahren eine
982 zentrale Forderung der Sozialdemokratie und wir haben unter anderem im Wahljahr 2013
983 bei allen CSD-Demonstrationen mit dem Slogan "100% Gleichstellung - nur mit uns"
984 geworben.

985

986 In einem Koalitionsvertrag kann niemals 100% eines Wahlprogramms Eingang finden und
987 auch Verhandlungen mit dem Koalitionspartner sind meist notwendig. In der aktuellen
988 Koalition haben wir vielen Verbesserungen für das Leben der Menschen in diesem Land
989 erreicht, aber auch der bisher unberücksichtigte Anspruch homosexueller
990 Lebenspartnerschaften auf die völlige Gleichstellung mit der Ehe bleibt uns ein wichtiges
991 Kernanliegen.

992

993 Der Koalitionsvertrag ist abgearbeitet und wir konnten unsere Ziele erreichen. Belastbaren
994 Umfragen zufolge befürwortet eine deutliche Mehrheit der Deutschen die Gleichstellung von
995 Lebenspartnerschaften und auch im Bundestag gibt es dafür einen breiten
996 parlamentarischen Konsens. Folglich ist es nur richtig zum jetzigen Zeitpunkt eine
997 entsprechende Gesetzesinitiative umzusetzen - notfalls auch ohne den Koalitionspartner.

998

999 Die Zeit dafür drängt: Durch den fast sicheren Einzug der AfD in den Bundestag steht die
1000 parlamentarische Mehrheit für diese wichtige Forderungen in Frage. Zusätzlich wäre ein
1001 solcher Beschluss durch eine schwarz-grüne Koalition nach der Bundestagswahl eine fatale

1002 Niederlage für die Glaubwürdigkeit der SPD. Deshalb ist es die Aufgabe unserer Fraktion
1003 jetzt zu handeln.

1004 KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

1005 **A21 ASG5** **Für mehr soziale Gerechtigkeit – Armut bekämpfen**

1006 Antragssteller: OV Ehrenfeld

1007

1008 Zur Weiterleitung an: Programmkommission zum Bundestagswahlprogramm

1009

1010 Die Armut steigt stetig in Köln und in Deutschland. Besonders betroffen sind Kinder,
1011 Jugendliche, Alleinerziehende und Rentner/innen. Immer mehr Menschen werden aus dem
1012 gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen.

1013 Deshalb müssen wir mehr Grundlagen schaffen und Gesetze ändern und schaffen, um diese
1014 Entwicklung aufzuhalten.

1015

1016 Folgende Maßnahmen müssen per Gesetzesregelung aufgehoben und verändert werden:

- 1017 • Keine Anrechnung mehr des Kindergeldes auf das Arbeitslosengeld II
- 1018 • Es ist eine Grundsicherung für den Lebensunterhalt einzuführen, der auch die Teilnahme
1019 am gesellschaftlichen Leben mit berücksichtigt und finanziert wird.
- 1020 • Den Mindestlohn über die turnusgemäße Anpassung seitens der beauftragten
1021 Kommission hinaus zu erhöhen und nicht aufzuweichen, wie beispielsweise beabsichtigt
1022 in der Beschäftigung von Flüchtlingen.
- 1023 • Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Einschränkungen im
1024 öffentlichen Sektor (Städte, Gemeinden, stadteigenen Betrieben), die keine Chance auf
1025 dem ersten Arbeitsmarkt haben, auch unter Nutzung des Bundesprogramms „Soziale
1026 Teilhabe am Arbeitsleben“. Die Beschäftigung muss spätestens nach 3 Jahren entfristet
1027 werden und solange andauern, wie eine Beschäftigung auf dem regulären Arbeitsmarkt
1028 nicht aussichtsreich ist.

1029 KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

1030 **A22 ASG6:** **Inklusion muss in Köln mehr Berücksichtigung finden.**
1031 **Die Stadt als Vorreiterin eines inklusiven Köln**

1032 Antragssteller: OV Ehrenfeld

1033

1034 Zur Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

1035

1036 Es ist festzustellen, dass trotz der Technologie und Spezialisierung von Aufgaben in der
1037 Arbeitswelt auch „Einfacharbeiten“ abgedeckt werden müssen. Die Stadt Köln muss hier eine
1038 Vorbildfunktion haben.

1039 Wir beauftragen die Stadt Köln

1040 • Alltagshelfer (Servicehelfer) bei der Stadtverwaltung für Einfacharbeiten
1041 einzustellen (Einfacharbeiten bei Gärtnereien, Grünanlagen, Archiven,
1042 Krankenhäuser, städtische Kantinen etc.)

1043 • Die Stadt Köln und stadt eigene Betriebe erfüllen zwar die Mindestbehindertenquote,
1044 aber nicht durch Neueinstellungen, sondern durch Menschen, die durch ein langes
1045 Berufsleben gesundheitliche Einschränkungen erfahren. Deshalb müssen bei
1046 Neueinstellungen Menschen mit Einschränkungen Vorrang haben. Hier fordern wir
1047 eine Einstellung von außen jedes Jahr von 10 Personen.

1048 • Bei der Ausbildung muss dafür gesorgt werden, dass Jugendliche und Erwachsene
1049 mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderung im Rahmen ihrer
1050 Fähigkeiten und Möglichkeiten eine faire Chance erhalten. Dabei muss die
1051 Ausbildung mit der Perspektive einer Übernahme in die Festeinstellung verbunden
1052 sein.

1053 • Bei Baumaßnahmen jeder Art verpflichtet sich die Stadtverwaltung, in
1054 Ausschreibungen die Barrierefreiheit mit zu berücksichtigen und Verbindlichkeiten
1055 herzustellen. Hier ist es erforderlich bei Planungen Experten (Betroffene) mit
1056 einzubeziehen.

1057 KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

1058 **A23 ASG7 Lebenslange Entschädigungszahlungen für durch**
1059 **Blutprodukte HIV-infizierte Personen**

1060 Antragssteller: SPDqueer UB Köln

1061

1062 Der Bund, die Länder, das Deutsche Rote Kreuz sowie die beteiligten Pharmakonzerne
1063 stellen der „Stiftung Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen“ jedes
1064 Jahr verpflichtend finanzielle Mittel bereit, so dass eine lebenslange Entschädigungszahlung
1065 in der derzeitigen Höhe an die durch Blutprodukte HIV-infizierten Personen sowie deren
1066 Angehörigen erfolgen kann. Die Anspruchsberechtigung ist auf durch Blutprodukte an
1067 Hepatitis C-erkrankte Personen zu erweitern.

1068

1069 **Begründung:**

1070 Das Deutsche Rote Kreuz sowie Pharmahersteller haben in den 1980ern
1071 verunreinigte Medikamente an Bluter ausgegeben. Dadurch haben sich fast 2.000
1072 Menschen mit HIV infiziert. Dies wurde durch den Bericht des parlamentarischen
1073 Untersuchungsausschusses „HIV-Infektionen durch Blut und Blutprodukte“ 1993
1074 bekannt.

1075

1076 1995 wurde die „Stiftung Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte
1077 Personen“ eingerichtet. Der damalige Gesundheitsminister Horst Seehofer rechnete
1078 mit dem Tod dieser Menschen bereits nach einigen Jahren, so dass die durch die
1079 Stiftung ausgezahlten Entschädigungszahlungen von vornherein bis 1999 begrenzt
1080 wurden. Durch moderne Therapiemöglichkeiten sowie gut entwickelte Medikamente
1081 leben viele dieser Menschen mit ihrer HIV-Infektion bzw. AIDS noch, sind aber meist
1082 erwerbsunfähig und schwerbehindert. Die dadurch an Hepatitis C erkrankten, wurden
1083 bisher nicht entschädigt.

1084

1085 Nach derzeitigem Stand hat die Stiftung 2018 kein Geld mehr und damit würde die
1086 Stiftung eingestellt. Die Entschädigungszahlungen entfielen mit sofortiger Wirkung.
1087 Und spätestens 2028 wären die Pharmahersteller aus der Stiftung ausgeschieden.

1088 Eine freiwillige finanzielle Leistung wie bisher ist zynisch und nicht angebracht; es
1089 muss eine gesetzliche Sicherstellung her. Denn dies ist keine Wohltat der
1090 Pharmakonzerne sondern ihre Verpflichtung dieser Menschen gegenüber. Denn die
1091 infizierten Menschen sowie ihre Angehörigen leben im Ungewissen, ob eine weitere
1092 Zahlung erfolgt und sie den Lebensunterhalt bestreiten können.

1093 KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

1094 **A24 ASG8** **Räder für die Veedel**

1095 Antragssteller: Jusos Köln

1096

1097 Wir befürworten die Kooperation der Kölner-Verkehrsbetriebe 1 mit dem Start-UP
1098 Nextbike, die zu einer breiten Versorgung der Innenstadt mit Leihfahrrädern geführt
1099 hat. Unter der Zielvorgabe, durch einen modernen Verkehrsmix, den Verkehr des
1100 Stadtgebiets weiter zu entlasten, fordern wir, dass das Leihfahrradangebot auf alle
1101 Stadtteile ausgedehnt wird.

1102 KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

1103 **A25 ASG9** **Nachtverkehr für ein lebendiges Köln**

1104 Antragssteller: Jusos Köln

1105

1106 Die KölnSPD fordert die Einsetzung eines Nachtverkehrs der KVB in Form von Bussen, die
1107 Sonntags bis Donnerstags den Linienweg des Bahnverkehrs bedienen.

1108 Ausgehend von zwei zusätzlich in höherer Taktung per Bus miteinander verbundenen
1109 Knotenpunkten im linksrheinischen (KVB Haltestelle Neumarkt) und im rechtsrheinischen
1110 (Bhf. Deutz/ Ottoplatz/ Opladener Str.) starten die Busse in die einzelnen Stadtbezirke der
1111 Rheinseite, auf der sich der Knotenpunkt befindet.

1112 Jede der Nachbuslinien soll ab etwa 2Uhr in einer Taktung von 30min so lange in Betrieb
1113 sein, bis der reguläre Bahnverkehr wieder einsetzt.

1114 Die Verbindungsbusse der beiden Knotenpunkte sollen in zwanzigminütiger Taktung fahren.

1115 Die Stadt Köln soll sich an der Finanzierung beteiligen.

1116 Zunächst soll von Seiten der KVB eine Machbarkeitsstudie durchgeführt werden sowie
1117 testweise im linksrheinischen der Linienweg der Linie 18 nach Hürth Efferen, der Linie 1
1118 nach Weiden West und der Linie 3 nach Mengenich sowie im rechtsrheinischen der
1119 Linienweg der Linie 4 nach Schlebusch/Leverkusen und der Linie 1 nach Bensberg
1120 eingesetzt und ausprobiert werden.

1121 Dabei könnte die Gestaltung der Fahrwege folgend aussehen:

1122 Im Linksrheinischen:

1123

1124 Vom Neumarkt aus:

1125 - NL 1 über die Aachener Str. bis Weiden West

1126 - NL 3 über die Cäcilienstr. bzw. Hahnenstr/ Venloer Str./ Militärring bis
1127 Bocklemünd/Mengenich

1128 - NL 7 über die Aachener Str./ Stadtwaldgürtel/Dürener Str. nach Frechen
1129 Bahnhof

- 1130 - NL 9 über die Zülpicher Str. (bzw. Luxemburger Str. bei Sperrung der
1131 Zülpicher Str.) bis Sülz Hermeskeiler Platz
1132 - NL 18 über die Luxemburger Str. nach Hürth Efferen
1133
1134 NL 15 von Chorweiler über Eifelstr. bis Zollstock Südfriedhof
1135 NL 16 von Merkenich über Niehl Sebastianstr. (Industriestr.) Amsterdamer
1136 Str./Riehler Str./Nord-Süd-Fahrt/NEUMARKT/ über Rodenkirchen bis Godorf
1137
1138 Im Rechtsrheinischen:
1139
1140 Von Bhf. Deutz (Ottoplatz) aus:
1141
1142 - NR 1 über Deutz-Kalker Str./Kalker Hauptstr./Olpener. Str. bis Refrath
1143 - NR 3 über Buchheim/Holweide/Dellbrück bis Thielenbruch
1144 - NR 4 über Pfälzischer Ring/Markgrafenstr./ Berliner Str. bis Schlebusch
1145 - NR 7 bis Porz: über Siegburger Str./Kölner Str./"Hauptstr."/ (H)Zündorf/
1146 Wahner Str./ (S) Porz Wahn/ Frankfurter Str. bis Urbach/ Kaiserstr. /Porz Markt
1147 - NR 9 über Kalker Hauptstr./ Ostheimer Str./Rösrather Str. bis Königsforst
1148

Begründung:

Erfolgt mündlich.

1149 KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

1150 **A26 ASG10 In der Kölner Innenstadt soll der motorisierte**
1151 **Individualverkehr verringert und die Ost-Westachse neu**
1152 **gestaltet werden.**

1153 Antragssteller: Forum Umwelt, Energie und Mobilität der KölnSPD

1154

1155 **Beschluss**

1156 Der Kölner Unterbezirksparteitag möge beschließen, dass in Zukunft der motorisierte
1157 Individualverkehr (Auto, LKW etc.) im Kernbereich der Innenstadt verringert wird.

1158 Die Attraktivität des innerstädtischen ÖPNVs und Fahrradverkehrs soll weiter gesteigert
1159 werden um möglichst viele Pendler, die auf die innerstädtischen Straßen mit eigenem
1160 Automobil angewiesen sind, eine Alternative zu bieten.

1161 Einzelne Fortbewegungsarten sollen dabei nicht gegeneinander ausgespielt werden. Es ist
1162 völlig klar, dass eine Attraktivierung der Nutzung von Fahrrad und ÖPNV nicht mittels der
1163 einseitigen Benachteiligung des KFZ-Pendlerverkehrs erfolgen kann. Pendler steigen nicht
1164 automatisch auf das Fahrrad um, nur weil man Autofahrspuren kürzt, sondern wenn es
1165 Alternativen gibt.

1166 Es soll aber die Chance genutzt werden, Verkehrsplanung mit Stadtplanung zu verbinden
1167 und sich bietende Räume für die Allgemeinheit nutzbar zu machen und attraktiver zu
1168 gestalten.

1169 Als ein Schritt in diese Richtung soll die Ost-West-Achse zwischen Heumarkt und Neumarkt
1170 als Verkehrsader des ÖPNV verbessert sowie die Aufenthaltsqualität für die Innenstadt
1171 gesteigert werden.

1172 Ziel ist es eine zeitnahe Alternative zu einem angedachten U-Bahnbau umzusetzen - bei
1173 deutlich geringen Kosten.

1174 Eine Arbeitsgruppe aus Partei und Fraktion soll die o.g. Vorschläge prüfen und mit
1175 Fachleuten und Experten ein Konzept erarbeiten. Das Ergebnis der Arbeitsgruppe soll in der
1176 Partei diskutiert werden, eine angemessene Bürgerbeteiligung ist zu gewährleisten.

1177 Das Endergebnis soll dann von der Ratsfraktion in die zuständigen Gremien eingebracht
1178 werden.

1179 **Begründung:**

1180 Köln ist durch den schnellen Wiederaufbau nach dem zweiten Weltkrieg deutlich geprägt.
1181 Dies spiegelt sich insbesondere in der großzügigen Planung für den Autoverkehr wider -
1182 insbesondere im innerstädtischen Bereich. Die Nord-Süd Fahrt ist dabei nur eins von vielen
1183 Beispielen. Lebens- und Aufenthaltsqualität leiden gleichermaßen darunter.
1184 Den bisherigen Entwicklungen muss mit weitreichenden Veränderungen begegnet werden
1185 und bedürfen einer Gesamtplanung statt eines weiteren Flickengerüstes (z.B.
1186 Verkehrsaufkommen auf den Einfallstraßen, Durchquerung der Stadt etc.). Gleichzeitig ist
1187 darauf zu achten, dass die Bürgerinnen und Bürger, die im innerstädtischen Bereich wohnen
1188 und leben, mitgenommen, auf Ihre Vorschläge und Ideen eingegangen und ein partizipativer
1189 Prozess gestartet wird.

1190 **Vorschlag:**

1191 Als Maßnahme wird vorgeschlagen, dass der Verkehrsstrom bereits ohne Umbau der
1192 Deutzer Brücke unter Berücksichtigung der bestehenden Wegstrecken realisiert werden
1193 kann.

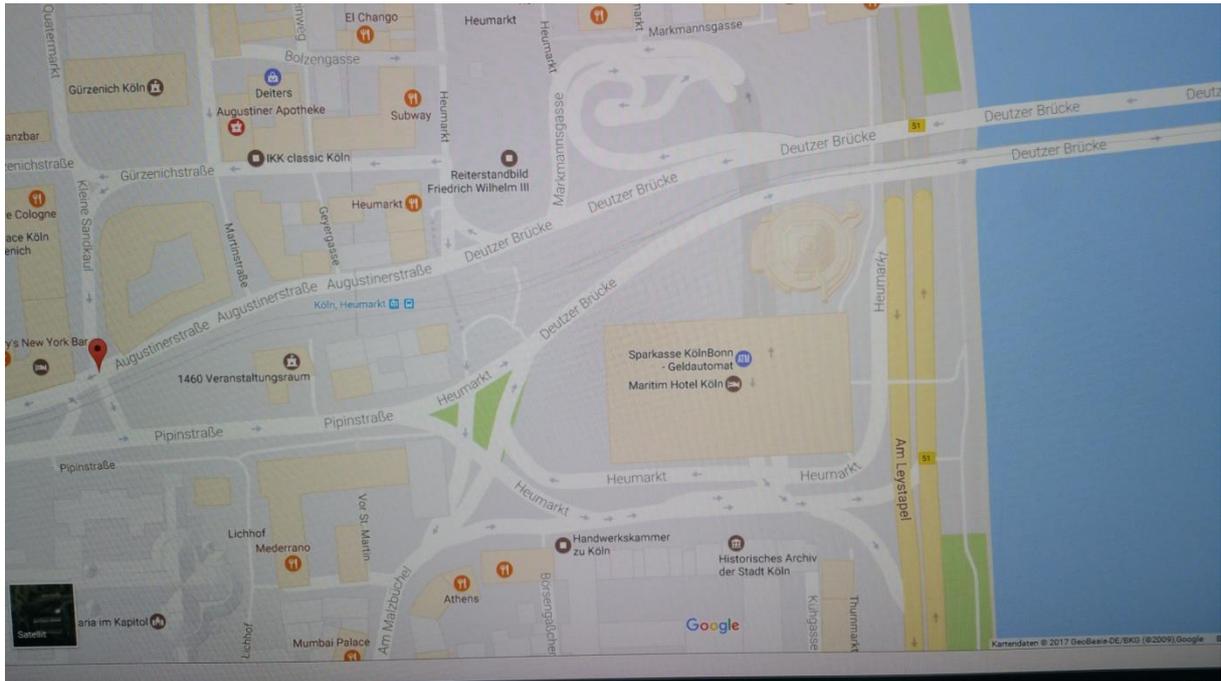
1194 Hierzu würde der aus Deutz kommende Individualverkehr an der Durchfahrt der
1195 Augustinerstraße gehindert und stattdessen rechts über die Markmannsgasse geleitet
1196 (unterhalb des Maritims). Am Ende der existierenden Unterführung bleibt die Möglichkeit,
1197 links Richtung Rheinuferstraße („Am Leystapel“ / B 51) abzubiegen.

1198 Statt wie bisher beim Rechtsabbiegen ausschließlich auf die Deutzer Brücke Richtung Deutz
1199 fahren zu können, würde an der Kreuzung „Heumarkt / Am Malzbüchel“ ein Kreisverkehr
1200 geschaffen, um von dort über „An der Malzmühle“ und „Mühlenbach“ bzw. „Blaubach“ die
1201 bekannten Routen zur Nord-Süd-Fahrt und Barbarossaplatz erreichen zu können.

1202 Durch die vorgeschlagenen Veränderungen kann der motorisierte Individualverkehr auf die
1203 Nord-Süd-Fahrt und die Kölner Ringe sowie die Rheinuferstraße umgelenkt werden. Die
1204 Achse bis zum Rudolfplatz könnte damit weitestgehend autofrei gestaltet werden. In diesem
1205 Abschnitt hätte der Schienenverkehr dann oberste Priorität.

1206 Die Zufahrt zu den großen Parkhäusern muss neu geregelt werden.

1207 **Skizze:**



- 1208 KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler
- 1209 **A27 ASG11** **Jugend braucht Räume: Jugendarbeit in Ostheim stärken**
- 1210 Antragssteller: OV 31 Vingst/Ostheim und SB-Kalk
- 1211
- 1212 Der Parteitag möge beschließen:
- 1213 Die bestehende OT "Am Wunschtor" an der Gernsheimer Straße in Köln-Ostheim soll
- 1214 mittelfristig zu einem festen Jugendzentrum ausgebaut werden.
- 1215 Begründung:
- 1216 Rund um die GAG-Siedlung am Buchheimer Weg sowie entlang der Gernsheimer Straße
- 1217 sind die sozialen Probleme nach wie vor groß. Der Veedel e.V. ist ein etablierter Träger
- 1218 der Jugend- und Sozialarbeit mit einer hohen stabilisierenden Wirkung im Stadtteil. Die
- 1219 kleine OT „Am Wunschtor“ ist ein wichtiger Bestandteil dieser Arbeit. Die bauliche
- 1220 Situation der Einrichtung ist höchst unbefriedigend. Eine feste Einrichtung ist dringend
- 1221 geboten, um den spürbar steigenden Bedarf dauerhaft abzusichern.

1222 KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

1223 **A28 ASG12 Eine neue Gesamtschule für Kalk und Deutz – Elternwillen**
1224 **unterstützen und Bildungschancen ausbauen.**

1225 Antragssteller: Stadtbezirk Kalk

1226

1227 **Beschluss:**

1228 Der Unterbezirksparteitag der KölnSPD unterstützt die Forderung und den Beschluss der
1229 Bezirksvertretung Kalk vom 29.10.2015 zur Schaffung einer dringend benötigten
1230 Gesamtschule in Kalk.

1231 Er fordert die SPD-Ratsfraktion und die SPD-Abgeordneten des Landtags NRW auf,
1232 zwischen der Stadt Köln, dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW und dem NRW-
1233 Finanzminister hinsichtlich der notwendigen Übertragung des Grundstücks zwischen dem
1234 Walter-Pauli-Ring und der Gummersbacher Straße für den Schulbau zu vermitteln und so die
1235 neue Gesamtschule zu ermöglichen.

1236

1237 **Begründung:**

1238 Unsere Stadt wächst und schon heute brauchen wir deutlich mehr Plätze an weiterführenden
1239 Schulen in Köln. Dies gilt im Besonderen für Gesamtschulplätze, nach denen die Nachfrage
1240 auch Anfang 2017 (siehe mediale Berichterstattung vom Januar 2017) wieder sehr hoch ist
1241 und die wieder einmal nicht gerecht werden kann.

1242 Einen hohen Bedarf an weiterführenden Schulplätzen sieht die Schulentwicklungsplanung
1243 besonders im Stadtbezirks Kalk. Steigende Kinderzahlen und die Ausweisung zusätzlicher
1244 Wohngebiete im Stadtbezirk verstärken diesen Trend. Ebenso muss der Zuzug von
1245 Zuwanderer- und Flüchtlingskindern stärker als bisher in den Planungen berücksichtigt
1246 werden. Noch bis mindestens 2020 rechnet die Integrierte Jugendhilfe- und
1247 Schulentwicklungsplanung mit steigenden Kinderzahlen im Stadtbezirk Kalk.

1248 Mit dem Heinrich-Heine-Gymnasium in Ostheim und der Kaiserin-Theophanu-Schule in Kalk,
1249 der Katharina-Henoth-Gesamtschule in Vingst, der Käthe-Kollwitz-Realschule in Brück, der
1250 Albert-Schweitzer-Realschule in Ostheim sowie den Hauptschulen Adolph-Kolping-Schule in
1251 Humboldt/Gremberg, Kurt-Tucholsky-Schule in Neubrück und in der Nürnberger Straße in
1252 Höhenberg stehen verschiedene Angebote an weiterführenden Schulen im Stadtbezirk Kalk

1253 bereit. Darüber hinaus gibt es in Deutz die Gymnasien in der Schaurtestraße und der
1254 Thusneldastraße sowie die Realschule Im Hasental.

1255 Es ist schon länger klar, dass dieses Schulangebot künftig nicht mehr ausreichen wird. Die
1256 Schaffung einer weiteren Gesamtschule wird dieses Angebot sinnvoll ergänzen und
1257 gleichzeitig dem Elternwillen nach zusätzlichen Gesamtschulplätzen Rechnung tragen.

1258 Aus diesem Grund hat die Bezirksvertretung Kalk bereits am 29.10.2015 einstimmig auf
1259 Initiative von SPD, LINKE und Grüne beschlossen, dass im Stadtbezirk Kalk auf dem
1260 ehemaligen CFK-Gelände auf dem freien Grundstück zwischen Walter-Pauli-Ring und
1261 Gummersbacher Straße gegenüber dem Polizeipräsidium in Kalk eine neue Gesamtschule
1262 geschaffen werden soll.

1263 Dieses Grundstück befindet sich im Eigentum des Landes NRW. Die Flächenanteile des
1264 Landes, ergänzt um städtische Flurstücke, ließen an dieser Stelle ein hinreichend großes
1265 Areal zur Ansiedlung einer weiterführenden Schule in den Sekundarstufen I und II entstehen.
1266 Auf der Schnittstelle zwischen den beiden Stadtbezirken Innenstadt (Deutz) und Kalk
1267 gelegen, kann die neue Schule Bedarfe in Kalk wie auch in Deutz abdecken.

1268 In einer früheren Antwort des Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW wurde darauf verwiesen,
1269 dass dieses Grundstück freigegeben werden würde, sofern es für Landeszwecke nicht
1270 genutzt werden kann. Dazu liegt bislang jedoch noch keine abschließende Aussage des
1271 Finanzministeriums vor.

1272 Gemäß § 15 Abs. 3 Nr. 1 Buchst. a) des NRW-Haushaltsgesetzes 2015 dürfen landeseigene
1273 Grundstücke mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags direkt
1274 und ohne öffentliches Ausschreibungsverfahren auf der Grundlage einer gutachterlichen
1275 Wertermittlung an Gemeinden u.a. für die Erfüllung kommunaler Zwecke veräußert werden.
1276 Schulbau zählt zweifelsohne zu den kommunalen Zwecken.

1277 Bis heute hat es augenscheinlich keine Einigung zwischen Land und Stadt Köln hinsichtlich
1278 der Schaffung der dringend benötigten Gesamtschule gegeben.

1279

KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

1280

A29 ASG13

Kalk Süd gestalten – Hallen Kalk erhalten

1281

Antragssteller:

Kalk-Humboldt/Gremberg; Stadtbezirk Kalk

1282

Beschluss:

1283

Die KölnSPD unterstützt die Forderung zur Erhaltung und der Sanierung der Hallen Kalk

1284

(Hallen 75, 76 und 77) und spricht sich für ein den Bedürfnissen des Stadtteils Kalk

1285

entsprechendes Gestaltungs- und Nutzungskonzept auf Basis der Beschlüsse der

1286

Bezirksvertretung Kalk vom 28.01.2017 des gesamten Areals im Kalker Süden aus.

1287

Hierzu gehört:

1288

- Die Halle 75 soll als Veranstaltungs- und Kulturhalle weitergenutzt werden. Die Halle soll durch ihre bauliche Ausgestaltung (insbesondere hinsichtlich des Lärmschutzes) einer möglichst vielseitigen Nutzung zugeführt werden können. So soll in der Halle 75 Raum für Kunst- und Kultur sein, für Brauchtumspflege, aber auch Anreize für eine Tanz- und Musikszene in Kalk gesetzt werden.

1289

1290

1291

1292

1293

- In den beiden anderen Hallen soll eine dauerhafte Ausstellungshalle für das Museum Ludwig, als Ersatz für die weggefallene Josef-Haubrich-Kunsthalle, entstehen, sowie die Ansiedlung des vom DOMiD e.V. geplanten Migrationsmuseums forciert werden.

1294

1295

1296

1297

1298

1299

1300

- Außerdem soll ein weiteres Mischangebot mit beispielsweise weiteren Kultur- und Kreativangeboten für „Kleinkunst“ bzw. die freie Szene (Ateliers, Bandproberäume, Gesellschaftsräume für jedermann, etc.), ggf. Raum für StartUps, Gastronomie oder einer Markthalle in den Hallen 76 und 77 entstehen. Hierzu ist auch eine bauliche Erweiterung vor dem Hinblick des Denkmalschutzes zu prüfen.

1301

1302

1303

1304

1305

1306

1307

1308

1309

- Ein Teil der Hallen kann auch zur Schaffung von modernen Wohnangeboten genutzt werden. Es soll geprüft werden, ob die von Studierenden der TH Köln entwickelten Wohnmodule für leerstehende Industriehallen („dre:RAUM“) auch für die Hallen Kalk in Frage kommen. Hier können Angebote für Azubi- und Studierenden-Wohnen geschaffen werden. Das freigewordene Areal nördlich der Dillenburger Straße zwischen Rolshover Straße, Kalker Hauptstraße und Wiersbergstraße soll in diesem Sinne und unter Erhaltung der vorhandenen Grünzüge weiterentwickelt werden. Insbesondere die Pflanzstelle und der Garten des Vision e.V. an der Neuerburgstraße sollen erhalten bleiben und könnten als Bestandteil eines Parks, der

1310 sich dem geplanten Grünstreifen von der Wiersbergstraße anschließen würde, für
1311 alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich gemacht werden.

1312 • Das Gelände der ehemaligen Firma CE Engineering zwischen Neuerburgstraße und
1313 Dillenburger Straße sollte weiterhin für Gewerbe vorgehalten werden. Hierbei sollten
1314 Zeugnisse der industriellen Geschichte des Viertels, soweit dies möglich ist, nicht
1315 verloren gehen (z.B. können die Stahlkonstruktionen mit der Krananlage auf dem
1316 Gelände in ein architektonisches Konzept integriert werden).

1317 • Eine ergänzende Wohnbebauung muss zur sozialen Durchmischung des Viertels
1318 einen nicht unerheblichen Anteil an Wohnraum mit Sozialbindung beinhalten. Das
1319 Areal bietet sich außerdem dafür an, das erste Kölner Azubi-Wohnheim zu errichten.

1320

1321 **Begründung:**

1322 Die heute denkmalgeschützten Hallen 75-77 der Klöckner Humboldt Deutz AG in Kalk
1323 wurden in den Jahren 1895-1906 errichtet. Sie dienten vor allem dem Bau von Maschinen
1324 und Traktoren. Seit 1993 wurden die Hallen kulturell genutzt: Die nördliche Halle 75 vom
1325 Schauspiel Köln bis zum Sommer 2015, die mittlere Halle 76 als Lager, die Halle 77 von der
1326 Stiftung Ludwig.

1327 Nachdem die Hallen Kalk von der Verwaltung schon fast abgeschrieben waren und
1328 Kulturdezernentin Laugwitz-Aulbach kurzerhand den Abriss der Hallen 76 und 77
1329 verkündete, formierte sich in der Kalker Bevölkerung und der Politik Widerstand. Auf
1330 Betreiben der Bezirksvertretung Kalk konnte der Abriss der Hallen 76 und 77 gestoppt
1331 werden.

1332 Das Areal am Ottmar-Pohl-Platz bietet sowohl für die Kölner und Kalker Kultur viel Potenzial.
1333 Es ist aber auch vielmehr die Chance, um wichtige Weichenstellungen für die Kalker
1334 Stadtentwicklung zu stellen. Aus diesem Grund ist es nun von absoluter Wichtigkeit, ein
1335 realistisches und ganzheitliches Konzept für die künftige Nutzung der Hallen Kalk zu
1336 entwickeln. Dabei ist dies nicht nur eine Kalker Sache, sondern bei der Größe des Areals ein
1337 wichtiges städtebauliches Projekt, das die ganze Stadt etwas angeht. So soll ein Großteil der
1338 Hallen Kalk wieder der Kölner Bevölkerung zurückgegeben werden: als Kultur- und
1339 Veranstaltungsraum, als Museum und als Kunsthalle.

1340 *Kunst & Kultur*

1341 Die Peter und Irene Ludwig Stiftung hat in ihrem Stiftungsvertrag festgelegt, ganz bewusst
1342 als Kontrapunkt zur Innenstadt, eine museale Einrichtung im Rechtsrheinischen zu
1343 installieren ist. Um dem Stiftungsvertrag gerecht zu werden, bietet sich die einmalige Chance
1344 der Etablierung einer städtischen Kunsthalle an, die seit dem Abbruch der Josef-Haubrich-
1345 Kunsthalle am Neumarkt auch dringend benötigt wird, um etwa bedeutende kulturhistorische
1346 und spartenübergreifende Sonderausstellungen aus aller Welt nach Köln holen zu können.
1347 Da in Köln ein geeigneter Ausstellungsraum für Großskulpturen fehlt, wäre auch in dieser
1348 Beziehung eine Kunsthalle vonnöten. Da die Peter und Irene Ludwig Stiftung vehement auf
1349 der Erfüllung ihres Stiftungsvertrages beharrt, besteht hier bereits seit Jahrzehnten
1350 dringender Handlungsbedarf. Die Realisierung einer Kunsthalle würde zugleich einen
1351 wesentlichen Sprung für die Kulturentwicklung im Rechtsrheinischen bedeuten. Bislang
1352 befindet sich keine einzige städtische museale Einrichtung im Rechtsrheinischen. Aufgrund
1353 der sich verändernden Soziostruktur gerade im Rechtsrheinischen ist ein Ausbau des
1354 kulturellen Bereichs dringend erforderlich und vor allem auch von vielen Bürgerinnen und
1355 Bürgern gewünscht.

1356 Eine standortgerechte Nutzung stellt auch das national bedeutende Projekt DOMiD dar
1357 (Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e.V.), haben wir es
1358 in Kalk mit einem von Migration geprägten Stadtteil zu tun. Die umfangreichen
1359 Sammlungsbestände sind bislang im Ehrenfelder Bezirksrathaus temporär untergebracht.
1360 Mit den Exponaten lassen sich insbesondere die vielschichtigen Biographien von
1361 Migrantinnen und Migranten anschaulich dokumentieren. Der inhaltliche Schwerpunkt des
1362 Museums dürfte aufgrund des bislang vorhandenen Sammlungsbestands auf der
1363 Migrationsgeschichte in Ost- und Westdeutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs
1364 liegen. Um die industriegeschichtliche Bedeutung der Hallen zu dokumentieren sollte die dort
1365 die Einrichtung eines Industriegeschichtlichen Ausstellungsraumes diskutiert werden, in dem
1366 vor allem die Kalker Firmengeschichten Neuerburgs, Sieverts und Breuers anschaulich
1367 dokumentiert werden sollen.

1368 Für die Halle 75 bietet es sich nach entsprechender baulichen Maßnahmen an, diese als
1369 Veranstaltungshalle weiter zu nutzen. Die ständige Wiederansiedlung des Schauspiels an
1370 dieser Stelle erscheint nicht als wünschenswert. Vielmehr muss sich eine Weiternutzung an
1371 dem Bedarf der Bevölkerung Kalks orientieren. Schon lange fehlt im Stadtteil eine große
1372 Halle, in der Karneval und Schützenfest stattfinden können. Dass sich Konzerte und Theater
1373 auch in Kalk lohnen, sieht man an den vielseitigen Angeboten im Bürgerhaus Kalk. Doch
1374 auch dort sind die Kapazitäten ausgeschöpft und es fehlt an weiterem Raum, gerade auch
1375 für die freie Szene. Der Zuzug immer mehr junger Menschen in den Stadtteil hat das Bild des

1376 Stadtteils schon heute verändert. Mit Ansiedlung des Studentenwohnheims in der
1377 Kapellenstraße, seit dem Studentenhochhaus in Deutz und demnächst mit Eröffnung der
1378 Fachhochschule der öffentlichen Verwaltung in Kalk wird sich dieser Trend fortsetzen – auch
1379 vor dem Hinblick, dass im Vergleich der Stadtteil Kalk noch annähernd bezahlbar ist. Vielen
1380 jungen Menschen fehlt in Kalk ein Freizeitangebot. Die Halle 75 kann auch für Akteure der
1381 Nachtkultur interessant sein und soll die Möglichkeit bieten, die Etablierung einer Partyszene
1382 in Kalk zu wagen.

1383 *Wohnen & Leben*

1384 Nachdem das Aus der Firma MBE an der Dillenburg Straße wird auch dieses Areal in
1385 Zukunft einer Nachnutzung zugeführt werden müssen. Es muss daher in die Überlegungen
1386 zur Stadtentwicklung im Kalker Süden einbezogen werden. Wir stehen zu dem Bekenntnis
1387 der SPD in der Bezirksvertretung Kalk, einen „Gewerbegürtel“ entlang der Dillenburg
1388 Straße zu erhalten. Arbeitsplätze im Veedel sind ebenso wichtig wie wohnortnahe Bildungs-
1389 und Sozialeinrichtungen. Nur wenn das gesamte Areal nicht vermarktet werden kann, kommt
1390 nördlich des „Gewerbegürtels“ eine Wohnbebauung in Betracht.

1391 Auf der Suche nach einem geeigneten Standort für ein Wohnheim für Auszubildende, was
1392 unter anderem eine Forderung der vergangenen Kommunalwahl war, bietet sich der Kalker
1393 Süden an. Die gute Verkehrsanbindung spricht dafür, dass der Standort von Auszubildenden
1394 als attraktiv empfunden werden wird.

1395 Gleichzeitig darf im Kalker Süden vor dem Hintergrund des Gründefizit des gesamten
1396 Stadtteils auch keine Bebauung der vorhandenen Grünflächen stattfinden. Der bestehende
1397 Pflanzgarten und der Garten des Vision e.V. soll Bestandteil eines parkähnlichen
1398 Grünstreifens von der Wiersbergstraße bis zur Neuerburgstraße bilden. Hier ist
1399 Aufenthaltsqualität zu schaffen und eine entsprechende Möblierung vorzunehmen.

1400 KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

1401 **A30 ASG14** **Politische Transparenz und Klarheit bei der Wahl schaffen**

1402 Antragssteller: Jusos Köln

1403

1404 Die Köln SPD will künftig bei der Wahl der Seniorenvertretung Köln, die Kandidatinnen und
1405 Kandidaten verpflichten, im Falle einer Parteizugehörigkeit diese im beigefügten Lebenslauf
1406 anzugeben. Sollte ein Kandidat oder eine Kandidatin keiner Partei zugehören, sollten sie als
1407 „Parteilos“ aufgeführt werden.

1408 **Begründung:**

1409 Bei der letztjährigen Wahl der Seniorenvertretung haben sich erstaunlich viele Mitglieder von
1410 rechtsextremen Parteien zur Wahl gestellt, allen voran Mitglieder von „Pro Köln“. Diese
1411 Kandidaten profitierten bei der Wahl unter anderem davon, dass sie nicht verpflichtet waren,
1412 in dem den Wahlunterlagen beigefügten, von den Kandidaten selbst verfassten Lebenslauf
1413 ihre Parteimitgliedschaft zu kennzeichnen. Dies führt unter anderem dazu, dass reihenweise
1414 Seniorinnen und Senioren sich bereits bei der Stadt erkundigt haben, ob sie ihre Stimme
1415 rückgängig machen könnten, da sie vor der Wahl nichts von der Parteizugehörigkeit der von
1416 ihnen gewählten Kandidaten wussten, und so versehentlich für Vertreter einer
1417 rechtsextremen Partei stimmten.

1418 Diese Umstände führen also zu einer relativ großen Verdrossenheit bei der Wahl der
1419 Seniorenvertretung, die doch eigentlich als Ansprechpartner gerade für ältere Leute dienen
1420 sollte,

1421 und verfehlt somit ihren eigentlichen Zweck. Die Wählerinnen und Wähler haben ein Recht
1422 darauf zu wissen, welche grundlegenden Überzeugungen die Kandidaten vertreten. Allein
1423 durch die selbst gefertigten Lebensläufe, in welchen die Verwaltung maximal 400 Zeichen
1424 zulässt, ist dies derzeit kaum möglich. Zudem ist der Eindruck entstanden, dass einige
1425 Kandidaten und Kandidatinnen bewusst ihre Gesinnung verschwiegen haben, um mehr
1426 Stimmen zu erhalten.

1427 Um also zu verhindern, dass rechte Parteien sich in der Seniorenvertretung einschleusen, ist
1428 eine solche Kennzeichnungspflicht unvermeidbar. Die Verwaltung mag den Gedanken
1429 gehabt haben, die Seniorenvertretung parteilos zu halten und somit allen Bürgerinnen und
1430 Bürgern näher zu bringen - doch hier schlägt dieser Ansatz fehl. Die Parteizugehörigkeit sagt
1431 immer noch einiges über das Weltbild und die Ansichten von Personen aus, und die
1432 Wählerinnen und Wähler verdienen es, die Ansichten der von ihnen gewählten
1433 Vertreterinnen und Vertreter zu kennen.

1434 KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

1435 **A31 ASG15 Wirtschaftsstandort Köln stärken!**

1436 Antragssteller: Jusos Köln

1437

1438 Der Köln Bonn Airport soll auch weiterhin nachts für Passagier- und Frachtflug geöffnet
1439 bleibt. Wir begrüßen die bereits vom KölnBonn/Airport über die gesetzlichen Anforderungen
1440 hinaus geleisteten Forderungen von Lärmschutzmaßnahmen und fordert an dem Flughafen
1441 diese Maßnahmen beizubehalten und zu erweitern.

1442

1443 Ferner soll im Rahmen des neuen Luftverkehrskonzepts NRW geprüft werden, ob die
1444 Lärmschutzzonen bei allen in NRW bedeutsamen Flughäfen erweitert werden können.

1445 KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

1446 **A32 ASG16** **Mehr Grundstücke für das Studierendenwerk**

1447 Antragssteller: Jusos Köln

1448

1449 Die Stadt Köln wird aufgefordert, in ihren Planungen, den Ausbau des sozialen 2
1450 Wohnraums betreffend, auch die Lebenssituation von Studierenden und jungen 3 Menschen
1451 zu berücksichtigen. Hierzu muss auch der Neubau von 1-Zimmer-4 Apartments und WG-
1452 tauglichen Wohnungen durch die GAG erfolgen.

1453 KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Köln Chorweiler

1454 **A33 ASG17** **Kontrollierter Drogenkonsum statt Verdrängung**

1455 Antragssteller: Jusos Köln

1456

1457 Im gesamten Stadtgebiet sollen bedarfsgerecht Druckräume mit entsprechend ausgebildeten
1458 MitarbeiterInnen zur Verfügung gestellt werden. Der Zugang muss so niedrigrschwellig wie
1459 möglich gestaltet werden.

1460 In diesen Räumen kann aufgrund der hygienischen Umgebung und dem sterilen
1461 Spritzbesteck ein sauberer sowie kontrollierter Drogenkonsum gewährleistet werden, ebenso
1462 wird die Gefahr der Übertragung von Infektionskrankheiten vermindert. Auf
1463 lebensbedrohliche Notfälle können die MitarbeiterInnen schnell reagieren und lebensrettende
1464 Maßnahmen einleiten.

1465 KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

1466 **A34 ASG18** **Zülpicher Straße autofrei**

1467 Antragssteller: Jusos Köln

1468

1469 Die Zülpicher Straße ab der Ecke Dasselstraße bis zum Hohenstauenring soll für
1470 Kraftfahrzeuge aller Art (ausgenommen KVB und Lieferverkehre) gesperrt werden.

1471 **Begründung:**

1472 Die Zülpicher Straße hat seit über 20 Jahren ihre Bedeutung als Autostraße verloren. Die
1473 Statistiken von Stadt und KVB ergeben folgenden Zahlen besagt: Während nur etwa 5000
1474 Autofahrer die Straße am Tag passieren, sind es etwa 7000 Radfahrer und 10.000 Bahn-
1475 Kunden. Um die Verkehrssicherheit der Radfahrer und Fußgänger (letztere Gruppe ist
1476 gerade an den Wochenenden und in den Abendstunden zahlreich anzutreffen) zu
1477 gewährleisten, ist eine teilweise Sperrung für den motorisierten Verkehr dringend notwendig.
1478 Derzeit hat die Zülpicher Straße eine abschreckende Wirkung auf Radfahrer. Durch ein
1479 Autoverbot werden die Verkehrsbedingungen für Radfahrer verbessert und somit der
1480 Radverkehr in der

1481 Innenstadt gestärkt. Gerade für Köln wäre dies ein wichtiges umweltpolitisches Signal.

1482 Darüber hinaus bilden die parkenden Autos regelmäßig ein Hindernis für die Straßenbahnen
1483 der KVB. Verkehrsbehinderungen könnte somit in Zukunft vorgebeugt werden.

1484 KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

1485 **A35 ASE1** **Atomwaffen abschaffen**

Antragssteller: OV Ehrenfeld

1486 Zur Weiterleitung an: Bundesparteitag , Bundestagsfraktion und die SPD-Fraktion im Kölner
1487 Stadtrat als Vorschlag für eine Resolution des Stadtrates im Rahmen der Majors for Peace

1488 Wir setzen uns ein für eine atomwaffenfreie Welt, für Abrüstung und Frieden. Daher fordern
1489 wir die Bundesregierung auf, sich von ihrem „Nein“ zum Beginn von Verhandlungen zur
1490 Abschaffung von Atomwaffen zu distanzieren und sich für die Abschaffung und
1491 völkerrechtliche Ächtung von Atomwaffen einzusetzen. Wir fordern die Bundesregierung auf,
1492 sich in diesem Sinne konstruktiv an der von den Vereinten Nationen anberaumten
1493 Arbeitsgruppe sowie an der Konferenz im März zu beteiligen.

1494 Wir fordern eine Beendigung der nuklearen Teilhabe Deutschlands. Die in Büchel
1495 stationierten US-Atomwaffen müssen abgezogen werden und dürfen nicht „modernisiert“
1496 werden.

1497 Die Beteiligung der Bundeswehr an der geostrategischen Nuklearplanung muss unter der
1498 Prämisse der Abschaffung der nuklearen Arsenale erfolgen.

1499 Begründung:

1500 *„Die Generalversammlung der Vereinten Nationen (...) unter Hinweis auf die Millenniums-*
1501 *Erklärung der Vereinten Nationen, in der es unter anderem heißt, dass die Verantwortung für*
1502 *die Gestaltung der weltweiten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und die Bewältigung*
1503 *von Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit von allen Nationen der*
1504 *Welt gemeinsam getragen und multilateral wahrgenommen werden muss und dass die*
1505 *Vereinten Nationen als universellste und repräsentativste Organisation der Welt die zentrale*
1506 *Rolle dabei spielen müssen (...) sowie in der Erkenntnis, dass das derzeitige internationale*
1507 *Klima verstärkte politische Aufmerksamkeit auf Fragen der Abrüstung und der*
1508 *Nichtverbreitung, die Förderung der multilateralen Abrüstung und Fortschritte im Hinblick auf*
1509 *das Ziel einer Welt ohne Kernwaffen umso dringlicher macht, (...) beschließt 2017 eine*
1510 *Konferenz der Vereinten Nationen einzuberufen um ein rechtlich bindendes Instrumentarium*
1511 *zum Verbot nuklearer Waffen zu verhandeln, dass zu ihrer absoluten Abschaffung führen*
1512 *soll.“*

1513 Aus dem Beschluss der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 17.10.2016:
1514 „Taking forward multilateral nuclear disarmament negotiations“, eigene Übersetzung.
1515 Englische Version unter <http://reachingcriticalwill.org/images/documents/Disarmament->
1516 [fora/1com/1com16/resolutions/L41.pdf](http://reachingcriticalwill.org/images/documents/Disarmament-).

1517

1518 123 Staaten und damit die überwältigende Mehrheit der Mitgliedsstaaten der Vereinten
1519 Nationen haben am 27. Oktober 2016 für die Aufnahme von Verhandlungen über nukleare
1520 Abrüstung und zu diesem Zwecke der Bildung einer offenen Arbeitsgruppe gestimmt, mit
1521 dem Appell zur Beteiligung an alle Nationen. Am 27. März 2017 beginnen in New York die
1522 Verhandlungen zum völkerrechtlichen Verbot von Atomwaffen. In zwei Runden wollen die
1523 Vereinten Nationen bis zum 7. Juli 2017 einen Vertrag zur internationalen Ächtung
1524 verhandeln.

1525 Immer noch kann mit einem Bruchteil der vorhandenen Atomwaffenarsenale die Menschheit
1526 mehrfach ausgelöscht werden. Die Abschaffung der Atomwaffen ist nicht nur unumgänglich
1527 zur nachhaltigen Sicherung menschlichen Lebens auf diesem Planeten, sie ist auch ein
1528 Schritt zu internationaler Kooperation und Entspannung, zur Beendigung der gefährlichen
1529 Rüstungsspirale weltweit. Für den Frieden müssen die Ressourcen, die für den Krieg
1530 verpulvert werden, für eine Humanisierung der Lebensverhältnisse nutzbar gemacht werden.

1531 Zutreffend erklärt Sascha Hach, deutscher Sprecher der Internationalen Kampagne zur
1532 Abschaffung von Atomwaffen (ICAN): *„Das Abstimmungsergebnis kommt einer*
1533 *abrüstungspolitischen Revolution gleich. Noch nie haben es die atomwaffenfreien Staaten*
1534 *gewagt, die Atomwaffenstaaten und ihre Alliierten in einer solchen Frage zu überstimmen“*.
1535 Und er fügt hinzu, die Ablehnung Deutschland sei *„eine Schande“*. Die Bundesregierung hat,
1536 de facto im Bündnis mit den NATO-Staaten, Russland und wenigen anderen gegen das
1537 Interesse der Menschheit, gegen die Auffassung von über 90 Prozent der deutschen
1538 Bevölkerung und auch gegen das deutliche Votum des Europäischen Parlaments gegen
1539 diese Resolution gestimmt. Mit der Begründung, es müssten erst die Vereinigten Staaten „ins
1540 Boot geholt“ werden, hat sich die Bundesregierung damit faktisch der US-Regierung
1541 gebeugt, die ebenfalls gegen die Resolution votiert hat. Mit einem „Nein“ zu Verhandlungen
1542 über ein Atomwaffenverbot wird jedoch ein Einlenken der Weltmacht mit den meisten
1543 Atomwaffen nicht befördert.

1544

KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

1545

A36 ASE2

**Demokratisches und soziales Europa oder weitere Krise und drohender
Zerfall**

1546

1547

Antragssteller:

Europaforum KölnSPD

1548

1549

- **Einleitung**

1550

Die europäische Integration ist ein zivilisatorischer Glücksfall in der Geschichte unseres Kontinents. Nur die Europäische Union garantiert den Bestand der europäischen Werte, die den Kontinent heute auszeichnen: Das geeinte Europa ist ein Raum des Friedens, der Freiheit, des Wohlstands und der Demokratie. Die Achtung der Meinungsfreiheit, der Pressefreiheit und der Rechtsstaatlichkeit gehören ebenso zu den verbindlichen Spielregeln wie die Achtung der Menschenrechte und die Gleichheit der Rechte für alle Bürgerinnen und Bürger, auch und gerade für Minderheiten. Der Erhalt der europäischen Einheit ist der wichtigste Garant für die Selbstbehauptung Europas in der Welt des 21. Jahrhundert.

1558

Trotz mancher Versäumnisse und Fehler: Um den jahrzehntelangen Frieden in Europa weiterhin zu wahren, unsere Freiheit zu schützen und unseren Wohlstand aufrecht zu erhalten, ist die europäische Integration und die Zusammenarbeit der europäischen Staaten entscheidend und darf niemals als selbstverständlich betrachtet werden.

1559

1560

1561

1562

Köln ist eine europäische Großstadt und strahlt nach Europa und in die Welt hinaus. Sie verfügt über 22 Städtepartnerschaften, mehr als jede andere deutsche Stadt. Die meisten Partnerstädte liegen in Europa und sind Ausdruck konkreten europäischen Handelns. Diese Städtepartnerschaften sind auf das engste mit dem Wunsch nach friedlicher Entwicklung nach den verheerenden Weltkriegen verbunden. Sie waren und sind ein Handlungsfeld Kölner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Auch im neuen Jahrtausend und in Zeiten der Globalisierung geben sie Europa ein „Gesicht“ und fordern zu einem interkulturellen Dialog in Europa und über Europa hinaus auf.

1563

1564

1565

1566

1567

1568

1569

1570

Die europäische Einigung ist aber keineswegs nur zum Erhalt des bisher Erreichten und zur Reaktion auf Ereignisse von außen notwendig. Die Einigung der europäischen Nationen und die Handlungsfähigkeit des Europäischen Kontinents bilden vielmehr die notwendige Grundlage, um die Interessen aller europäischer Staaten in der Welt des 21. Jahrhunderts erfolgreich vertreten und wahren zu können: Kein europäisches Land - auch nicht Deutschland - ist alleine in der Lage, seine politischen Vorstellungen, gesellschaftlichen Werte und wirtschaftlichen Interessen in einer multipolaren und von vielen verschiedenen

1571

1572

1573

1574

1575

1576

1577 Akteuren geprägten Welt zu garantieren. Erst die Bündelung europäischer Kräfte ermöglicht
1578 erfolgreiches Handeln der europäischen Nationalstaaten im weltweiten Kontext.

1579 Die Zähmung des globalen Kapitalismus, die Gestaltung weltwirtschaftlicher Spielregeln, die
1580 Etablierung von Arbeitsstandards, der Schutz bürgerlicher Rechte, die Bekämpfung des
1581 Klimawandels, der Austausch von Ideen durch gemeinsame Wissenschaft und Forschung,
1582 die Wahrung der Liberalität auf unserem Kontinent, eine den ganzen Kontinent schützende
1583 Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Sicherung unserer Grenzen und die Einflussnahme
1584 auf scheinbar weit entfernte Konflikte und Entwicklungen, die unsere eigenen Interessen
1585 betreffen – nur ein geeintes Europa von 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern und ihrer
1586 politischen Vertreter hat das nötige politische und wirtschaftliche Gewicht, um diese Ziele
1587 wirksam für alle europäischen Staaten zu erreichen. Um diesen Ansprüchen gerecht zu
1588 werden, muss die EU zunächst ihre innere Stärke konsolidieren und ihre eigene Legitimation
1589 gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern erhöhen. Dies ist eine zentrale Aufgabe für die
1590 europäischen Sozialdemokraten. Sie müssen für eine solidarische Mehrheit in Europa
1591 kämpfen.

1592

1593 Europa befindet sich seit dem britischen Referendum über den Verbleib in der Europäischen
1594 Union zum wiederholten Mal seit 2008/2009 in einer tiefen Krise. Mehrere Krisen verstärken
1595 sich in der aktuellen Situation gegenseitig: Zusätzlich zur ökonomischen Krise, die in weiten
1596 Teilen Südeuropas aufgrund der vor allem durch Deutschland erzwungenen
1597 Kaputtsparpolitik nunmehr seit über 6 Jahren anhält, verstärkte der Umgang mit der hohen
1598 Zahl an Kriegs- und Elendsflüchtlingen aus dem Nahen Osten und Afrika 2015 die
1599 politischen Fliehkräfte in Europa. In Großbritannien traf dies auf eine Gesellschaft, in der seit
1600 Jahrzehnten Misstrauen gegenüber europäischer Politik geschürt wurde und die nach Jahren
1601 der neoliberalen Politik sozial zerrüttet ist. Dies erleichterte das Spiel der Rechtspopulisten
1602 und Reaktionäre mit den Ängsten der Briten. So hat eine Mehrheit der Briten für den
1603 Ausstieg aus der Europäischen Union gestimmt. Diese Entwicklung, geprägt von stärker
1604 werdenden Rechtspopulisten und den wachsenden Bestrebungen für einen Rückzug ins
1605 Nationale, ähnelt der in vielen anderen Ländern Europas: Frankreich, Polen, Ungarn,
1606 Österreich, die Niederlande und nicht zuletzt nun auch Deutschland.

1607

1608 Das Erstarken offen europafeindlicher Kräfte ist jedoch nur die besonders sichtbare Form
1609 eines tiefer gehenden Auseinanderdriftens der europäischen Staaten und Volkswirtschaften.
1610 Denn verstärkt durch die derzeitige europäische Finanz-, Geld- und Wirtschaftspolitik geht
1611 die Schere zwischen wohlhabenden Regionen und Staaten immer weiter auseinander und in

1612 den Versuchen einer gemeinsamen Bewältigung der Flüchtlingskrise zeigen sich Risse im
1613 politischen Fundament der Europäischen Union. Es droht heute erstmals seit der Gründung
1614 der EU ein Auseinanderbrechen des gemeinsamen Friedens- und Wohlstandsraums Europa.

1615

1616 • **Europa muss soziale Sicherheit und Wohlstand für die große Mehrheit bieten**

1617 Über Jahrzehnte galt das Westeuropa der Nachkriegszeit als wirtschaftliche Boomregion mit
1618 breit verteiltem Wohlstand. Auch heute noch sind die meisten europäischen Länder im
1619 Weltmaßstab reich und wohlhabend. Europa ist nach Jahrhunderten der Auswanderung zu
1620 einem Kontinent der Einwanderung geworden, in dem immer mehr Menschen auf der Welt
1621 den Ort für die Verwirklichung ihrer Hoffnungen und Bedürfnisse für ein gutes Leben finden
1622 können. Aber die Krise 2008/2009 und die danach einsetzende gespaltene Entwicklung in
1623 Nord-, Süd- und Osteuropa, aber eben auch innerhalb wohlhabender Staaten wie
1624 Deutschland oder Großbritannien, hat die Vorstellung von einem Staatenbund mit einem
1625 breit und gerecht verteilten Wohlstand verblasen lassen. Ängste vor sozialem Abstieg und
1626 der zunehmenden Einschränkungen der Möglichkeiten, den eigenen Lebensweg frei zu
1627 wählen und zu gestalten, haben europaweit zugenommen.

1628

1629 Zum Jahresbeginn 2016 hat die SPD hierauf in Deutschland eine deutliche Antwort
1630 formuliert: Wir wollen mit einer aktiven sozialdemokratischen Politik für gesellschaftlichen
1631 Zusammenhalt sorgen. Dazu bedarf es öffentlicher Investitionen in Bildung und Infrastruktur,
1632 aber auch in die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, ebenso wie Anstrengungen für
1633 Forschung und Innovation für ein sozial und ökologisch nachhaltiges Wirtschaften. All das
1634 erfordert einen handlungsfähigen Staat auf allen Ebenen und schließt die europäische
1635 Ebene mit ein! Hier müssen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in
1636 Deutschland europäischer handeln. Nur in einem stabilen und dynamischen EU-Binnenmarkt
1637 haben wir dauerhaft die Chance, unseren Wohlstand zu erhalten und zu mehren.

1638

1639 Die Politik der letzten Jahre hat aber ganz im Gegenteil und maßgeblich unter deutscher
1640 Initiative dazu beigetragen, dass weite Teile Südeuropas wirtschaftlich nicht auf die Beine
1641 kommen. Seit der Einführung des Euros profitiert die ohnehin starke deutsche Wirtschaft von
1642 einer zu niedrig bewerteten Währung und hat so ihre Exporte in Europa und die Welt
1643 ausgeweitet. Länder wie Spanien oder Griechenland konnten ihre Wirtschaft nicht durch
1644 Abwertung einer eigenen Währung vor dieser Billigkonkurrenz aus Nordeuropa schützen.
1645 Nicht zuletzt waren es auch deutsche, französische und britische Banken, die auch noch die

1646 nötigen Kredite in diese Länder vergaben, damit diese die Importe bezahlen konnten. Die
1647 überbordende private Verschuldung nahm so ihren Lauf. In der Krise mussten dann
1648 wiederum die europäischen Staaten zu weiterer öffentlicher Verschuldung greifen, um ihre
1649 Volkswirtschaften vor dem völligen Kollaps zu bewahren. Als Reaktion darauf wurde ihnen in
1650 der Folge von den Gläubigerländern ein Sparregime auferlegt, das nun schon seit Jahren
1651 das Gegenteil von dem erreicht, was es verspricht: Die Senkung der Schuldenstände und
1652 neues Wachstum, dessen Erträge breiten Bevölkerungsschichten zugutekommen.

1653

1654 In einem Europa mit einer gemeinsamen Währung und einem gemeinsamen Binnenmarkt
1655 bedarf es jedoch neben Regeln für einen verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichem
1656 Geld auch endlich einer umfassenden öffentlichen Initiative für Innovation, Wachstum und
1657 Beschäftigung. Wir müssen die großen gesellschaftlichen Herausforderungen einer
1658 alternden und schrumpfenden Bevölkerung, die neuen technischen Möglichkeiten der
1659 digitalen Revolution und die Wahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen viel stärker als
1660 Chance für unsere Wirtschaft und Gesellschaft in Europa begreifen. Damit mehr Menschen
1661 diese Chancen ergreifen können, brauchen sie dafür jedoch die entsprechende Bildung und
1662 Qualifikation, sie müssen moderne Infrastruktur und nachhaltige Energie nutzen können und
1663 sie benötigen nicht zuletzt ein funktionierendes Rohstoff- und Abfallsystem. Die Bürgerinnen
1664 und Bürger müssen die Sicherheit haben, bei Krankheit eine gute Versorgung, bei
1665 Arbeitslosigkeit Unterstützung und Qualifikation und im Alter eine lebenswerte Rente zu
1666 haben. Es bedarf eines leistungsfähigen sozialen Sicherungssystems. Wir brauchen
1667 Innovation und Gerechtigkeit in Europa!

1668

1669 In europäischen Krisenländern müssen wir erleben, wie der Ausverkauf öffentlicher
1670 Infrastruktur einhergeht mit einem weitgehenden Zusammenbruch öffentlicher
1671 Gesundheitsversorgung und nicht zuletzt dem Einbruch bei Löhnen und Renten. All das führt
1672 zu wirtschaftlicher und sozialer Verwüstung, auf deren Grundlage kein dauerhaftes
1673 Wachstum, geschweige denn sozialer Friede und stabile politische Verhältnisse möglich
1674 sind. Für all das wird nun Europa und auch Deutschland mitverantwortlich gemacht. Diesen
1675 Entwicklungen müssen wir eine gesamteuropäische Anstrengung für Innovation, Wachstum
1676 und Beschäftigung entgegensetzen.

1677

1678 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern in ganz Europa, was wir auch für
1679 Deutschland benötigen:

- 1680 • eine massive Ausweitung der öffentlichen Investitionen in Bildung, Forschung,
1681 Umweltschutz, öffentliche Sicherheit und Infrastruktur über einen neuen
1682 europäischen Marshall-Plan, der vor allem in den europäischen Krisenstaaten
1683 ansetzt. Insbesondere die Kommunen sollten direkte Investitionshilfen der EU
1684 bekommen, etwa für ihre Anstrengungen in der Bewältigung der Flüchtlingskrise.
- 1685 • die Weiterentwicklung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes, so dass
1686 er wirkliche Wachstumskräfte freisetzt. Dazu müssen
1687 Leistungsbilanzungleichgewichte in Europa sanktioniert und fiskalische antizyklische
1688 Handlungsspielräume in Krisenzeiten erhöht werden. Nicht nur Schulden, sondern
1689 auch marode Infrastruktur und private Vermögen werden vererbt! Die Politik des
1690 Kaputtsparens und Spaltens zwischen den europäischen Ländern muss endlich ein
1691 Ende haben.
- 1692 • zur Finanzierung dieser Maßnahmen eine neue europäische Steuer- und
1693 Fiskalpolitik, die europäisches Steuerdumping verhindert, Finanzspekulation und
1694 Vermögenskonzentration durch eine koordinierte Unternehmensbesteuerung (inkl.
1695 europäischen Mindeststeuersätzen) sowie eine europäische
1696 Finanztransaktionssteuer bekämpft und stabile Kreditbedingungen durch
1697 gemeinsame Eurobonds ermöglicht.
- 1698 • Gemeinsame europäische soziale Mindeststandards, insbesondere für
1699 flächendeckende Mindestlöhne in Europa und für eine wirksame soziale
1700 Grundsicherung. Die Abwärtsspirale durch Lohn- und Sozialdumping muss endlich
1701 gestoppt werden, wenn Europa bei allen Menschen als Schutzraum für ihre sozialen
1702 Rechte wahrgenommen werden soll.
- 1703

1704 Nur wenn sich in Europa für die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger wieder die
1705 Hoffnung auf Wohlstand und Gerechtigkeit erfüllt, kann die Krise der europäischen Einigung
1706 überwunden werden. Derzeit profitieren wenige Länder und die reichsten sozialen Schichten
1707 von der Wirtschaftspolitik in Europa. Sie spaltet Europa sozial und damit politisch. Damit
1708 untergraben wir auf mittlere Sicht nicht nur unseren eigenen Wohlstand in Deutschland,
1709 sondern schaffen auch den Nährboden für Rechtspopulisten und Nationalisten.

1710

1711 • **Ohne wirkliche Demokratie wird die EU zerfallen**

1712 Für die Anstrengungen, die für ein soziales Europa nötig sind, ist eine umfassende
1713 Demokratisierung der Europäischen Union erforderlich. Nur, wenn die Bürgerinnen und
1714 Bürger über Wahlen klare Verantwortlichkeiten festlegen und auch verändern können, kann

1715 die Legitimation und damit das nötige Vertrauen entstehen, die es braucht, um solch große
1716 gemeinsamen Aufgaben anzugehen. Wird Europa weiter als Elitenprojekt in den
1717 Hinterzimmern der Staats- und Regierungschefs fortgeführt, ist es zum Scheitern verdammt.
1718 Auch muss klar sein, dass es eine weitere Vertiefung der europäischen Integration nur in
1719 Verbindung mit umfassender Demokratisierung geben darf. Der mit der Europawahl 2014
1720 erstmalig erfolgte Prozess parteipolitischer Spitzenkandidaturen um das Amt des
1721 Kommissionspräsidenten war ein richtiger Anfang. Dieser muss nun konsequent fortgeführt
1722 werden. Repräsentiert durch Personen müssen alternative politische Lösungen zur Wahl
1723 stehen. Natürlich ist auch die Sozialdemokratie gefragt, über die Spitzenkandidatur einen
1724 alternativen politischen Kurs zur derzeitigen neoliberalen Austeritätspolitik sichtbar zu
1725 machen.

1726

1727 Wir setzen uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten daher ein

- 1728 • für ein Europäisches Parlament als zentrale Gesetzgebungsgewalt in Europa. Dies
1729 bedeutet sowohl das Initiativrecht für das Parlament, Entscheidungsfindung mit
1730 einfacher Mehrheit und nicht zuletzt auch europäische Parteilisten. Auch muss das
1731 Parlament das Recht haben, die EU-Kommission mit einfacher Mehrheit
1732 abzusetzen. Der Europäische Rat und die Fachministerräte müssen öffentlich tagen,
1733 damit die Diskussionen zwischen den Regierungen auch in der Öffentlichkeit und im
1734 EU-Parlament nachvollzogen und kontrolliert werden können.
- 1735 • Um die Effektivität der europäischen Politikebene zu erhöhen, sollte es neben den
1736 bisherigen Entscheidungsverfahren mit qualifizierter Mehrheit auch ein Verfahren mit
1737 einfacher Mehrheit geben. In diesem Falle sollte es einzelnen Ländern erlaubt sein,
1738 die betreffende Entscheidung nicht national anzuwenden (opt-out). So würden
1739 Entscheidungsverfahren flexibler und die Interessen einzelner Mitgliedsländer
1740 würden gewahrt.
- 1741 • die umfassende Rechtsfortbildung durch die Rechtsprechung des Europäischen
1742 Gerichtshofs hat in vielen Fällen für Unmut gesorgt, da diese mit ihrer Interpretation
1743 der europäischen Verträge politische Entscheidungen getroffen haben, die durch
1744 keine Wahl und durch kein Parlament derartig legitimiert worden sind. Es gilt daher,
1745 das europäische Parlament bei der Rechtsfortbildung durch die Rechtsprechung
1746 durch Stellungnahmen zu beteiligen, wie dies bereits mit der EU-Kommission und
1747 den nationalen Regierungen geschieht.

1748 • **europäische Sozialdemokratie – für die solidarische Mehrheit**

1749 Die sozialdemokratischen Parteien sind in den meisten europäischen Ländern in Bedrängnis.
1750 Ob in Großbritannien, Frankreich, Spanien, Griechenland, Deutschland oder den
1751 Niederlanden, ob mit oder ohne Regierungsbeteiligung: die sozialdemokratischen Parteien
1752 geraten unter Druck, weil ihnen eine Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung
1753 und der zunehmenden soziale Spaltung schwer fällt. Zum Teil haben sie zu Beginn des
1754 Jahrtausends selbst auf neoliberale Politikansätze gesetzt und damit Glaubwürdigkeit bei
1755 ihrer - ohnehin schrumpfenden - Kernklientel verloren. Aber auch nach der Krise 2008/2009
1756 haben sich die noch starken sozialdemokratischen Parteien in Europa nicht zu einem
1757 gemeinsamen Kurs für Wachstum und gegen die Austerität entschieden. Zum Teil hat dies
1758 zu ihrem massiven Absturz wie in Spanien oder Griechenland beigetragen oder sie konnten -
1759 wie etwa in Frankreich oder Deutschland - trotz Regierungsbeteiligung keinen umfassenden
1760 Alternativkurs durchsetzen.

1761

1762 Angesichts der erstarkenden nationalistischen Rechtspopulisten, aber auch einiger
1763 Herausforderer von links, müssen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Europa
1764 eine gemeinsame europäische Antwort auf die Herausforderungen der Zeit finden. Es gilt,
1765 eine solidarische Mehrheit durch ein Bündnis aus den traditionellen Schichten der
1766 Facharbeiter, prekär Beschäftigten sowie modernen und leistungsorientierten
1767 ArbeitnehmerInnen zu schmieden. Wir wollen uns für alle Menschen einsetzen, die „hart
1768 arbeiten und sich an die Regeln halten“. Sie haben eine gerechte Politik für sich und ihre
1769 Familien verdient. Dagegen stehen weite Teile der europäischen Finanzindustrie, von
1770 Unternehmen und Superreichen, die sich ihrer Verantwortung für wirtschaftliche Innovation
1771 und den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch mangelnde Investitionen, Lohndumping und
1772 Steuerflucht entziehen.

1773

1774 Ein gemeinsames europäisches Projekt für Innovation und Gerechtigkeit zu formulieren, ist
1775 angesichts der unterschiedlichen wirtschaftlich-sozialen Ausgangsbedingungen und der
1776 Vielfalt der politischen Ausrichtungen innerhalb der sozialistischen und sozialdemokratischen
1777 Parteienfamilie wie auch der nationalen Traditionen schwierig. Wollen wir aber glaubwürdig
1778 eine Alternative zum Rückzug ins Nationale, von Ausgrenzung und Hass auf der einen und
1779 einer fortgesetzten neoliberalen Politik für ein Europa der entfesselten Märkte auf der
1780 anderen Seite entwickeln, müssen wir jetzt mit alten und auch neuen linken Parteien und
1781 Organisationen aus allen europäischen Ländern eine gemeinsame politische Anstrengung

1782 unternehmen, um die solidarische Mehrheit für ein soziales Europa zu mobilisieren. So
1783 können die oben vorgeschlagenen Schritte angegangen, im Bundestagswahlkampf 2017
1784 offensiv beworben und die Grundlage für ein gemeinsames sozialdemokratisches
1785 Wahlprogramm für die Europawahlen 2019 gelegt werden. Unsere Botschaft muss in ganz
1786 Europa deutlich werden: neue Hoffnung durch mehr soziale Gerechtigkeit, gleiche Chancen
1787 für alle Regionen und mehr Mitbestimmung der Menschen in Politik und Wirtschaft in einem
1788 solidarischen Europa. Europäische Solidarität muss den nationalistischen Hass bezwingen.

1789 KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

1790 **A37 ASE3** **Rüstungsexporte in die Türkei stoppen!**

1791 Antragssteller: OV Ehrenfeld

1792 Zur Weiterleitung an: Bundestagsfraktion

1793 Begründung:

1794 Unter Ignoranz der politischen Entwicklungen in der Türkei steigen die Rüstungsexporte der
1795 Bundesrepublik an die Erdoğan-Regierung. Der tobende Krieg im Osten des Landes gegen
1796 die Bevölkerung, die gewaltsame Verfolgung der demokratischen Opposition bis hin zur
1797 sozialdemokratischen CHP, die unzähligen Entlassungen und Festnahmen von Lehrern,
1798 Professoren oder Juristen und die Verfolgung von Journalisten in der Türkei sind zu
1799 verurteilen. Rüstungsexporte sind als fördernder Faktor dieser Entwicklung einzustellen.

1800 Die Türkei gehört mittlerweile zu den wichtigsten Abnehmern deutscher Waffen. Seitdem die
1801 Zahl der Geflüchteten vor einem Jahr massiv zunahm, ist sie mit einem Volumen von 76,4
1802 Millionen Euro von Platz 25 im ersten Halbjahr 2015 auf Platz acht im Jahr 2016 gerückt.

1803 Wer Rüstungsgüter herstellt trägt Verantwortung. Der Export solcher Güter kann die Lage in
1804 Kriegsgebieten verschärfen. Entgegen entsprechender Verlautbarungen kann niemand
1805 garantieren, dass deutsche Waffen nicht in Menschen- und völkerrechtswidrigen Einsätzen
1806 des türkischen Militärs eingesetzt werden. Die Regierung Erdoğan führt in Syrien einen Krieg
1807 gegen die kurdischen Autonomiegebiete und schwächt damit den Widerstand gegen den
1808 Islamischen Staat. Staatspräsident Erdoğan hat angekündigt, möglicherweise auch im Irak
1809 militärisch zu intervenieren, gegen den erklärten Willen der irakischen Regierung. Ebenso
1810 wenig ist ausschließen, dass über die Türkei deutsche Waffen in die Hände von
1811 islamistischen Terrormilizen in Syrien gelangt sind und weiterhin gelangen.

1812 Notwendig für eine friedliche Entwicklung im Osten der Türkei, in Syrien, in Afghanistan, im
1813 Irak und Libyen ist daher unbedingt die Einschränkung von Rüstungsproduktion und
1814 Rüstungsexporten hierzulande. Frieden braucht eine Politik des Friedens; der Abrüstung, der
1815 Diplomatie und der Völkerverständigung. Die Realisierung von Menschenrechten und
1816 Demokratie bedarf der internationalen Solidarität demokratischer Kräfte hierzulande, mit
1817 Intellektuellen, Gewerkschaften, Frauenbewegung, Studenten und etlichen friedliebenden
1818 Menschen in der Türkei.

1819 Beschluss:

1820 Die SPD steht für restriktive Exportbestimmungen für Rüstungsgüter und damit den Verzicht

1821 auf Exporte in Krisen- und Spannungsgebiete, deshalb fordern wir einen sofortigen Stopp

1822 von Rüstungsexporten in die Türkei.

1823 KölnSPD Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

1824 **A38 IF1** **Keine Abschiebung nach Afghanistan, in den Irak und**
1825 **weitere Kriegsgebiete**

1826 Antragssteller: Kalk-Humboldt/Gremberg; Stadtbezirk Kalk

1827 **Beschluss:**

1828

1829 Abschiebungen in alle Kriegsgebiete, insbesondere nach Afghanistan und in den Irak
1830 müssen sofort beendet und den Geflüchteten Asyl gegeben werden. Diese Länder sind vom
1831 Krieg zerstört, akut von Terror bedroht und alles andere als sichere Herkunftsländer.

1832

1833 **Begründung:**

1834

1835 Afghanistan und Irak sind vom Krieg zerstörte Länder und es herrschen Not und Mangel,
1836 Abschiebungen dorthin sowie in andere Kriegsgebiete müssen sofort beendet werden. Wer
1837 in solche Länder abschiebt, tritt die Menschenwürde mit Füßen. Das Leben dieser Menschen
1838 ist in ihren Heimatländern akut gefährdet, ihnen muss Asyl in Deutschland gewährt werden.

1839 Laut der UN-Mission für Afghanistan stieg die Anzahl ziviler Opfer im ersten Halbjahr 2016
1840 auf den höchsten Stand seit 2009. Bereits im Jahr 2015 hatte sich laut Amnesty International
1841 die Sicherheitslage "massiv verschlechtert". Zum Irak betont die Reisewarnung des
1842 Auswärtigen Amtes: „In den von der terroristischen Organisation IS kontrollierten Teilen der
1843 Provinzen Ninewa und Salah Al-Din muss weiterhin mit schweren Anschlägen und offenen
1844 bewaffneten Auseinandersetzungen gerechnet werden. Diese Gefährdungslage gilt ebenfalls
1845 für die Provinz Anbar und die Provinz Ta'mim. Auch in der Hauptstadt Bagdad ist weiterhin
1846 mit schweren Anschlägen insbesondere auf irakische Sicherheitsinstitutionen und deren
1847 Angehörige, auf Ministerien, Hotels, öffentliche Plätze und religiöse Einrichtungen zu
1848 rechnen.“

1849

1850 Diese katastrophalen Zustände sind nicht von den Geflüchteten verursacht, vielmehr haben
1851 die Kriege von westlicher Seite deutlich dazu beigetragen. Den Geflüchteten Schutz zu
1852 versagen, um den Koalitionspartner nicht zu verärgern oder potentielle AfD-Wähler/innen zu
1853 gewinnen, widerspricht jeglichen Ansprüchen an eine soziale Demokratie. Diese inhumane
1854 Praxis muss sofort beendet werden.

1855 KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

1856 **A39 IF2** **Integration mit Fußball und Pappnas**

1857 Antragssteller: Jusos Köln

1858

1859 Die Stadt Köln soll monatliche Beiträge für Mitgliedschaften von Flüchtlingen in Kölner Sport-
1860 , Kultur- und sonstigen Freizeitvereinen mit gemeinnützigem Zweck übernimmt. Dieser soll in
1861 Höhe des ermäßigten Beitrages, welcher auch von Sozialhilfeempfängern, Studenten und
1862 Schülern etc. erhoben wird, direkt den Vereinen erstattet werden. Darüber hinaus sollen die
1863 Vereine keine weiteren finanziellen Beiträge von den Flüchtlingen erheben.

1864 Die Stadt Köln soll im Vorfeld die Aktion über einen Rundbrief an das Vereinsregister und
1865 über öffentliche Werbeflächen bekannt machen. Diese Vereine sollen in einem
1866 mehrsprachigen Werbeflyer abgedruckt werden, worin Flüchtlinge auf das Angebot
1867 aufmerksam gemacht werden, sodass sie die Vereine selbst aufsuchen können.

1868 Begründung:

1869 Flüchtlinge stehen gerade in der Anfangsphase, wenn sie nach Deutschland kommen, vor
1870 hohen Barrieren. Zu den größten Barrieren gehören die Sprache und die Kultur – alles ist
1871 erstmal fremd. Dabei sind es tragende Pfeiler der Integration, sich anderen Menschen mit
1872 Bedürfnissen und Sorgen mitteilen sowie verstehen zu können, wie diese vor Ort ticken. Das
1873 geht aber erstmal nicht ohne weiteres! Wie soll jemand, der in weitestgehend isolierten
1874 Flüchtlingsheimen lebt, mit Einheimischen ins Gespräch kommen und die Kölner Lebensart
1875 kennenlernen - Integration heißt schließlich Durchmischung?! Mit gemeinsamem Sport
1876 treiben, Tanzen und Freizeit verbringen! Sprachliche Hindernisse und verschiedene
1877 kulturelle Hintergründe spielen insbesondere im Sport keine Rolle mehr. Gemeinsamer Sport
1878 ermöglicht es sich auf einer Ebene zu begegnen, da die soziale Herkunft unerheblich ist:
1879 Bewegung kann schließlich jeder! Bewegen sich Einheimische und Flüchtlinge in einer
1880 Sprache – Sport – kommen die gesprochene Sprache und das gegenseitige Verständnis von
1881 ganz alleine! Genauso verhält es sich mit allen anderen gemeinsamen Freizeitaktivitäten!
1882 Wer nach Deutschland kommt, muss auch die Möglichkeit haben hier anzukommen, gerade
1883 im weltoffenen Köln! Deswegen fordern die Jusos Köln die Übernahme ermäßigter Beiträge
1884 von Flüchtlingen für eine Vereinsmitgliedschaft!

1885

KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

1886

A40 IF3

Das richtige tun!

1887

Antragssteller:

Jusos Köln

1888

1889

Mit Sorge beobachten wir, dass der öffentliche Diskurs um die Flüchtlingskrise immer verstörender wird. Hierzu tragen im Wesentlichen zwei Faktoren bei:

1890

1891

✧ Fremdenfeinde, wie die AFD, haben es geschafft, Rechtspopulisten in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Ereignisse, wie die in der Silvesternacht in Köln oder den Anschlägen in Paris, werden ausgenutzt, um generell Angst vor den Geflüchteten zu schüren. Dass weder die Ereignisse in Köln, bei denen organisierte Diebesbanden gezielt Frauen sexuell belästigt und ausgeraubt haben, noch die islamistischen Terrorakte in Paris nicht den Geflüchteten zuzurechnen sind, ist dabei nebensächlich.

1892

1893

1894

1895

1896

1897

✧ Gleichzeitig profitiert die AFD von einem Gefühl der Ohnmacht und Überforderung, das sich in vielerlei Facetten äußert. Da aufgrund der bundesdeutschen Finanzordnung die finanzielle Hauptlast auf die Kommunen abwälzt, sind gerade gerade finanziell klamme Kommunen von der Unterbringung Geflüchteter überfordert. Die kommunale Verwaltung und Politik kann oft nur reagieren, sodass eine echte politische Gestaltung nicht möglich ist. Aufgrund von Sachzwängen werden Lokalpolitiker und Bürger vor vollendete Tatsachen gestellt. Flankiert wird die Überforderung der Kommunen durch unzureichende Zuweisungen der Landes- und Bundespolitik. Auch sind die Fragen der langfristigen Integration der Geflüchteten völlig ungeklärt.

1898

1899

1900

1901

1902

1903

1904

1905

1906

1907

1908

Es ist natürlich, dass Bürger angesichts der wahrgenommenen Ohnmacht der Politik und Verwaltung sich fragen, ob Deutschland in dem Maße wie 2015 weiter Geflüchtete aufnehmen kann. Neben diesen berechtigten Zweifeln sorgt dieses Ohnmachtsgefühl für ein Vakuum, in das die AFD erfolgreich hineinstößt, ins bürgerlich Gewand gekleideten Rassismus geschickt artikuliert und sich sowohl auf der politischen Bühne etablieren wird.

1909

1910

1911

1912

1913

1914

Gerade jetzt dürfen wir deshalb die Debatte nicht denen überlassen, die in Ereignissen wie den Übergriffen aus der Silvesternacht ihre fremdenfeindlichen Ansichten bestätigt sehen und ihren nun vorgetragenen Feminismus als Vorwand nehmen, gegen Flüchtende und Ausländer im Allgemeinen zu hetzen. Wir müssen Haltung zeigen und selbstbewusst die Frage des „wie weiter?“ in der Öffentlichkeit bestimmen. Da die Integration der Geflüchteten

1915

1916

1917

1918

1919 in den Kommunen geschieht, muss hier massiv angesetzt werden, um das Gefühl der
1920 politischen Ohnmacht zu bekämpfen. Die täglich in Berlin beschlossenen
1921 Integrationskonzepte verpuffen, wenn in den Kommunen die Verwaltung weiter
1922 Sachzwängen ausgesetzt ist.

1923 Dies geht einher mit dem konkreten Benennen der Probleme. Fakt ist für uns: Es gibt keine
1924 zweite Chance zur Integration der Geflüchteten; daher müssen wir sie nutzen.

1925 Unsere Haltung

1926 ✧ Menschen, die vor Krieg fliehen, müssen bei uns Schutz finden dürfen. Eine
1927 Begrenzung der Zahlen der Flüchtende erreicht man nicht mit Zäunen und
1928 Stacheldraht, sondern einzig mit der Beendigung des von Assad mit Unterstützung
1929 Putins geführten Kriegs gegen die eigene Zivilbevölkerung.

1930 ✧ Ferner muss die Weltgemeinschaft benachbarte Drittstaaten sowie Organisationen,
1931 wie den UNHCR massiv unterstützen, um eine Nothilfe für die
1932 Flüchtlinge vor Ort zu gewährleisten. Die Weltgemeinschaft muss für Schutzzonen für
1933 Zivilisten sorgen, in denen die vor dem Bürgerkrieg flüchtenden Zugang zu
1934 medizinischer Versorgung, Lebensmittel und einer menschenwürdigen Unterkunft
1935 haben. Für uns steht fest, dass erst aufgrund der massiven Unterfinanzierung des
1936 UNHCR und den unwürdigen Lagern in den Nachbarstaaten sich erst viele zur Flucht
1937 nach Europa entschlossen haben.

1938 ✧ Die Europäische Union muss als Ganzes anhand fester Verteilungsschlüssel ferner
1939 die erstaufnehmenden Drittstaaten entlasten und Geflüchtete aufnehmen. Hierbei
1940 muss ein Fokus auf diejenigen gelegt werden, die den beschwerlichen Weg nach
1941 Europa nicht erst auf sich nehmen können (Familien und Verwundete).

1942

1943 Was muss in Deutschland passieren?

1944

1945 ✧ Asylverfahren müssen wirksam beschleunigt werden. Asylsuchende haben ein Recht
1946 darauf, dass zeitnah über ihren Antrag entschieden wird. Gleichzeitig muss der
1947 Aufenthalt in den oftmals unzumutbaren Erstaufnahme und Übergangseinrichtungen
1948 so kurz wie möglich sein.

1949 ✧ Sofortige Deutschkurse und Arbeitserlaubnis sowie wirksame und umfassende
1950 Qualifizierungs- und Eingliederungsmaßnahmen für Asylsuchende! Wenn die
1951 Geflüchteten zukünftige Steuer- und Renteneinzahler werden sollen, muss der Bund
1952 kurzfristig eine Bildungsinfrastruktur schaffen, die es ermöglicht die

- 1953 Geflüchteten möglichst schnell an den Arbeitsmarkt heranzuführen. „Klotzen statt
1954 kleckern“.
- 1955 Ein echtes Einwanderungsgesetz, das die komplizierten und bestehenden
1956 Regelungen zu Zuzug und Aufenthalt vereinigt. Asylsuchende, die unter den
1957 Voraussetzungen des Einwanderungsgesetz bereits ein Recht auf Zuwanderung
1958 haben, würden sofort aus dem Asylverfahren fallen
- 1959 Massive Bundes- und Landeszuschüsse für menschenwürdige
1960 Erstaufnahmeeinrichtung sowie eine Gleichverteilung dieser über die
1961 Stadtgebiete. Die Belegung von Turnhallen sowie die Konzentration von Geflüchteten
1962 auf einige wenige Stadtgebiete in Massenunterkünften ist sowohl für Geflüchtete, als
1963 auch für die Anwohner nicht zumutbar.
- 1964 Wohnungen bauen! In vielen Ballungszentren herrscht jetzt bereits erhöhter
1965 Wohnungsdruck, sodass die Mieten kaum noch bezahlbar sind. Der Bund darf die
1966 Kommunen nicht allein lassen, sondern muss sozialen Wohnungsbau und
1967 durchdachte Städteplanung umfassender fördern. Zuwanderungspolitik darf niemals
1968 in der Errichtung von Armuts- und Trabantenvierteln außerhalb der Ballungszentren
1969 münden.
- 1970 Ausbau der kommunalen Infrastruktur! Parallel zu dem zu schaffenden Wohnraum
1971 muss die Politik für massive Investitionen in die kommunale
1972 Infrastruktur unseres Landes sorgen. Zwar geht es Deutschland auf dem Papier so
1973 gut wie lange nicht („Schwarze Null“). Allerdings sind viele Bereiche des öffentlichen
1974 Lebens „auf Kante genäht“. Die Flüchtlingskrise legt dieses, bereits in der
1975 Vergangenheit unter Volllast laufende System nur offen zu Tage.
- 1976 Deutschland muss die Gelegenheit jetzt nutzen und Versäumnisse der Vergangenheit
1977 zwingend jetzt beheben. Wir brauchen konkret
- 1978 mehr Ganztageseinrichtungen im Bereich der Bildung (sowohl Kindergärten, als
1979 auch Grund- und Gesamtschulen)
- 1980 mehr Personal im öffentlichen Dienst im Bereich der Bildung und Sicherheit und
1981 Justiz
- 1982 größere Unterstützung für ehrenamtliches Engagement und Vereine im
1983 Bereich der Integration, Bildung und Sport
- 1984 All dies erfordert jetzt massive Investitionen, in die Entwicklung einer Bildungsinfrastruktur
1985 zur Qualifizierung der Geflüchteten, aber auch in die kommunale Infrastruktur zur Schaffung

1986 von Wohnraum, an dem auch einkommenschwächere Bevölkerungsschichten partizipieren
1987 können müssen. Der Bund ist gehalten, ein solches Investitionsprogramm aufzusetzen, um
1988 die Länder und Kommunen entscheidend zu entlasten. Wir müssen als SPD in der
1989 Gesellschaft für die Akzeptanz der Aufnahme von Flüchtlingen mit aller Macht kämpfen. Dies
1990 kann nur gelingen, wenn eine möglichst rasche Integration gewährleistet wird und
1991 einkommenschwache Bevölkerungsgruppen nicht mit den Zuwanderern etwa um Arbeit und
1992 Wohnraum konkurrieren.

1993 Die aus unserer Sicht hierfür zusätzlich nötigen Mittel (mindestens 20-30 Mrd p.a.) sind im
1994 Zweifelsfall über Schulden zu finanzieren, da es sich bei der Gestaltung dieser Investitionen
1995 um eine Generationenaufgabe handelt und ein Unterlassen dieser Investitionen zu viel
1996 größeren Kosten in der Zukunft führen würde.

1997 Ja, alle diese Maßnahmen sind kurzfristig teuer; doch sie sind nicht nur aus Solidarität zu
1998 den Flüchtenden, sondern auch aus ökonomischen Gründen geboten.

1999 Arbeitgeberverbände gehen davon aus, dass zukünftig rund 430.000 Zuwanderer pro Jahr
2000 benötigt werden, um leere Stellen zu besetzen und um in die Sozialsysteme einzuzahlen. Es
2001 liegt an uns, dieses Potential auszuschöpfen, indem wir die uns zuwandernden Talente
2002 erkennen, fördern und in den deutschen Arbeitsmarkt integrieren.

2003 Wir brauchen deshalb enormen Investitionen in Qualifizierungsmaßnahmen und Wohnraum,
2004 von denen auch diese Schichten profitieren. Am wenigsten dürfen wir das politische Feld
2005 denen überlassen, die Zweifel und Hass säen und einfache Antworten für alle diejenigen
2006 bieten, die sich in einem Verteilungskampf mit den Geflüchteten sehen. Akzeptanz kann für
2007 unsere Vorhaben nur dann gewonnen werden, wenn die Kommunen in die Lage versetzt
2008 werden, dies umzusetzen. Wenn jedoch die finanzielle Last allein von Kommunen getragen
2009 werden muss, keine Integrationsangebote existieren und selbst die einfache Unterbringung
2010 der Geflüchteten diese überfordert, bereitet dies den Nährboden für die Fremdenfeinde der
2011 AFD. Der Gefahr der Abkopplung einzelner Stadtgebiete, in denen nicht integrierte
2012 Zuwanderer nach dem Vorbild der Banlieues leben, müssen wir mit aller Macht
2013 entgegenzutreten. Denn was passiert, wenn unterfinanzierte Kommunen mit den Kosten für
2014 Geflüchtete allein gelassen werden, konnte man jüngst in Essen erahnen, als SPD-
2015 Ortsvereine gegen die Unterbringung von weiteren Flüchtlingen im Essener Norden
2016 demonstrieren wollten.

2017 KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

2018 **A41 LA2** **Wir stellen uns auf für 2020**

2019 Antragssteller: UBV

2020

2021 **Stärkung der Rahmenbedingungen für die politische Arbeit der Köln SPD**

2022 **I. Die KölnSPD - Respektvoll im Miteinander und Solidarisch - Nach außen**
2023 **und nach innen**

2024

2025 Die Mitglieder der KölnSPD pflegen einen respektvollen und wertschätzenden Umgang
2026 miteinander, halten offene Diskussionen und Minderheitenmeinung für selbstverständlich.
2027 Sie akzeptieren menschliche, religiöse/nichtreligiöse, sexuelle Vielfalt. Sie halten
2028 Versprechen ein und geben Rückmeldung dazu. Wir bekräftigen unser 2011 einstimmig
2029 beschlossenes Leitbild:

2030

2031 1. Wir stellen in der KölnSPD Inhalte und Ziele an die erste Stelle, wir sind erkennbar
2032 Programmpartei.

2033

2034 2. Die Mitglieder werden motiviert, sich aktiv einzumischen, ihre Entscheidungs- und
2035 Einflussmöglichkeiten und Beteiligungsmöglichkeiten werden gestärkt.

2036

2037 3. Mitglieder der KölnSPD kennen die Positionen der Partei und können sie kompetent
2038 vertreten.

2039

2040 4. Wir in der KölnSPD werden jünger, weiblicher und multikultureller, sprich bunter. Aber
2041 wir schätzen und nutzen auch den reichhaltigen Erfahrungsschatz der Älteren. Neue
2042 Mitglieder sind herzlich willkommen – bei aller Vielfalt müssen wir aber auch wissen,
2043 was uns eint!

2044

2045 5. Wir vernetzen uns innerhalb der KölnSPD, verschiedenen Gliederungen,
2046 Arbeitskreisen, Foren, aber auch Fraktionen in Rat und Bezirksvertretungen stärker,
2047 wir haben mehr persönlichen Austausch und inhaltliche Debatten als bisher.

2048 6. Wir sind eine arbeits- und kampagnenfähige, schnelle, offene und lebendige
2049 KölnSPD sein, um die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.

2050

2051 7. Die KölnSPD ist in Bewegung und in Bewegungen. Wir gehen auf unterschiedliche
2052 Milieus zu und sind in der Stadtgesellschaft verankert, ohne unsere Wurzeln in
2053 traditionellen Milieus zu vernachlässigen.

2054

2055 8. Die KölnSPD muss finanziell in die Lage versetzt werden, ihre notwendigen Aufgaben
2056 in der viertgrößten Stadt der Bundesrepublik erledigen zu können.

2057 Um die Ziele unseres Leitbilds zu verwirklichen, sind Wertschätzung untereinander und
2058 zwischen den Parteigliederungen von zentraler Bedeutung. Nur wenn Initiativen gegenseitig
2059 aufgegriffen werden, erfolgreich sind und unsere Mitglieder erleben, dass sie mit ihrem
2060 Engagement und ihren Initiativen etwas bewegen, sind wir als Partei lebendig, vielfältig und
2061 attraktiv. Mitglieder, Funktionäre und Mandatsträger begegnen sich auf Augenhöhe.
2062 Gemeinsam arbeiten wir an der Verwirklichung unserer politischen Vorstellungen.

2063

2064 Für einen wertschätzenden Umgang miteinander müssen innerhalb der Partei die
2065 Spielregeln für alle transparent sein. Wir sind uns bewusst, dass diese im Ehrenamt nicht
2066 immer bis ins Detail eingehalten werden können, fühlen uns ihnen aber verpflichtet, denn nur
2067 so macht Parteiarbeit Spaß. Allen, die sich beteiligen wollen, soll so das Fundament der
2068 Beteiligungsmöglichkeit gegeben werden.

2069

2070 Für die KölnSPD sind dabei folgende Punkte zu beachten, die als „Spielregeln“ in den
2071 jeweiligen selbst zu beschließenden Geschäftsordnungen der Gremien empfohlen werden:

2072

2073 - Damit sich alle auf die jeweiligen Sitzungen angemessen vorbereiten können, sollte
2074 die Einladung mit den Tagesordnungspunkten eine Woche und Beschlussvorlagen
2075 zwei Tage vor der Sitzung verschickt werden.

2076

2077 - Wir sind bereit unsere Meinung zu den wichtigen Themen in Form von
2078 Positionspapieren und Anträgen zu formulieren, danach für die Position zu werben
2079 und mit anderen – je nach Ebene Ortsverein, Stadtbezirk, Unterbezirk, Land, Bund -
2080 um eine verbindliche Beschlussfassung ringen, um diese geschlossen umzusetzen.

2081

2082 - Beschlüsse müssen bei der Abstimmung klar sein und im Anschluss transparent
2083 dokumentiert werden. Deshalb sollten im Vorfeld Beschlussvorschläge verschickt
2084 werden und insbesondere bei großen Gremien (z.B. Parteirat und Parteitag)

2085 Änderungen der Beschlussvorschläge für alle Anwesenden klar ersichtlich sein (z.B.
2086 per Beamer). Das Protokoll sollte zeitnah, spätestens bis zur nächsten Sitzung des
2087 Gremiums verschickt und dort bestätigt werden.

2088

2089 - Jeder soll sich in gleichem Maße an Diskussionen beteiligen können. Dazu müssen
2090 geplante Prozesse und Abläufe transparent kommuniziert werden und bei großen
2091 Gremien (z.B. Parteirat und Parteitag) in den Sitzungen eine offene Redeliste (falls
2092 notwendig z.B. per Beamer oder Overhead-Projektor) und identische Redezeiten für
2093 alle Anwesenden eingehalten werden. Die Sitzungsleitung kann dabei zu Beginn
2094 jeder Sitzung frei festgelegt werden.

2095

2096 - Wir ermutigen jeden, sich innerhalb der Partei zu engagieren und Verantwortung zu
2097 übernehmen. Zuständigkeiten wollen wir breit kommunizieren (z.B. über die
2098 Homepage). Verantwortung bedeutet dabei nicht nur Gestaltungskompetenz, sondern
2099 auch die Verantwortung für das Gelingen des eigenen Projekts. Arbeitsvorgaben „von
2100 oben“ lehnen wir ab. Wir wollen aber auf einem Parteirat im Januar 2018 erstmals ein
2101 gemeinsames, stadtweites Schwerpunktthema festlegen, hierzu in den Gliederungen
2102 Aktionen entwickeln und durchführen. Unser Ziel ist, dass die KölnSPD stadtweit in
2103 der Bevölkerung mit diesem Thema verbunden wird und erkennbar ist.

2104 Wir sind uns bewusst, dass die Anforderungen in jedem Gremium unterschiedlich sind
2105 und deshalb individuell, am besten in einer eigenen Geschäftsordnung, Richtlinien oä
2106 festgelegt werden sollten. Unsere Leitlinien sind daher eine Empfehlung an die Gremien
2107 der Partei. Fehlentwicklungen, die unserem Leitbild zuwiderlaufen, wollen wir jedoch
2108 untereinander und auf Augenhöhe offen ansprechen und darauf hinwirken, dass sich
2109 diese nicht wiederholen und wo möglich korrigiert werden.

2110

2111 Ein wichtiger Baustein für einen wertschätzenden Umgang und die gegenseitige
2112 Unterstützung ist dabei die Kommunikation. Wir wollen Transparenz herstellen, dabei
2113 aber vermeiden, dass der Einzelne in der Informationsflut den Überblick verliert. Daher
2114 wollen wir folgende Punkte in Angriff nehmen:

2115 - Wir wollen auf Unterbezirksebene die Einführung eines online Mitgliederbereichs mit
2116 umfassenden Informationsmöglichkeiten prüfen. Angesichts der neuen Formate im
2117 Zusammenhang mit den Wahlkämpfen 2017 entstehen hierfür neue Möglichkeiten
2118 durch die übergeordneten Parteigliederungen. Parameter für die
2119 Umsetzungschancen sind hierbei auch Kosten, Personal und Datenschutz. Hierzu
2120 wird der neue Vorstand gebeten zunächst einen Vorschlag zu den Anforderungen
2121 (Lastenheft) zu entwickeln.

- 2122 - Gemeinsam wollen wir Bring- und Holschuld bei der Kommunikation in der KölnSPD
2123 klarer verabreden.
- 2124 - Die Montagspost (MoPo) ist als Kommunikations- und Informationsmedium der
2125 KölnSPD etabliert und wird fortgesetzt. (Technische) Optimierungen werden in
2126 Angriff genommen.
- 2127 - Im Wahlkampf hat sich die Bildung dezentraler Kampagnenteams bewährt. Jede und
2128 Jeder ist eingeladen sich zu beteiligen. Hierauf wollen wir nach der Bundestagswahl
2129 ein möglichst stadtweit agierendes Kampagnenteam aufbauen, um auch außerhalb
2130 von Wahlkampfzeiten politische Aktivitäten (auch) kurzfristig durchführen zu können.
- 2131 - Wir wollen neue Veranstaltungsformate (z.B. World-Café oder Open Space) für
2132 Konferenzen, Parteitage, Parteirat usw. ausprobieren, wenn sich
2133 Interessierte/Verantwortliche für die Realisierung finden. Gute Beispiele für
2134 erfolgreiche Veranstaltungsideen wollen wir über die MoPo kommunizieren. Auch
2135 darüber hinaus wollen wir neue Formate der Mitgliederbeteiligung wie z.B. offene
2136 Mitgliederversammlungen in allen Stadtbezirken zu einem bestimmten Thema (z.B.
2137 Bundeswahlprogramm 2017) erproben und die Ergebnisse dann auf städtischer
2138 Ebene bündeln, diskutieren und entscheiden.

2139 II. **Qualifizierte, engagierte Menschen in und für die Politik gewinnen**
2140 **Personalentwicklung für die Jahre 2020 – 2022**

2141

2142

2143 Für die nächsten Wahlen in den Jahren 2020 (Kommunal- und Oberbürgermeisterwahl),
2144 2021 (Bundestagswahl) und 2022 (Landtagswahl) wollen wir die Nominierung geeigneter
2145 Männer und Frauen mit den Ortsvereinen, Stadtbezirken und dem Unterbezirk gut
2146 vorbereiten.

2147

2148 Wir werden uns inhaltlich positionieren. Unser Anspruch ist dabei: WIR sind DIE Großstadt-
2149 und Volkspartei in Köln. Wir werden im politischen Diskurs dabei herausarbeiten: Was sind
2150 die zentralen Themen, was macht den Markenkern der KölnSPD aus? Welche Vorstellungen
2151 von der Zukunft Kölns schlagen wir den Bürgerinnen und Bürgern vor? Wo müssen wir
2152 nachjustieren und wo sind wir schon auf dem richtigen Weg?

2153 Wir lassen uns in diesem Prozess auch extern von Profis beraten. Die KölnSPD, Partei und
2154 Fraktion, werden gemeinsam und solidarisch diesen Weg beschreiten.

2155

2156 Der Parteitag beauftragt den neu gewählten Unterbezirksvorstand bis zum Frühjahr 2018
2157 einen Kriterienkatalog zu entwickeln, der die Parameter für die Nominierung der
2158 Kandidatinnen und Kandidaten für den Rat der Stadt Köln, der/die Oberbürgermeisterwahl,
2159 die Bezirksvertretungen, potentielle Bezirksbürgermeister und Bezirksbürgermeisterinnen
2160 (2020), sowie Kandidatinnen und Kandidaten für den Landtag NRW2022 und den Deutschen
2161 Bundestag (2021) festlegt. Wir wollen Fördern und Fordern.

2162

2163 Maßstab ist hierbei unser selbst gesteckter Anspruch – Wir wollen ein
2164 Qualifizierungsprogramm initiieren, um neben den Mandatsträgern mit Erfahrung, neue
2165 KandidatInnen aufzustellen und unserem Anspruch „jünger, weiblicher und bunter“ gerecht
2166 zu werden. Wir wollen uns öffnen und aktive Menschen aus der Stadtgesellschaft für uns
2167 gewinnen.

2168 Im Übrigen wollen wir weit vor den Personalentscheidungen im Jahr 2018 die Frage klären,
2169 ob wir im Wahlkreis oder als Kölner Partei unsere Kandidaten und Kandidatinnen
2170 nominieren.

2171

2172 Die OV Vorsitzenden brauchen besondere Solidarität, Förderung und Unterstützung. Wir
2173 wollen die Stärkung der Basis. Nachwuchstalente in den Fraktionen der Bezirksvertretungen
2174 und der Ratsfraktion, im Unterbezirk(-svorstand) und den Führungskräften in den
2175 Ortsvereinen und auch besonders bei den Jusos wollen wir fordern und fördern. Wir wollen

2176 uns Gedanken machen, wie wir Quereinsteiger/innen und Neumitglieder besser aufnehmen
2177 und in die politische Arbeit einbinden können.

2178

2179 Die abschließende Beschlussfassung über unser konkretes Vorgehen erfolgt auf einem
2180 außerordentlichen Unterbezirksparteitag der KölnSPD bis spätestens 31. Mai 2018.

2181

2182

2183 **III. Doppelmandat in der KölnSPD**

2184

2185 1. Der Parteitag der KölnSPD bestätigt die bisherige Beschlusslage der KölnSPD zum
2186 Thema „Doppelmandat“ und stellt in Übereinstimmung mit dem Parteiratsbeschluss
2187 vom 18. April 2016 fest:

2188

2189 Die KölnSPD befürwortet grundsätzlich die Wahrnehmung von Mandaten durch
2190 Mitglieder der KölnSPD in der Bezirksvertretung, im Stadtrat, im Landtag, im
2191 Bundestag und im Europaparlament auf breite Schultern zu verteilen.

2192

2193 Grundsätzlich soll kein Mitglied der KölnSPD mehr als ein Mandat ausüben.

2194

2195 Zulässige Ausnahme betrifft ausschließlich die Funktion der/ des
2196 Fraktionsvorsitzenden im Rat der Stadt Köln.

2197

2198 Eine gleichzeitige Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln und einer Bezirksvertretung ist
2199 nur in Ausnahmefällen zulässig. Die Entscheidung der Zulässigkeit trifft die jeweilige
2200 Stadtbezirkskonferenz.

2201

2202 2. Unbeschadet dessen duldet die KölnSPD bis spätestens zur Konstituierung des 19.
2203 Deutschen Bundestag (Herbst 2017) das zeitweilige Doppelmandat der 1.
2204 Bürgermeisterin.

2205 KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

2206 **A42 Org1** Mehr Mehrbestimmung für den SPD Nachwuchs

2207 Antragssteller: Jusos Köln

2208

2209 Die Jusos Köln fordern mit diesem Antrag die direkte Mitbestimmung in den Parteigremien:

2210 UB-Parteivorstand, UB-Parteirat und UB-Parteitag. Für den UB-Parteivorstand fordern wir

2211 einen Sitz als Beisitzer, der vom Vorsitzenden des Juso UB-Köln wahrgenommen wird. Für

2212 den UB-Parteirat und den Parteitag fordern wir je 2 Delegiertenplätze, die durch

2213 Vorstandsmitglieder des Juso-UB-Köln besetzt werden.

2214 **Begründung:**

2215 Die Jusos Köln haben aktuell keine Stimme in den Gremien KölnSPD, dies entspricht nicht

2216 der Auffassung der Jusos Köln, von einer Gleichberechtigung der Jugend in der Partei.

2217 Wenn die KölnSPD als junge und moderne Partei auftreten will, so muss Sie die Stimme der

2218 jungen Generation wahrnehmen, Die Jusos in der KölnSPD sind eine Arbeitsgemeinschaft die

2219 das Ziel hat Politik für junge Menschen zu gestalten. Wir als Jusos sind Wahlkampf für

2220 Wahlkampf stets an der Seite der SPD, oft auch in Funktion oder sogar Mandat. Wir als

2221 Jusos unterstützen die KölnSPD auch stets in Ihrem bemühen für eine solidarische und

2222 gerechte Stadt zu streiten. Für uns Jusos ist klar, wer ständig für die Partei Verantwortung

2223 übernimmt, wer in jedem Wahlkampf massiv unterstützend tätig ist, der muss auch in der

2224 Partei mit einer deutlichen Stimme wahrgenommen werden. Jusos sind in den meisten

2225 Ortsvereinen und Stadtbezirken nicht in der Mehrheit um stets als Delegierte oder UB-

2226 Parteivorstandsmitglieder die Positionen der Jugend zu vertreten, dies soll sich durch die

2227 Forderungen der Jusos Köln nun ändern. Wenn die KölnSPD es ernst meint mit dem

2228 einbeziehen der jungen Menschen in Köln und einer erhöhten Partizipation wird sie diese

2229 Forderung gerne unterstützen.

2230 KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler
2231 **A43 Org2** **Für einen ordentlichen Auftritt beim CSD Köln: SPDqueer**
2232 **Köln mit ordentlichen Finanzmitteln ausstatten!**

2233 Antragssteller: Jusos Köln

2234

2235 Die KölnSPD unterstützt ihre Arbeitsgemeinschaft SPDqueer Köln (ehem. Schwusos) mit
2236 ausreichenden Finanzmitteln, damit diese geeignetes Werbematerial mit hohem
2237 Wiedererkennungswert anschaffen und einen Truck anmieten kann.

2238

2239 **Begründung:**

2240

2241 Der CSD in Köln ist alljährlich mit rd. einer Million Besuchern eine der größten
2242 Veranstaltungen der LGBTI-Community in Europa mit großer Strahlkraft weit über die
2243 Grenzen Kölns hinaus. Gerade mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl muss der
2244 Auftritt der SPD in der "Hauptstadt der Schwulen und Lesben" so gestaltet sein, dass er bei
2245 den Besuchern des CSD und den Medien starke Beachtung findet.

2246 KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

2247 **A44 Org3** **Bekräftigung des bestehenden Beschlusses zum**
2248 **Doppelmandat**

2249 Antragssteller: Ortsverein Köln-Ehrenfeld

2250

2251 **Beschluss:**

2252 Der Unterbezirksparteitag der Kölner SPD stellt fest, dass die seit Ende der 70-er Jahre
2253 gelebte Praxis bezüglich von Doppelmandaten und deren einzige Ausnahme (Vorsitzender
2254 der Ratsfraktion) bestätigt wird.

2255 Wir erwarten künftig von unseren Mandatsträger/innen, sollten sie in ein weiteres Mandat
2256 gewählt werden, dieses entweder nicht anzutreten oder ihr bisheriges Mandat niederzulegen.
2257 Dies gilt insbesondere für Mandatsträger/innen in Bezirksvertretungen, Stadtrat (inkl.
2258 sachkundigen Bürger/innen, exkl. Sachkundige Einwohner/innen), Landtag, Bundestag und
2259 Europaparlament.

2260

2261 **Begründung:**

2262 Anfang der 70-er Jahre, in der Nachfolgediskussion der APO-Zeit, entsteht in der
2263 Bundesrepublik eine heftige Diskussion zur Frage der Vielmandate von Politiker/innen,
2264 Gewerkschaftler/innen und Unternehmern/Manager/innen in Aufsichtsräten und Beiräten.

2265 Die Argumentationsschiene entlief der Fragestellung, inwieweit ein/e Vertreter/in, der/die
2266 vom Volke für eine Aufgabe/Mandat gewählt worden ist, diese voll wahrnehmen kann,
2267 insbesondere wenn er/sie noch weitere Mandate und Vertretungen wahrnimmt. Es wurde die
2268 Diskussion bis in die 80-er Jahre weitergeführt, auch deswegen, weil nicht nur die
2269 Unmöglichkeit, mehrere Mandate vertreten zu können, sondern auch der Korruptionsvorwurf
2270 eine Rolle spielte. Die Partei „Die Grünen“ hat den beiden Volksparteien vorgehalten, dass
2271 sie nur noch Mandatsvertretungen ausüben, um Macht und Entschädigung anzusammeln.
2272 Auf Grund dessen haben „Die Grünen“ unter anderem das Rotationsprinzip eingeführt.

2273 Die Sozialdemokratische Partei hat auf diese Vorhaltungen reagiert und zur Abschaffung von
2274 Doppel- und Vielmandaten aufgefordert. Des Weiteren ist sie für die Begrenzung von
2275 Aufsichtsratsmandaten und Beiratsposten eingetreten. Auch die Kölner Partei hat auf diese
2276 Situation reagiert und auf die Abschaffung von Doppel- und Vielmandaten gedrungen. Da
2277 nach der Verfassung und Gesetz eine Doppelkandidatur nicht zu unterbinden ist, blieb der

2278 Partei in dieser Zeit nur übrig, an diejenigen, die ein Doppelmandat errungen haben, zu
2279 appellieren, auf eines dieser Mandate zu verzichten. Da die Entschädigung für den
2280 Ehrenamtlichen Oberbürgermeister sowie für den Fraktionsvorsitzenden der politischen
2281 Verantwortung und der Zeit nicht gerecht wurde, wurden für diese beiden Mandate
2282 (Ehrenamtlicher Oberbürgermeister und Fraktionsvorsitzender) eine Ausnahmeregelung
2283 beschlossen. Die Ausnahmeregelung für den Oberbürgermeister wurde durch die
2284 Veränderung der Gemeindeordnung (Hauptamtlicher Oberbürgermeister) aufgehoben.

2285 KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

2286 **A45 Org4** **Trotz positiver Entwicklungen: Die Köln-SPD muss noch**
2287 **weiblicher werden!**

2288 Antragsstellerin: AsF UB – Köln

2289

2290 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen, dass die Rahmenbedingungen der
2291 politischen Arbeit der KölnSPD auf allen Ebenen attraktiver für Frauen werden. Die KölnSPD
2292 entwickelt in enger Abstimmung mit der AsF ein Qualifizierungsprogramm für die Ortsvereine
2293 und potentielle Mandatsträgerinnen und finanziert dies. Eines der Ziele ist eine nach der
2294 Kommunalwahl 2020 paritätisch besetzte SPD Ratsfraktion.

2295

2296 Eine von der KölnSPD initiierte Neumitgliederkampagne soll sich vor allem an Frauen
2297 wenden. Zusammen mit den Ortsvereinen sollen Instrumente und Regeln entwickelt
2298 werden, wie die neu gewonnenen Mitglieder besser empfangen und betreut werden. Dabei
2299 greift die KölnSPD auch Ideen und Instrumente aus dem Projekt der NRW SPD „Die SPD
2300 weiblicher machen“ auf und kooperiert eng mit den Verantwortlichen.

2301

2302 Die KölnSPD fordert die Ortsvereine aktiv auf, auf ihren Mitgliederversammlungen neben
2303 den Delegierten zum Stadtbezirk und zum Unterbezirksparteitag auch die Delegierten zur
2304 AsF zu wählen.

2305

2306 Die KölnSPD legt in Zukunft zu den Wahlparteitagen einen Gleichstellungsbericht vor, um
2307 Rechenschaft über die Beteiligung von Frauen in den Ortsvereinen, Stadtbezirken und den
2308 Arbeitsgemeinschaften abzulegen und die Mitgliedschaft sensibel für die Thematik zu halten.

2309

2310 **Begründung:**

2311

2312 Die SPD war immer dann bei Wahlen erfolgreich, wenn sie von vielen Frauen gewählt
2313 wurde. Seit 2002 ist der Anteil der Frauen, die ihre Stimme der SPD gegeben haben, um 40
2314 Prozent gesunken - quer durch alle Altersgruppen, besonders aber in der Gruppe der jungen
2315 Frauen. Dieser Vertrauensverlust kommt nicht von selbst - er hat Ursachen. Trotz
2316 konservativer Politik wirkt die Union bunter und weiblicher, während die SPD trotz
2317 fortschrittlicher Programmatik und Regierungsarbeit als Männerpartei wahrgenommen wird.

2318 In den vergangenen Jahren hat die SPD in der Bundes- und Landesregierung zahlreiche
2319 Maßnahmen auch zur Förderung von Frauen umgesetzt: in NRW beispielsweise das Recht
2320 auf einen Kindergartenplatz und auf Bundesebene von einem veränderten Sexualstrafrecht
2321 „Nein heißt Nein“ über die Einführung des Mindestlohns bis zur Quotenregelung in
2322 Aufsichtsräten ein breites Spektrum von Verbesserungen bei der Geschlechtergerechtigkeit.

2323

2324 Das alleine reicht aber nicht aus, um bei Wählerinnen verloren gegangenes Vertrauen
2325 zurückzugewinnen. Die SPD muss als gutes Beispiel vorangehen und in ihren eigenen
2326 Reihen für mehr Geschlechtergerechtigkeit in den Gremien sorgen. Sie muss glaubwürdig
2327 auf allen politischen Ebenen und im eigenen Einflussbereich eine fortschrittliche und
2328 moderne Gleichstellungspolitik vertreten: inhaltlich und personell. Die SPD muss ein
2329 weiblicheres Gesicht bekommen – die Frauen müssen in der SPD stärker sichtbar sein.

2330

2331 Vor fast 30 Jahren hat sich die SPD auf dem Parteitag in Münster das Ziel gesetzt, durch
2332 eine verbindliche Geschlechterquote Frauen in der Partei zu stärken. Dieses Ziel wurde noch
2333 nicht auf allen Ebenen erreicht. Knapp ein Drittel der Mitglieder der KölnSPD sind heute
2334 weiblich. Im Unterbezirksvorstand waren in der vergangenen Periode sogar bereits 11 von
2335 21 Mitgliedern weiblich. In der SPD Ratsfraktion liegt der Frauenanteil jedoch nur bei 30
2336 Prozent und damit niedriger als bei jeder anderen demokratischen Partei im Rat. Bei den
2337 Kandidaten zur Landtagswahl 2017 konnte die Zahl weiblicher Kandidaten auf nunmehr vier
2338 von sieben Wahlkreisen erhöht werden, bei der Bundestagswahl bleibt es bei einem Viertel.
2339 Insbesondere mit Blick auf die Kommunalwahl 2020 und die Bundestagswahl 2021 gibt es
2340 aus Sicht der AsF deutliches Verbesserungspotential.

2341

2342 Wir wollen Frauen in der SPD besser fördern und unterstützen und so dafür sorgen, dass
2343 genügend Frauen in allen Gremien aktiv mitarbeiten und sich für Mandate auf allen Ebenen
2344 zur Verfügung stellen. Deshalb fordern wir, den bereits im Rahmen der Parteireform
2345 verabschiedeten Auftrag „Die SPD weiblicher machen“ und den o.g. Beschluss endlich auch
2346 in Köln umzusetzen. Dabei unterstützen wir einige der von der Arbeitsgruppe Bunte SPD
2347 entwickelten Maßnahmenvorschläge. Wir halten es aber für notwendig, Frauen auch
2348 eigenständig und nicht nur im Kontext „weiblicher – jünger – bunter“ zu fördern. Wir arbeiten
2349 aber gerne solidarisch mit den Jusos, Schwusos, etc. zusammen, um die KölnSPD
2350 insgesamt progressiv nach Vorne zu bringen.

2351 Wir schlagen vor, dass auf der Unterbezirksebene eine Projektgruppe gebildet wird, die sich
2352 aus Vertreterinnen und Vertretern des Unterbezirksvorstandes, der Stadtbezirke,
2353 Ortsvereine, Arbeitsgemeinschaften, der Kölner SPD-Ratsfraktion, der MdL und MdB
2354 zusammensetzt. Die Projektgruppe soll ein Handlungskonzept mit folgenden Zielen
2355 erarbeiten und verbindlich zur Umsetzung bringen. Dabei sollen die Vorschläge der
2356 Arbeitsgruppe Bunte SPD und die Ideen für eine verbesserte Kommunikation und
2357 Transparenz in der KölnSPD des heutigen Leitantrags mitberücksichtigt und eventuell
2358 integriert werden.

2359

2360 **1. KölnSPD weiblicher machen:**

- 2361 • Durch gezielte Maßnahmen und Kampagnen soll der Frauenanteil in der
2362 Mitgliedschaft der KölnSPD von heute 31% bis 2019 um mindestens zwei
2363 Prozentpunkte erhöht werden.
- 2364 • Mit verbindlichen Personalentwicklungsplänen soll die Geschlechterquote von
2365 mindestens 40 Prozent Frauen und Männer auf allen Ebenen der Partei (für Haupt-
2366 und Ehrenamt) der KölnSPD verankert werden.
- 2367 • Der Unterbezirksvorstand der KölnSPD soll dafür Sorge tragen, dass
2368 Gleichstellungspolitik auf allen Ebenen der Partei als Querschnittsaufgabe
2369 verstanden und umgesetzt wird, für die Frauen UND Männer gleichermaßen
2370 zuständig sind.

2371 **2. Qualifizierung und Sensibilisierung:**

- 2372 • Nachhaltige Verhaltensänderungen sind unabdingbar für den gleichberechtigten
2373 Umgang sowie den gleichberechtigten Zugang zu Funktionen und Mandaten von
2374 Frauen und Männern in der KölnSPD. Gemeinsam mit Trägern der Fort- und
2375 Weiterbildung ist ein auf die KölnSPD zugeschnittenes Gendertraining zu entwickeln,
2376 das den Gliederungen offen steht. Die Teilnahme an dem Gendertraining soll für alle
2377 geschäftsführenden Vorstände aller Ebenen verpflichtend sein.
 - 2378 • Zusätzlich können mit einem speziellen Coaching-Angebot der Unterbezirk, die
2379 Ortsvereine und AGs ihre Ausrichtung kritisch beleuchten, überprüfen,
2380 entsprechende Lösungen und Strategien entwickeln, um den Frauenanteil vor Ort zu
2381 erhöhen.
- 2382

2383 **3. Finanzierung:**

- 2384 • Für die Finanzierung des Vorhabens, sollte ein Projektantrag beim Innovationsfonds
2385 der Bundes SPD gestellt werden.

2386

2387 **4. Berichterstattung**

- 2388 • In Anlehnung an den zweijährlichen SPD Gleichstellungsbericht auf Bundesebene
2389 soll die KölnSPD ihren Mitgliedern darüber Rechenschaft ablegen, wie sich der Anteil
2390 von Frauen in Gremien und Mandaten entwickelt. Damit soll auch überprüft werden,
2391 ob mit den eingeleiteten Maßnahmen die vereinbarten Ziele erreicht werden.

2392 KölnSPD-Unterbezirksparteitag 11. März 2017 Chorweiler

2393 **A46 Org5** **Starke Arbeitsgemeinschaften mit eigener Finanzkraft**

2394 **ausstatten**

2395 Antragssteller: SPDqueer Köln

2396

2397

2398 Der Gesamtvorstand des UB Köln wird damit beauftragt, beginnend ab dem zweiten Halbjahr

2399 2017 seinen Arbeitsgemeinschaften ein Budget in angemessener Höhe zur Verfügung zu

2400 stellen. Über dieses bei der Geschäftsstelle geführte Budget können die

2401 Arbeitsgemeinschaften im Sinne ihrer jeweiligen Zielsetzungen frei verfügen.

2402

2403 **Begründung:**

2404 Die vielfältigen Arbeitsgemeinschaften tragen unterschiedliche Arbeitsbereiche und

2405 Repräsentationsaufgaben der Gesamtpartei. Dabei wird dieser Verantwortung bisher nicht

2406 gerecht, dass sie über keine eigenen finanziellen Mittel verfügen.